

Freidenker

Nr. 1-22 April 2022

81. Jahrgang

Das Imperium



der Lügen

ISSN 0945-6988

Einzelheft Euro 2.50

aufwärts geht's, das walte Olaf, und seine (H)ampel-Koalition. Wenn es aber nicht aufwärts geht, ist, na wer wohl, der Russe schuld.

Also aufwärts – man traut sich kaum noch zu erwähnen: die „Corona“-Inzidenzzahlen-Lotterie, wie immer ohne Gewähr. Man wagt sich auch nicht zu erinnern, welche „Zahlen“ mal für „Lockdowns“ und „Notbremsen“ gut waren. Doch je wirkungsloser sich „die Impfung“ erweist, umso zwanghafter halten die Unbelehrbaren am Zwangsimpfen fest.

Jedenfalls ist die 24-Stunden-Dauerbeschallung mit „Corona“ vorbei, und daran ist wieder der Russe schuld. Dass „die Wirtschaft“ an die Wand fährt, lag zwei Jahre an „Corona“, jetzt am Russen. Aufwärts mit der Inflation! 3,2 % hatte die EZB im Dezember für 2022 prognostiziert – da lag sie aber schon bei 5,3%; aktuell steigt sie über 7%, ist aber der Russe schuld. Nicht etwa die EZB (und die FED), die über Jahre mit untentwegtem „Drucken“ von „billigem Geld“ (aus dem Nichts) die Märkte fluteten, um mit neuem Casino-Geld die Enteignung der Sparer zu organisieren. Auch mit Reallohnverlusten geht es nur aufwärts: 0,1% im Vorjahr, 1,1% 2020, für dieses Jahr wird noch gewettet. Das Stichwort lautet „Energiekosten“, ist aber der Russe schuld. Deshalb gehts auch beim Tempo des Kohle-, Öl- und Gasanstiegs aufwärts, und absehbar bei den Stromausfällen.

Ein Aufwärts bei Energiepreisen beschert der Regierung steigende MwSt.-Einnahmen, die sofort zum Aufwärts beim Rüstungshaushalt führen, und – oh Wunder, zu einem „Sondervermögen“: 100 Milliarden Euro für Kriegsgerät. Ist aber der Russe schuld. Waffen sollten wir mal nicht in „Spannungsgebiete“ liefern, jetzt gehen sie direkt ins Kriegsgebiet.

Schließlich will unser begabter Baerbock nichts weniger als „Russland ruinieren“. Da muss auch die „Linke“ „umdenken“, so Gysi: Ein NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sei „nicht uninteressant“. Das reichte im Saarland noch für 2,6% - der Abstieg des „Imperiums der Lügen“ spiegelt sich auch in solchen Zahlen aus der Provinz.

Herzlichst Klaus Hartmann

Inhalt

Editorial	2
Werner Rügemer „Christliches Abendland“ am Ende – der Kapitalismus wird nicht besser	3
Sebastian Bahlo Die Kirche des Guten	15
Liane Kilinc Angeschlagene Friedenstaube	19
Klaus Hartmann Der Krieg in der Ukraine und wir	22
Die Interessen des „Westens“ und das Spiel der NATO	32
Brief von Willy Wimmer	34
Rede von George Friedman	35
„Unsere“ Interessen an der Ukraine haben Tradition	37
Interview mit Jacques Baud „Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten“	41
Tragödie in der Ukraine Von Veteranen und Kriegskindern des Großen Vaterländischen Krieges an das deutsche Volk und die deutsche Regierung	53
Meldungen, Meinungen	56
Chronik	60
Bücher für Freidenker	70
Anschriften, Impressum	71

*Titel: Collage von Ralf Lux unter Verwendung
lizenzfreier Bilder*

Werner Rügemer

„Christliches Abendland“ am Ende – der Kapitalismus wird nicht besser

Die CDU könnte das „C“ im Parteinamen streichen – die allermeisten christlich lackierten Parteien haben das schon längst getan

In der CDU unter dem neuen kapitalen Hoffnungsträger Friedrich Merz wird überlegt: Sollen wir das „C“ aus dem Parteinamen streichen? Weil es nicht mehr genügend Wählerstimmen mehr bringt? Und weil die Deutschen in Scharen die beiden Großkirchen verlassen? Hat das Christentum als Stütze prokapitalistischen Regierens ausgedient?

Kaiser Konstantin und Karl der Große: „Wir siegen im Namen des Kreuzes!“

Herrscher in Klassengesellschaften sind schon immer ideologisch flexibel. Anfang des vierten Jahrhunderts „nach Christus“ merkte dann der oströmische Kaiser Konstantin, dass die Opposition der verfolgten Christen im ganzen Reich nachhaltig um sich griff, und dass die Christen opferbereiter waren als seine eigenen Soldaten. Da gab er schnell die Verfolgung auf und holte die Verfolgten auf seine Seite. Er warf wendig das jahrtausendealte Götterzeug auf den Müllhaufen der Geschichte. Das Christentum wurde Staatsreligion, Bischöfe bekamen Staatsgehälter. Nun galt das Motto auf den Fahnen der oströmischen Heere: „Wir siegen – im Namen des Kreuzes!“

Im Namen des christlichen Kreuzes und mithilfe von Scharen christlicher Missionare begründete danach ab dem 8. Jahrhundert der fränkische König Karl die neue feudalistische Klassenordnung. Wenn es nötig schien, mordete der „Sachsenschlächter“ ungläubige Heiden reihenweise hin und ließ öffentliche Zwangstaufen durchziehen.

Der erfolgreiche Klassenkämpfer wurde deshalb vom Papst in Rom zum Kaiser aller



Dr. Werner Rügemer (Foto: arbeiterfotografie.com)

Christen gekrönt, richtete in Aachen seinen wichtigsten Regierungssitz ein. Er wurde der Gründer des geeinten Europa, des „christlichen Abendlandes“. Er wird bis heute ehrfürchtig oder auch gedankenlos „Karl der Große“ genannt. Und die höchste Auszeichnung, die das „neue vereinte Europa“, die Europäische Union (EU), seit ihren ersten Ursprüngen in den 1950er Jahren vergibt, bis heute, ist der nach ihm benannte „Aachener Karlspreis“.

Christentum und Kolonialismus: Missionare und Räuber

Bis zur Französischen Revolution hielt die katholische Kirche, ab dem 16. Jahrhundert organisch ergänzt durch die protestantischen Kirchen, in Europa die feudalistischen Klassengesellschaften zusammen. Luther protestierte gegen die katholische Kirche, aber nicht gegen den Feudalismus. Luther verteuflte die ausgebeuteten Bauern, die gegen ihre Ausbeuter aufstanden. Kaiser und Könige machten Äbte und Bischöfe zu den für

ihre Territorien zugleich weltlichen Feudalherren und größten Grundbesitzern und militärischen Feldherren.

Das setzten die beiden christlichen Großkirchen ab dem 16. Jahrhundert im globalen Maßstab fort. Das machten auch die protestantisch regierten skandinavischen Staaten. Alle bewohnten Kontinente und viele Inseln zwischen Grönland und NeuGuinea wurden durch christlich lackierte Heere und Handelsgesellschaften aus Spanien, Portugal, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, dann auch etwa Dänemark und Schweden und schließlich auch den USA erobert.

Die einheimischen „Ungläubigen“ wurden christlich missioniert. Sklavenraub, Sklaventötung, Sklavenhandel, Sklavenhaltung und die Niederschlagung von Aufständen waren mit der christlichen Lehre vereinbar, auch etwa für die anglikanische Kirche Großbritanniens und deren Abweichler, die christlichen Pilgerväter in den USA, nötigenfalls auch mit Völkermord wie etwa an den indianischen Ureinwohnern Nordamerikas.

Rohstoffe und Menschen zwischen Lateinamerika, Afrika, dem pazifischen Raum und in China wurden dann bis ins 20. Jahrhundert auch dem neuen, organisch aus dem Kolonialismus aufsteigenden, transatlantischen Kapitalismus unterworfen. Nach dem 2. Weltkrieg kämpften Missionare und Militärpriester auf US-Seite gegen die Befreiungsbewegungen in Vietnam und Korea. Die Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen wurde modernisiert, in primitiver Weise industrialisiert. Auch die militärisch und investiv expandierenden USA heiligten sich im heiß-kalten Krieg gegen den „Kommunismus“ konfessionsübergreifend zu „God's own Country“.¹

Christentum und kapitalistische Diktaturen im 20. Jahrhundert

Gegen die europäische Aufklärung und dann gegen die weltweit ausstrahlende Französische Revolution 1789 entwickelten die aufstrebenden bürgerlichen Kapitalisten zusammen mit katholischer Kirche und Vatikan (und dem entmachteten Adel) die „konservative“ Gegen-Revolution. Es bildeten sich christliche Bewegungen und auch Parteien mit politisch-prokapitalistischer Ausrichtung.

Die Gegen-Revolution richtete sich gegen die aufkommenden demokratischen, sozialistischen, kommunistischen Ideen und Organisationen, auch gegen die bürgerlich-demokratischen Revolutionen Mitte des 19. Jahrhunderts. In Deutschland setzte sich die preußische Monarchie des Wilhelminischen Kaiserreiches durch, und dessen aufsteigender, expansiver, militaristischer Kapitalismus wurde umglänzt und geweiht und gesegnet von der protestantischen Staatskirche.

Doch dann: Die Arbeiterbewegung protestierte und agierte gegen den imperialistischen Krieg und für dessen Beendigung. In ganz Europa wurden, zumindest kurzzeitig, 1918/1919 Arbeiterräte und Arbeiterregierungen gebildet. Soziodemokratische Parteien wurden legal, Gewerkschaften breiteten sich aus, Kommunistische Parteien wurden gegründet und bekamen Zulauf.

Vor allem die Gründung des ersten sozialistischen Staates, des Staatenverbundes der Sowjetunion 1917, erschütterte das christlich-kapitalistische System. Im wendig geschlossenen Bündnis marschierten die bisherigen Weltkriegsgegner Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan mit den USA in die Sowjetunion ein, im Bündnis auch mit den korruptesten zaristischen Generälen, aber vergeblich. Die Potentiale der Volksrevolution erwiesen sich als stärker.

¹ Zur Geschichte des Kolonialismus siehe z.B. Wolfgang Reinhard: Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der Europäischen Expansion 1415 – 2015, München 2016; Die Instrumentalisierung anderer Religionen wie Islam und Zionismus für Klassengesellschaften und Kapitalismus bleiben hier außer Betracht, ebenso die fundamentalistischen christlichen Sekten etwa in den USA und Südamerika. Zu den aktuellen globalen Aktivitäten der Konrad Adenauer-Stiftung (CDU) und der Hanns Seidel-Stiftung (CSU) siehe Aert van Riel: Die Schwarze Internationale. Köln 2021.

Damit fühlte sich das kapitalistische Gesamtsystem bedroht, auf Dauer, zurecht.

„Gott mit uns“: Protestantisch mit der Wehrmacht in den Weltkrieg

Deshalb waren nach dem 1. Weltkrieg christlich lackierte Diktaturen die Avantgarde für die Rettung des Kapitalismus: die faschistische Bewegung Mussolinis schon ab 1922, der Franco-Faschismus in Spanien, Hitlers Nationalsozialismus mit dem sofort 1933 nach Mussolini-Vorbild geschlossenen Konkordat mit dem Vatikan und der ebenso vertraglichen Unterstützung durch die evangelische Kirche.² Mussolini gab dem Vatikan enteignete Ländereien zurück und machte ihn zum Staat mit eigener Justiz und eigenem Finanzsystem.

Eine ebenso enge Verbindung von katholischer Kirche mit antikommunistischen und antisemitischen Politikern und Staatsführungen bildete sich schnell und organisch etwa beim Pilsudski-Regime in Polen, im 2. Weltkrieg in den Kollaborationsregimen Frankreichs (General Pétain /Vichy), Kroatiens (Pavelic/Ustascha), Ungarns (General Horthy/Calvinist), der Slowakei (Staats- und Parteichef war der katholische Priester Josef Tiso), der Ukraine (Bandera) und Österreichs (Dollfuß/ Austrofaschismus).

„Gott mit uns“ - übernommen aus der Bibel, Altes Testament, Buch Judit – stand auf den Koppelschlössern von Hitlers Wehrmachtssoldaten. Damit wurden sie in den Vernichtungskrieg gegen Kommunismus und Judentum geschickt.

„Gott mit uns“: Dieser Schlachtruf hatte schon im protestantischen Preußen gegolten, prangte auf den Koppelschlössern im Wilhelminischen Kaiserreich, dann auch in der Reichswehr während der Weimarer Republik – und galt dann auch in der mit Ex-



Der Erzengel Michael, „Schutzpatron Deutschlands“, am Eingang zum Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig; über ihm die Inscript „Gott mit uns“. (Foto: Furfur, CC 1.0 Generic)

Nazi-Generälen gegründeten Bundeswehr der christlich gegründeten Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls bis 1962, also bis die Grundlagen des neuen antikommunistischen Separatstaates gesichert waren.

God's Own Country mit den christlichen Diktatoren Europas

Die global expandierende Supermacht USA, die nicht dem Völkerbund beitrug, anerkannte nach dem 1. Weltkrieg Mussolini, Franco, Hitler diplomatisch. Sie waren die brutalsten und erfolgreichsten Bekämpfer der Arbeiterbewegung. Wall Street-Banken sowie die großen US-Auto-, Öl- und Technologie-Konzerne machten mit den Diktatoren Geschäfte, investierten und rüsteten deren Militär auf.³ USA und Vatikan eiferten darum, wer Mussolini, Franco oder das Vichy-Regime als erste diplomatisch anerkannten.⁴

1936 retteten die christlich lackierten Diktaturen, in Verbindung mit den faschistoiden Regimen Südafrikas und Japans, und geführt von den USA, die Olympiade 1936 in Berlin zugunsten Hitler-Deutschlands

² Dietrich Kuessner: Der christliche Staatsmann. Das Hitlerbild in der Deutschen Evangelischen Kirche. Norderstedt 2021

³ Gian G. Migone: The United States and Fascist Italy. The Rise of American Finance in Europe. New York 2015; Jacques Pauwels: Big Business avec Hitler, Bruxelles 2013

⁴ Annie Lacroix-Riz: Le Vatican, L' Europe et le Reich de la Première Guerre mondiale à la Guerre Froide, Paris 1996

– gegen die weltweite Boykott-Bewegung, die von der Arbeiterbewegung und zahlreichen jüdischen Sportverbänden zwischen New York und Tel Aviv unterstützt wurde. Der Präsident des US-amerikanischen Olympischen Komitees, der Bauunternehmer Avery Brundage, war militanter Antisemit. Damit stieg das christliche NS-Deutschland endgültig zu internationalem Ansehen auf.

Der Vatikan unterstützte damals auch die Diktatur von Generalissimus Tschiang Kajschek in China: Er hatte die von Sun Yatsen Anfang des 20. Jahrhunderts gegründete Demokratie abgeschafft. Tschiang wurde in den 1930er Jahren sowohl von den USA wie von Hitler-Deutschland unterstützt. Um sich mit beiden Schutzmächten gut zu stellen, konvertierte der Konfuzianer zum Christentum – da gab der Vatikan die diplomatische Anerkennung dazu, die übrigens auch für die Fortsetzung des Tschiang-Regimes nach 1945 auf der Insel Formosa/Taiwan weitergalt und auch bis heute un-unterbrochen weitergilt, völkerrechtswidrig.⁵

Die USA subventionieren den Vatikan

Mit dem Aufstieg der kapital- und US-freundlichen Europas und ihrer konstitutiven Verbindung mit der katholischen Kirche verstärkten die USA ihre Verbindung zum Vatikan ebenfalls.

Erstmals 1925 ernannte die US-Regierung einen Attaché beim Papst, und zwar den Priester Francis Spellman. Der US-Amerikaner hatte in Rom studiert. Er organisierte 1936 den Besuch des vatikanischen Chefdiplomaten, des Kardinals Pacelli, des späteren Papstes Pius XII., bei US-Präsident Roosevelt. Pius XII. ernannte Spellman 1939 zum Erzbischof von New York, und Roosevelt ernannte Spellman zum leitenden US-Militärbischof: Der besuchte tröstend während des Weltkriegs die US-Truppen auf allen Kontinenten.⁶

1940 setzte Roosevelt den bisherigen Chef des größten Stahlkonzerns US Steel Corporation, Myron Taylor, als US-Sonderbeauftragten im Vatikan ein. Taylor blieb dies bis 1950. Er hielt auch die Verbindungen zu den katholischen Diktatoren Franco und Salazar aufrecht. Dafür flossen private und staatliche US-Gelder nach Rom, meist über das Erzbistum Spellmans in New York.

Der Staats- und Kapitalvertreter Taylor beruhigte den Papst: Das Bündnis mit der Sowjetunion sei nur militärisch und zeitlich begrenzt. Man war sich auch einig, über die Judenvernichtung weitgehend zu schweigen und den verfolgten Juden nicht zu helfen.⁷

Adenauer: Auch die USA gehören zum christlichen Abendland!

Nach dem 2. Weltkrieg verstärkten die USA ihr Personal in Rom, gründeten den Vorläufer der Vatikanbank und organisierten mithilfe der Wall Street-Banken First National und Chase Investitionen des Vatikans in den USA. Gemeinsam wurden katholische Faschisten aus Osteuropa (Kroatien, Ukraine, Baltikum ...) in den Westen geschleust, in die Bundesrepublik, in die USA, nach Kanada und Australien und wurden als Exil-Regierungen oder Exil-Vereinigungen künstlich jahrzehntelang über Wasser gehalten.⁸

Der Anwalt Allen Dulles von der Wall Street-Kanzlei Sullivan&Cromwell war mit Europa vertraut. Er hatte vor dem Krieg mit Mussolini und Hitler persönlich konferiert und Verbindungen zwischen deutschen, italienischen und US-Konzernen organisiert. Während des Krieges hatte er von der Schweiz aus den US-Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) im besetzten Europa geleitet, mit Informanten und Kontakten auch in und zu allen Widerstandsbewegungen – von ganz links bis ganz rechts. Schon

⁵ Werner Rügemer: Taiwan: U.S. Deployment Area Against Mainland China Since 1945, Strategic Culture Foundation 28.11.2021

⁶ Francis Spellman: Action this Day. Letters from the Fighting Fronts. New York 1945

⁷ Lacroix-Riz: Le Vatican Seite 408ff. und 421

⁸ Uki Goni: Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher, Berlin 2006 (London 2002)

während des Krieges hielt OSS Ausschau auch nach den Personen, die für die Nachkriegszeit als Freunde infrage kamen.⁹

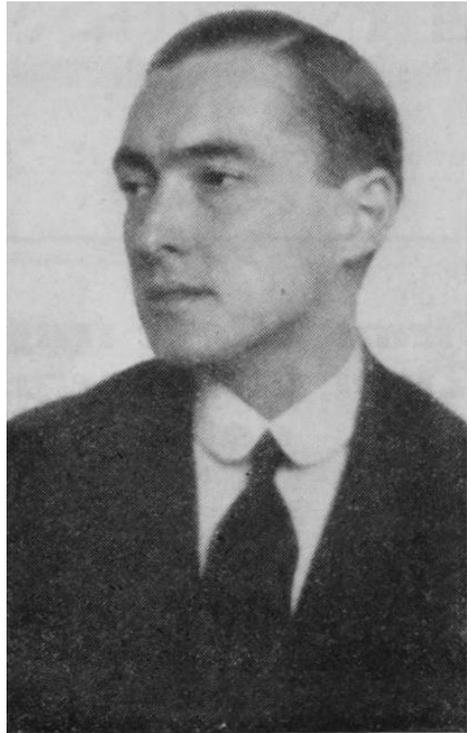
Von 1947 – 1949 leitete Dulles die „Genfer Gespräche“. Sie fanden statt unter dem Dach der „Christlichen Nothilfe“, einer in der Schweiz von deutschen Exilanten der katholischen Zentrumsparterie gegründeten Hilfsorganisation. Adenauer aus der britischen Besatzungszone, Bidault aus Frankreich, de Gasperi aus Italien und Politiker aus den anderen westeuropäischen Staaten, teilweise auch aus den sozialistischen Staaten Osteuropas reisten als Touristen an. Dulles koordinierte und wenn nötig finanzierte die Gründung der neuen christlich lackierten Parteien, modernisiert als „Volks“-parteien, teilweise nun überkonfessionell wie die CDU, in der im Unterschied zum katholischen Zentrum aus Kaiserzeit und Weimarer Republik nun auch die Protestanten vertreten waren.

In diesen Parteien durften in hauptamtlicher Funktion keine Antifaschisten sein, aber zahlreiche Ex-Nazis und sonstige Rechtsradikale, auch Banker und Unternehmer als Finanziere. Politiker wie Adenauer, die keinen Widerstand gegen die Nazis geleistet hatten, wurden mit dem Narrativ „Ich war NS-Gegner“ ausgestattet.

So reichte das „Christliche Abendland“, das der katholische Zentrumspolitiker Konrad Adenauer schon nach dem 1. Weltkrieg gegen den „Kommunismus“ beschworen hatte, nun auch über den Atlantik: „Christliches Abendland“ sei kein geographischer, sondern ein geistesgeschichtlicher Begriff, „der auch Amerika umfasst“, erklärte Adenauer im August 1947 beim CDU-Parteitag.¹⁰

„Vereintes Europa“ mit christlichem Karlspreis: Atomkrieg einkalkuliert

So waren diese neuen Christenparteien die wichtigsten politischen Träger der US-Kampfes gegen die antifaschistischen Kräfte, gegen den Kommunismus, den Sozialismus,



Erster Träger des Karlspreises 1950: Graf Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Union, die ein geeintes Europa (ohne Russland) auf christlich-abendländischen Werten propagiert. 1972 wurde Otto von Habsburg neuer Präsident. Im „Kalten Krieg“ auf stramm antikommunistischem Kurs, unterstützte sie alle konterrevolutionären Kräfte. Weitere Karlspreisträger: die Kriegsverbrecher Blair, Clinton und Solana, die Päpste Johannes Paul II. und Franziskus, die deutschen Spitzenkräfte Martin Schulz und Wolfgang Schäuble, und 2022 passend zur aktuellen Lage die belarussischen „Oppositionsführerinnen“ Maria Kalesnikava, Svetlana Tichanowskaja und Veronica Tsepkalo

auch gegen die eigentlich brave und anti-kommunistische Sozialdemokratie und vor allem gegen die Sowjetunion. Marshall-Plan und NATO waren die wichtigsten Instrumente, begleitet vom OSS-Nachfolger CIA

⁹ Allen W. Dulles: Germany's Underground. New York 1947

¹⁰ Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1945 – 1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Hg. Von der Konrad Adenauer-Stiftung. Bonn 1975, S. 351

(geleitet ebenfalls von Allen Dulles), vom Army-Geheimdienst CIC sowie von Hollywood und sonstiger US-Kultur, die fein getrennt war nach Massen- und Elitenkultur.

Auch die ersten Vorläufer-Institutionen der Europäischen Union (EU) wurden so von den USA ab den 1950er Jahren auf den Weg gebracht, beginnend mit der von Luxemburg aus gelenkten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKSt), kurz Montanunion.

Jean Monnet, der US-Banker und „Gründervater Europas“, hatte als Hoher Kommissar der Montanunion die kriegstreibenden Stahl- und Kohlekonzerne Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande vor Entflechtung, Verstaatlichung und Bestrafung gerettet. Er erhielt 1958 den Karlspreis, nachdem er 1956 den Pius-Preis des Vatikans erhalten hatte und bevor er zur Krönung 1963 aus der Hand von US-Präsident Kennedy die Medal of Freedom bekam, die höchste US-Auszeichnung für Ausländer.¹¹

Der 1950 von Ex-Nazis ins Leben gerufene Aachener Karls-Preis besagte: Das vereinte Nachkriegseuropa soll ein christliches sein. Deshalb war Europa dann gar nicht vereint, sondern tief feindlich gespalten – ohne und gegen Russland, ohne und gegen die Sowjetunion und gegen die anderen sozialistischen Staaten. Der mögliche, vernichtende Atomkrieg auf europäischem Boden war einkalkuliert.¹²

Aufstieg des polnischen Papstes I: Ende des Sozialismus in Europa

Insbesondere die USA fördern, finanzieren, instrumentalisieren global bei Bedarf alles Rechtsradikale, sondern auch alle Richtungen religiös-kirchlicher Überreste aus vor-demokratischer Zeit, und seien sie noch so verkommen. Das buddhistisch lackierte Feudalregime wie die des letzten Oberhauptes Dalai Lama in Tibet werden mit Millionen Dollar

genauso über Jahrzehnte international hochgepöppelt wie die nostalgisch einem verschwundenen islamistischen Großreich nachtrauernden Terroristen im chinesischen Xingjang wie auch die letzten Verteidiger/innen der reich verfaulten Überreste des britischen Kolonialreiches in Hongkong.

So werden einerseits Islamisten fundamentalistisch bekämpft, gleichzeitig werden Islamisten als Freiheitskämpfer subventioniert wie in Afghanistan und Syrien.

Allein für die islamistischen Uiguren werden seit Jahrzehnten in Washington und München zwei Weltverbände und deren Medienleute großzügig alimentiert. So kehrten christlich konnotierte NS-Hilfstruppen bei Umstürzen aus ihren West-Exilen zurück wie etwa seit 1990 nach Osteuropa und auf den Balkan, z.B. nach Kroatien, Ungarn und die Ukraine, gefördert vom „christlichen Europa“ und einer von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel geführten CDU-Regierung in Deutschland.

Als sich in Polen Ende der 1970er Jahre eine Opposition bildete, wurde zum ersten Mal in der zweitausendjährigen Tradition des Vatikans blitzschnell ein Papst aus Osteuropa ausgewählt: Der ungewöhnlich junge Krakauer Erzbischof Karel Wojtyla wurde 1978 Papst Johannes Paul II. Er empfing 1981 den Gründer der antisozialistischen und katholischen Gewerkschaft Solidarnosc, Lech Walesa, in Rom, reiste oft aufwendig nach Polen und vermittelte US-Geheimdienst-, Medien- und Finanzkontakte zugunsten der Solidarnosc.

Er gab sich modern mit neuen Kontakten zu anderen Religionen, zu Juden in Jerusalem, zu Orthodoxen in Moskau, zu Anglikanern in London, in die Palästinensergebiete und ins sozialistische Kuba. Er predigte Armut, Liebe und Barmherzigkeit und war mit dem Dalai Lama befreundet. Aber er blieb der knochenharte patriarchale Oberreaktionär: Gegen Empfängnisverhütung

¹¹ Werner Rügemer: Imperium EU: ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr. Köln 2020, Seite 48ff., zu Monnet und Karlspreis Seite 73ff.

¹² Bernd Greiner / Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation. Köln 1980

und Abtreibung, gegen homosexuelle Ehen und weibliche Priester, gegen die Aufklärung des globalen sexuellen Missbrauchs, und mit freundlichem Augenzwinkern für alle US-geführten Kriege. US-Präsident Ronald Reagan blühte mit dem polnischen Inspirator selbst zum alttestamentarischen Prediger auf: „America“ sei die biblisch versprochene „Stadt auf dem Hügel“ (city on the hill) und Russland das „Reich des Bösen“.

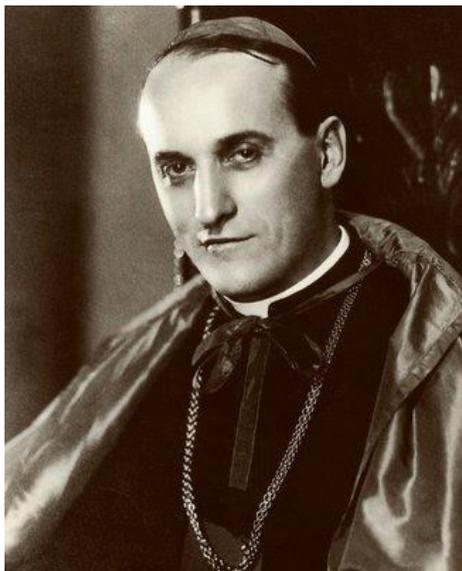
Mit 1.820 Selig- und Heiligsprechungen übertraf der polnische Papst bei weitem alle seine Vorgänger. Er globalisierte das antikommunistische „Märtyrer“- (Un)Wesen. Der Franco-Bewunderer Josemaria Escriva, Gründer des kapitalistischen Exklusiv-Clubs Opus Dei, gehörte dazu, ebenso Bischof Stepinac, der Militärvikar der Terrororganisation Ustascha des kroatisch-faschistischen Diktators Pavelic.

Viele hundert katholische Geistliche wurden so zu Märtyrern verklärt, nur weil sie im koreanischen und vietnamesischen Krieg auf der Seite der USA gestanden hatten ebenso wie hunderte spanische Franquisten und sogar Missionare des 19. Jahrhunderts in China, die als Gesandte der Kolonialmächte bei Aufständen der Einheimischen ums Leben kamen.

Aufstieg des polnischen Papstes II: Die christlichen Parteien Europas entblättern sich

Das Vierteljahrhundert antikommunistischer Glanzzeit des polnischen Papstes – 1978 bis 2005 – förderte zugleich die Entblätterung der christlichen „Volks“parteien. Sie entfernten sich schrittweise von ihrem „Volk“, sowohl von ihrem Kirchen- wie von ihrem Wählervolk. Und sie entblättern ihren vielgestaltigen und vielnamigen Rechtsradikalismus.

Die spektakulärste Verwandlung legte die Democrazia Cristiana (DC) in Italien hin, im Papstland selbst: Die DC war im Dezember 1943 gegründet worden, erst nach der Absetzung des von ihrem katholischen Milieu unterstützten Diktators Mussolini. Die DC war die Gegenreaktion auf die Kommu-



nistische Partei, die im Widerstand sowohl gegen Mussolini und dann im Partisanenkrieg gegen die Wehrmacht einflussreich geworden war. Die postfaschistische, weiter antikommunistische DC und ihr kirchliches Umfeld, etwa auch Waisenhäuser, wurde von den USA, vom CIA, von Konzernen wie Exxon unterstützt, auch mithilfe neu gegründeter Medien.¹³

¹³ Philip Agee / Louis Wolf: Dirty Work. The CIA in Western Europe. New York 1988

Bis 1947 konnten die USA nicht verhindern, dass die DC eine Koalitionsregierung mit den im Volk einflussreicheren Kommunisten und Sozialisten eingehen musste. Aber wie in anderen Staaten machte der Marshall-Plan die Bedingung: Die Gelder fließen erst, wenn alle Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung entfernt sind. So wurden etwa auch in Frankreich mithilfe von Jean Monnet die Kommunisten und auch der konservative Charles de Gaulle 1947 aus der Regierung gedrängt. Erst dann flossen die Marshall-Gelder, und Italien erfüllte 1949 die zweite Bedingung: Eintritt in die NATO und dann unter Monnet in die Montanunion.

Bis Anfang der 1990er Jahre verlor die DC immer mehr Wahlstimmen, bildete aber als Regierungspartei wechselnde Koalitionen mit korrupten Sozialisten und Ex-Faschisten. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten wurden gesenkt, der Sozialstaat wurde abgebaut, während im Umkreis der DC in enger Verbindung mit der Mafia die Korruption blühte, etwa bei Bauaufträgen. Die Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft (*mani pulite*, saubere Hände) brachten das zerbrechliche Gebilde schnell zum Einsturz: 1994 war die DC verschwunden.

Sammlungsbewegung Europäische Volkspartei (EVP)

1965 auf der Höhe ihres Einflusses war mit der DC und dem bundesdeutschen CDU-Gründer Adenauer die *Europäische Union Christlicher Demokraten* gegründet worden. Aber je mehr Mitglieder aus anderen als den westeuropäischen Kernstaaten dazukamen, desto mehr entblätterten sich auch in den Parteinaamen die verschiedenen politischen Strömungen, die unter dem C-Label versteckt waren, alle in unterschiedlicher Weise christlich konnotiert: sich konservativ, liberal, nationalistisch, demokratisch, bürgerlich nennende, auch rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien wurden aufgenommen.

Schon 1976 wurde deshalb die Europäische

Christen-Union in die *Europäische Volkspartei* (EVP) umgegründet: „Volk“ war der häufigste Bestandteil in den neuen Parteinaamen: Die Unternehmer-Klientel-Parteien gaben sich als „Volks“-Parteien aus, ohne C-Label.

Auch etwa die Nachfolger der zerstorbenen DC Italiens, noch offener kapitalfromm, wurden Mitglied, so Silvio Berlusconi „Forza Italia“. Richtig los ging es mit der Ost-Erweiterung der EU: Die v.a. katholisch konnotierten Parteien hießen nun anders, so Viktor Orbans „Bürgerbund“ (Fidesz) und die postfaschistische „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ (HDZ).

Zu den assoziierten, christlich konnotierten Splitterparteien gehören übrigens vier aus der Ukraine und je drei aus Moldau und Weißrussland. Die reaktionäre Regierungspartei Polens PIS ist superkatholisch, die Kirche regiert mit, westliche Investoren werden hofiert, aber die PIS gehört nicht zur EVP; 2021 schied Fidesz aus, Berlusconi und HDZ bleiben drin.

Die EVP ist heute die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Von den 77 Mitglieds- und assoziierten Parteien haben nur noch eine Handvoll das „C“ im Parteinaamen, so CDU und CSU aus Deutschland und die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) Luxemburgs, also der allerengste Kern aus der Gründerzeit der christlichen Parteien nach 1945. Und auch die CSV, die im von den USA am direktesten abhängigen EU-Staat („der 51. Bundesstaat der USA“)¹⁴ am längsten regierte und die meisten Präsidenten der Europäischen Kommission stellte – sie ist schon seit einem Jahrzehnt abgesunken in die Opposition, mit so niedrigen Wahlergebnissen wie jetzt ihre Brüder und Schwestern von der CDU.

Während also die alten C-Parteien wegen ihrer Kapitalfrömmigkeit und christlich getarnten Feindlichkeit gegenüber den abhängig Beschäftigten abschrumpften, förderten sie direkt und indirekt das Aufkommen von offen rechtsradikalen, rechtspopulistischen, oligarchischen Parteien, zunächst

¹⁴ Denis Robert / Ernest Backes: Das Schweigen des Geldes. Die Clearstream-Affäre. Zürich 2003, Seite 297ff.

in Osteuropa und dann ebenfalls in den EU-Kernstaaten. Die AfD in Deutschland ist Fleisch vom CDU-/CSU-Fleische, eben ohne C und mit offener Radikalisierung dessen, was unter dem C-Dach lange gnädig beherbergt wurde.

Wobei das alles auch chaotische Züge hat: Wir befinden uns in einer komplexen Umgestaltung des bisherigen neoliberalen Kapitalismus, seiner sozialen Klassen und deren Zusammensetzung und eben auch deren öffentlichen, sozialen, medialen, kulturellen und politischen Akteure.¹⁵

Angela Merkel: Der DDR-Bonus und die Pöste helfen nicht

Die CDU war immer wieder von Korruptionsskandalen betroffen – illegale Dauer-Bespendung durch Unternehmer, Flick-Skandal, Leisler-Kiep-Skandal; dann 1990-1994 bei der DDR-Privatisierung; dann die 1999 aufgedeckte illegale Parteifinanzierung unter Helmut Kohl und dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble: Die CDU hätte in einem Rechtsstaat verschwinden müssen, ebenso wie die eng verbundene DC in Italien.

Aber die komplizierten Leitmedien, auch die öffentlichen, deren Führungspositionen nach Parteibuch besetzt werden und wo Kirchen und Unternehmerlobby in den Verwaltungsräten sitzen, kochten die Skandale herunter. Und die auch international als Erfolg verkaufte Ausplünderung der DDR rettete, mithilfe der jungen, unschuldigen, ostdeutschen ex-FDJ-Sekretärin Angela Merkel als Nachfolgerin des korrupten Kohl die CDU mit einer Sonderkonjunktur über die Zeit. Die dauerte aber nicht ewig.

Die von der CDU-Vorsitzenden und „mächtigsten Frau der Welt“ wesentlich geführte EU protegierte bei der Ost-Erweiterung so viele rechtsradikale, rechts-populistische, oligarchische Regime wie nie zuvor. Die stimmten vor der EU-Mitgliedschaft immer brav erst dem NATO-Beitritt zu, von Kroatien über Polen und Ungarn bis Litauen.

Dabei entblätterten diese meist christlich konnotierten Parteien und Regime ihren wahren Kern. Die Volkswirtschaften verarmen, ein großer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird entweder im eigenen Staat billig und entrechtet ausländischen Investoren wie deutschen Autokonzernen, deren Zulieferern und Amazon & Co zur Verfügung gestellt oder als befristete oder unbefristete Arbeitsmigranten in die reichen Weststaaten geschickt.

Das ist ein immer breiteres Spektrum von Spargelstechern über Bauarbeiter, Fleischzerleger, Krankenhauspersonal, LkW-Fahrer, private häusliche Pflegerinnen, Gastronomie-helfer und Paketauslieferer und auch Billigprostituierte, in legalisiertem oder auch vielfach illegalem Status.¹⁶

Dieser millionenhafte Missbrauch von Menschen und Familien geht weit über das hinaus, was als sexueller Mißbrauch in den auch beim ausbeuterischen ArbeitsUnrecht aktiv beteiligten und absegnenden beiden Großkirchen skandalisiert wird.

Franziskus: Flüchtlingsfüsse küssen und die Banker in den Vatikan holen

Da reiste die CDU-Vorsitzende und dann auch Bundeskanzlerin Merkel mehr als jeder ihrer Vorgänger von Adenauer bis Kohl hilfesuchend zu Privataudienzen bei den jeweiligen Päpsten, sei es zum reaktionären polnischen Oberkatholiken oder zum lügenden deutschen Benedikt oder zum jetzigen, verstärkt Barmherzigkeit simulierenden Franziskus.

Der macht aber gleichzeitig, wie seine Vorgänger auch, das Gegenteil dessen, was Jesus Christus machte: Jesus vertrieb die Banker aus dem Tempel. Aber nach dem demütigen Flüchtlingsfüsseküßen an der von der EU blockierten Grenze – auch drei ausgewählte Muslime waren dabei - eilte der Heilige Vater zurück nach Rom. Dort verkündete er zur Freude aller Verschwörungstheoretiker zusammen mit Lady Lynn Forester Rothschild und US-Investoren

¹⁵ Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. 3. aktualisierte Auflage Köln 2021

¹⁶ Werner Rügemer: Imperium EU – ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr. Köln 2020



Gesegnet sei der Kapitalismus

die Allianz für Inklusiven Kapitalismus.¹⁷

Damit holte der Papst nocheinmal, als ob es nötig gewesen wäre, demonstrativ die Banker in den Tempel, gegen das Volk, dem der geübte Barmherzigkeitssimulant vorher gepredigt hatte: „Kapitalismus tötet“.

All dies half und hilft dem sich noch aggressiver als neoliberal ausbreitenden neuen Kapitalismus. Aber den christlich lackierten Parteien half es nicht. Deshalb rüstete die Papst-Besucherin Merkel ideologisch feinfühlig und kaum merklich ab: Ihr anfängliches Gebet „unser christliches Menschenbild“, in das sie nach dem bösen Sozialismus schnell umgeschult worden war, verschwand schrittweise aus ihrem öffentlichen Vokabular. Es folgten „unsere europäischen Werte“, dann „unsere westlichen Werte“, um schließlich zum Ende ihrer Amtszeiten bei „unseren Werten“ anzukommen, sozusagen im inhaltslosen Nichts des nostalgischen Abglanzes einer besseren Zeit.

Jetzt CDU ohne „C“?

Der kurzzeitige CDU-Vorsitzende und Wahlkämpfer Armin Laschet war vor der letzten Wahl beim Papst, CSU-Chef Markus Söder brachte dem Papst Nürnberger Lebkuchen mit – es half nichts. Die Wahl ging verloren. Unter dem neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, der nie beim Papst war, sondern immer nach New York zu Laurence Fink, dem Chef von BlackRock pilgerte, wird nun nach der Wahlniederlage und in der Opposition die Rettung erhofft.¹⁸ Es kam die Frage auf: Das „C“ im Parteinamen lieber streichen, wie sonst in ganz Europa auch?

Die Wähler und Wählerinnen verlassen in Scharen die beiden Großkirchen, die jedes ArbeitsUnrecht und jede weitere soziale Schandtat der Merkel-Regierungen absegneten und in ihren eigenen Pflegeheimen und Krankenhäusern selbst durchziehen. Die magische Grenze von 50 Prozent der deutschen Bevölkerung als Kirchenmitglieder wurde im

¹⁷ <https://www.inclusivecapitalism.com>

¹⁸ Ausführlich zu Aktivitäten und programmatischen Aussagen von Merz und seiner Verbindung zu BlackRock siehe Werner Rügemeier: BlackRock & Co. enteignen! Auf den Spuren einer unbekanntenen Weltmacht, Frankfurt/Main 201, Seite 69ff.

Jahre 2021 unterschritten, und nur noch zwischen 10 und 20 Prozent der verbleibenden älteren Mitglieder „glauben“ noch an irgendwas Höheres wie „Gott“ oder das „Christliche“ in CDU und CSU. Schon lange wagt kein Prediger mehr wie noch Adenauers Zeiten selig von der Kanzel zur Wahl der Christenparteien aufzurufen.

„Solange das Christentum nicht völlig marginalisiert ist“

„Solange das Christentum als kulturelle Formation nicht völlig marginalisiert ist, sollte die CDU am C festhalten,“ so der Leitkommentar der „Zeitung für Deutschland“, deren Favorit immer Merz war und jetzt nach seiner Wahl umso mehr ist.¹⁹

Dieses kapitale Leitmedium, das die Ampel-Koalition unter SPD-Kanzler anpeitscht, damit der sich endlich noch eindeutiger den Forderungen aus Washington unterwirft, sieht das mit dem C ganz pragmatisch: Solange das Christentum „als kulturelle Formation“ noch Wählerstimmen bringt, solange kann das C in den kapital- und US-dienlichen Parteien bleiben. Aber wenn das schließlich doch nicht mehr reicht? Weil das Christentum doch „völlig marginalisiert“ ist?

Aber Vorsicht, sagt jetzt Merz. Lieber doch nicht weg mit dem C! Dem Transatlantiker und BlackRock-Lobbyisten und papstfernen Retter Merz schwimmen die Felle bzw. die Wahlschafe und -schäffinnen davon. Merz' Auftraggeber Blackrock & Co haben den deutschen Mittelstand ausgeräubert – diese traditionelle C-Stütz-Milieu ist ebenso abgeschrunpft. So machte der neue CDU-Vorsitzende hastig kehrt und setzt sich jetzt dafür ein, dass die seit dem 19. Jahrhundert von den Monarchien beschlossene staatliche Dauersubvention der Kirchen nun doch nicht angetastet wird, entgegen der ohnehin zögerlichen Absichtserklärungen der nur scheinbar unchristlichen Ampel-Koalition.

„Entschlossen bekannte sich der katho-

lische Politiker zu den christlichen Werten als Basis der beiden Unionsparteien: Das C in unserem Parteinamen wird nicht gestrichen!“ So vermeldete erfreut der Vatikan am 7.2.2022 Merz' Kehrtwendung.²⁰

Das „C“ lassen, aber für „Capitalist“? Oder lieber christlich mit der AfD?

Solange also das Christentum „als kulturelle Formation nicht völlig marginalisiert ist“ - also „nicht völlig“ -, solange soll das C bleiben, so Merz. Und wenn aber doch „völlig marginalisiert“ und nicht mehr genügend Wahlstimmen bringend? Was dann, Herr Merz?

Und was dann, Mister Fink von BlackRock in New York? Haben Sie jahrelang falsch in Merz und Deutschland investiert? Also Blackrock Party of Germany? Nein, das wäre zwar die saubere Lösung. Aber, und das wissen der billionenschwere Mister Fink und der millionenschwere Laufbursche Merz auch: Diese Direktheit bringt keine ausreichenden Stimmen bei Wahlen. Also läge dann die organische Überleitung in das nahe, was sowieso schon lange zusammengehört? Also das C lassen, aber für Capitalist? Also CPG? Capitalist Party of Germany? Nein, das wissen Fink/Merz auch: Auch das ist zu direkt. Also dann doch das bisherige C belassen, für Christlich, und Koalitionspartner suchen, die AfD zum Beispiel oder auch den einen oder die andere aus der Ampel-Koalition? Die sind doch inzwischen alle sehr kapitalfromm!

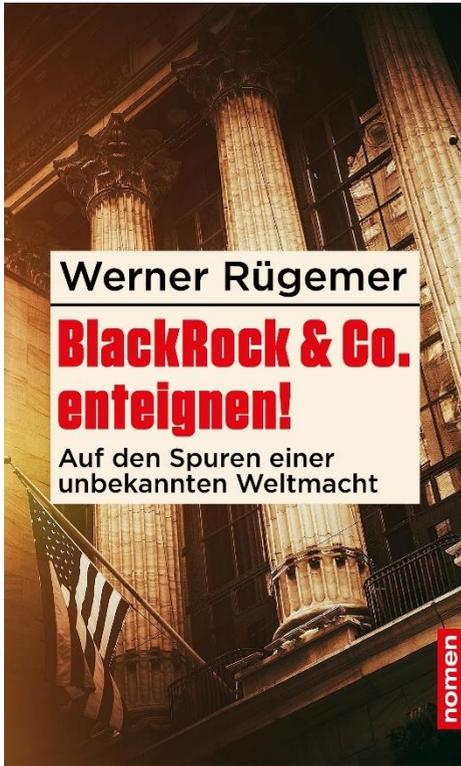
Über die eigentliche Lösung für das Ende des „christlichen Abendlandes“ nicht nur in Deutschland, sondern auch in der von den USA nicht nur finanziell und industriell abhängigen EU – darüber unterhalten wir uns an anderer Stelle. Da geht es dann wirklich zur Sache.

*Dr. Werner Rügemer, Köln, ist Referent für den
Beirat im Bundesvorstand des Deutschen
Freidenker-Verbandes*

¹⁹ Die CDU ohne C? Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.2.2022

²⁰ <https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2022-02/friedrich-merz-cdu-katholische-kirche-politik-deutschland-staat.html>

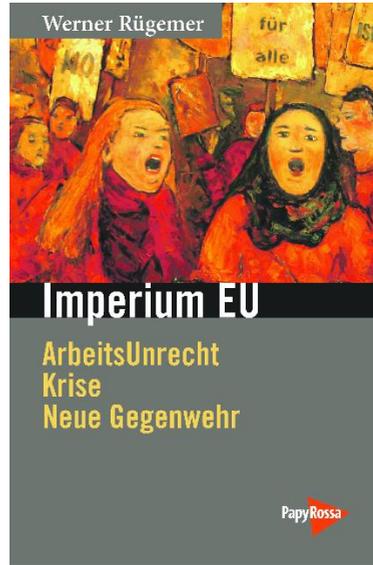
Vom Autor zuletzt erschienen:



Nomen Verlag Frankfurt/Main, 2021, 174 Seiten.
12,00 Euro

u.a. zu: BlackRocks Mehrfachrolle im Betrugskonzern Wirecard. Der Macht-komplex mit Obama- und Biden-Regierung, EU-Kommission, Federal Reserve und EZB. Die zivile Privatarmee aus Lobbyisten, Beratern und Agenturen. Niedriglöhnerie und Union Busting. Globale Beihilfe zur Steuerflucht der Superreichen. BlackRocks private Europa-Rente. Wohnungskonzerne: Mieten und Nebenkosten. Führender Ökowasher: Panzer mit Solarbatterie. Robotersierte Spekulation mit Aladdin und Energieverbrauch. BlackRock&Co als Aktionäre der New York Times: Kriegspartei und liberalla-Kritik.

Weitere Bücher von Werner Rügemer:



Papyrossa Verlag Köln 2020, 320 Seiten, 19,90 Euro



Papyrossa-Verlag Köln 2018, 3. Auflage 2021, 365
Seiten, 19,90 Euro

Die Kirche des Guten

Gemäß dem vom Vorstandsvorstand beschlossenen Plan widmet sich dieses Heft einem Schwerpunkt aus unserem Arbeitsgebiet Religionskritik. Mitten im Herstellungsprozeß trafen uns weltpolitische Ereignisse, die erstens „wichtiger“ und drängender erscheinen, das Denken, die Diskussionen und die Handlungsorientierung beherrschen, zweitens zu bestätigen scheinen, was in unserem Verband oft gesagt wurde: daß die Religion längst durch wirksamere Methoden der Steuerung des Massenbewußtseins im Interesse der Herrschenden abgelöst worden ist. Denn an der großen ideologischen Generalmobilisierung gegen Rußland, die gerade stattfindet, sind religiöse Institutionen zwar beteiligt, aber es kommt ihnen keine entscheidende Rolle zu. Und doch ist gerade dieser Anlaß günstig, um über die veränderte Rolle von Religion und Religionskritik nachzudenken.

Unsere Religionskritik hat drei Teilaufgaben:

- Philosophische Auseinandersetzung mit der religiösen Weltanschauung,
- humanistischer Kampf gegen religiöse Bevormundung des vernünftigen Denkens,
- politischer Kampf gegen die gesellschaftliche Macht der religiösen Institutionen.

Die Kämpfe auf diesen Feldern unterscheiden sich hinsichtlich der Gegner und der Kampfformen. Die philosophische Auseinandersetzung ist wissenschaftlicher Natur und im weiteren Sinne Auseinandersetzung mit der idealistischen Philosophie überhaupt. Der Kampf gegen Bevormundung hat die Bevormundeten selbst zu ihrem Gegner, denn ihre Unmündigkeit ist mit Kants Wort eine „selbstverschuldete“. Dieser Kampf wird aber nicht auf feindselige Weise, sondern durch Aufklärung und Überzeugung geführt und



Sebastian Bahlo (Foto: arbeiterfotografie.com)

darf sich niemals gegen die intimen religiösen Gefühle und Überzeugungen richten. Der politische Kampf hat schließlich die Vertreter der religiösen Institutionen selbst und ihre Verbündeten in Staat, Wirtschaft und Medien zum Feind.

Religionskritik ist kein Selbstzweck. Ihr Zweck wird durch die Gesamtheit der drei genannten Zwecke bestimmt. Doch abgesehen von den angeführten zu kritisierenden und zu bekämpfenden Mißständen kann die Religion auch je nach Umständen eine fortschrittliche, positive, humane Rolle spielen. In dieser Hinsicht ist besonders ihre Rolle als kollektivistische Ideologie hervorzuheben, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient, Duldsamkeit und Opferbereitschaft des Einzelnen fördert.

Es hängt von den historischen Umständen ab, ob diese Funktionen, so leicht sie reaktionär gewendet werden können, einen fort-

schriftlichen Charakter annehmen. Hier sei nur beispielhaft erwähnt, daß im christlichen Mittelalter die Religion mit ihrem Passions- und Erlösungsmythos wesentlich geholfen haben muß, das entbehrungsvolle bäuerliche Leben zu ertragen, und so hatte sie auf die Erhaltung und Entwicklung der Produktivkräfte zur Bewirtschaftung der Fläche eine große Wirkung.

Bekannt ist auch als ein weiteres Beispiel der persönliche Heldenmut, zu dem religiöse Überzeugungen in vielen fortschrittlichen Kriegen und Widerstandskämpfen motiviert haben. Und in vielen religiös geprägten Kulturen läßt sich der positive Charakter auch noch in der heutigen Welt nachweisen. Wissenschaftliche Religionskritik hat auch die positiven Seiten der Religion gründlich zu betrachten. Allein schon, um die Erkenntnis zu fördern, wie ein vernunftbasiertes Gedankengut beschaffen sein muß, das die Religion vollständig ersetzen kann.

Einerseite zielt die Religionskritik nicht auf die Gesamtheit der religiösen Erscheinungen ab. Andererseits zielt sie auch nicht nur auf Religion im engeren Sinne ab. Wie aus der obigen Einteilung leicht ersichtlich wird, muß der antireligiöse Kampf seinen Zweck verfehlen, wenn er andere Erscheinungen, die zur Festigung einer idealistischen Weltanschauung, zur Unterordnung des freien Denkens unter unhinterfragbare Dogmen und zur Ausdehnung der Macht der dahinterstehenden Kräfte beitragen, außer acht läßt. Es sind aber gerade derartige Erscheinungen außerhalb der klassischen Religion, die jetzt in Deutschland dominieren.

Dogmen – kein religiöses Monopol

Eine ausgearbeitete zeitgemäße idealistische Philosophie, die außerhalb der Reste des Bildungsbürgertums auf Anklang stieße, gibt es zwar nicht. Doch ein Mythos zieht sich seit Jahren durch die herrschende Propaganda: Wir sind die Guten.

„Wir“ meint dabei die Unterstützer der deutschen Regierungspolitik. Wir sind das Reich des Guten. Im Ausland herrschen Despoten, Diktatoren, Schlächter, Autokraten, Populisten, bei uns aber herrschen

„Freiheit“, „Demokratie“, „Pluralismus“, „Wissenschaft“.

Zu den inneren Feinden gehören jene, die „unsere Werte“ nicht teilen oder angeblich bekämpfen oder angebliche Wahrheiten „leugnen“. Natürlich ist es nicht neu, sondern so alt wie die Menschheit, daß die eigene Propaganda das eigene Handeln als moralisch gut darstellt. Doch eine neue Qualität liegt darin, daß das Gute ein von konkreten Problemen losgelöstes und sich selbst legitimierendes Heiligtum geworden ist, ein Kelch, der mit beliebigem Inhalt gefüllt von den Jüngern des Guten (manche nennen sie spöttisch „Gutmenschen“) vorangetragen wird. Der quasireligiöse Charakter dieser Ideologie ist nicht zu übersehen.

Die Kirche des Guten hatte ihr erstes Hochfest im Zusammenhang mit der Massenimmigration ab dem Jahr 2015. Unter völliger Abstraktion von allen ökonomischen, sozialpolitischen und geostrategischen Interessen und Plänen, als deren Werkzeug die Migranten zynisch mißbraucht wurden, galt die Parole „Refugees Welcome“ bald als Erkennungszeichen der Guten, Anständigen und Aufgeklärten, wer ihr nicht zustimmte, vertrat „Dunkeldeutschland“.

Von der Migration zum Klima

Gegen differenzierte Zwischenpositionen wurde Stimmung gemacht. Der Satzanfang: „Ich bin nicht gegen Flüchtlinge, aber...“ wurde hämisch als Erkennungszeichen des verkappten Nazis vorgeführt, denn ein „Wenn und Aber“, die Wörter, die der Einschränkung und Differenzierung dienen, kennen die Gralshüter des Guten nicht. Es wurde ein Klima geschaffen, in dem selbständiges Denken gefährlich ist, weil es zu „fälschen“ Ergebnissen und zur Stigmatisierung seiner Urheber führen kann. Dies alles wohlgemerkt im Namen der Aufklärung!

Eine noch größere Perversion der Aufklärung bildeten die folgenden Etappen der Prozession: „Klima“ (ab 2019) und „Corona“ (ab 2020). Denn das Glaubensbekenntnis, das dem braven Mann jetzt abverlangt wurde, sollte nichts anderem als der Wissenschaft selbst gelten, zugespißt in der Parole „Follow

the Science“, die aus unschuldigen Kindern mündern erschalle.

Hier wurde „die Wissenschaft“, oder besser: ein falscher Begriff von Wissenschaft mißbraucht, um gerade das, wogegen die Wissenschaft in ihrer revolutionären Periode an der Schwelle zur Neuzeit rebellierte, wieder einzusetzen: Unhinterfragbare Gewißheit, unfehlbare Institutionen. Durfte im Mittelalter der Gemeine nicht am Wort des Geistlichen zweifeln, weil nur der die Heilige Schrift lesen konnte, so hat heute der wissenschaftliche Laie kein Recht, die Ergebnisse der Wissenschaft zu hinterfragen.

Immer diese Leugner

Ein angeblicher – wie auch immer ermittelter oder zustandegebrachter – „Konsens“ hat Gesetzescharakter. Zweifler und Kritiker heißen „Leugner“ – auch hier drängt sich die Erinnerung an die dunkelsten Kapitel des Mittelalters auf. Dabei müßte wirkliche Wissenschaft eine vorläufige Meinung, wie sie ein „Konsens“ notwendig ist, selbst so lange in Frage stellen, bis sie gesicherte Erkenntnisse gewonnen hat.

Im Zusammenhang mit den Themen Klimaschutz und Corona haben sich im ersten Fall auf der Seite derer, die eine „Dekarbonisierung“ der Wirtschaft fordern, im zweiten Fall auf der Seite derer, die strengste antiepidemische Maßnahmen und eine Covid-19-Impfpflicht fordern, unübersehbare kulthafte Züge in der Beschwörung der eigenen moralischen Überlegenheit und bei der Verteufelung Andersdenkender herausgebildet, wodurch wichtige politische und ökonomische Aspekte und Interessen verschleiert und tabuisiert werden. Überhaupt wird die Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft völlig verleugnet. Im mündlichen Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstands auf dem vergangenen Verbandstag haben wir formuliert:

„Wissenschaft ist von der Gesellschaft nicht isoliert. Wissenschaftler sind Menschen mit Interessen, Überzeugungen, Ängsten. Auch richtige wissenschaftliche Erkenntnisse können zur Rechtfertigung reaktionärer Entwicklungen mißbraucht werden. Falls es stimmt, daß industrielle Treibhausgasemissionen



Symbol für ein Verständnis von Wissenschaft: Fragezeichen aus Fragezeichen, Grafik:Khaydock, CC 3.0 nicht portiert

Haupttreiber des Klimawandels sind, gibt es eine Abwägung, ob der Verzicht auf solche Emissionen für arme Länder nicht schlimmere Folgen hat? Können Wissenschaftler den Ausnahmezustand erklären?“ Hinter all diesen Fragen steht das Problem verschlei-erter Interessengegensätze. „Die“ Wissenschaft liefert angeblich Erkenntnisse für „die“ Menschheit und diktiert der Politik damit alternativlos das Handeln. Die Meinungen des dummen Volkes sind da völlig irrelevant.

Über Corona in die Ukraine

Es ist nicht zuletzt ein großer Angriff auf die Demokratie, wenn eine Sicht propagiert wird, in der die politische Entscheidungsgewalt der Legitimierung durch die nichtgewählte „Wissenschaft“ bedarf, analog dem religiösen Wächterrat im Iran.

Nach dieser vorbereitenden Entwicklung ist es nun dahin gekommen, daß die Kirche des Guten im Wortsinn die deutschen Waffen für

die Ukraine segnet. Es sind große, leere Worte, um derentwillen der Deutsche frieren, hungern und den drohenden Atomtod in Kauf nehmen soll.

Daß in dem korrupten Sumpf mit einem gelernten Komiker als Präsidenten, in die Armee eingegliederten Nazibataillonen und der alltäglichen Terrorisierung der russischsprachigen Bevölkerung „die Freiheit“ oder „europäische Werte“ verteidigt werden sollen – es ist zu hoffen, daß Menschen übrigbleiben, die darüber einmal werden lachen können.

Der irrationale Kult hat breite Massen erfaßt. Ein blaugelbes Fahnenmeer bekundet seine bedingungslose Solidarität mit einem Land, dessen Nationalisten schon in zwei vergangenen Weltkriegen von Deutschland gegen Rußland ausgenutzt wurden. Der neuen deutschen Religion fehlt auch nicht der Kreuzzugsgedanke.

Es fehlt ihr auch nicht die Inquisition. In der Medienbranche hat sich das neue Geschäftsfeld des professionellen Faktencheckens etabliert. Während gegen elementares Checken überprüfbarer Tatsachenbehauptungen nichts einzuwenden ist, führen die Berufsfaktenchecker oft einen ideologischen Feldzug gegen alles, was den Glaubenssätzen der Kirche des Guten widerspricht. Dabei gehen sie über elementares Faktenchecken hinaus und präsentieren selbst Meinungen als Fakten, „widerlegen“ Ansichten, die ihrer Natur nach gar keine elementaren Tatsachenbehauptungen darstellen, oder sie widerlegen die Meinung des Experten A mit der Meinung des Experten B.

Die Urteile der Faktenchecker werden von den Plattformen der Sozialen Medien vollstreckt, indem Beiträge mit Warnhinweisen versehen, gelöscht oder Nutzer gesperrt werden. Die Steigerung dieser Zensur liegt in dem, was Kritiker als „Cancel Culture“ bezeichnen. Mit gezielten Kampagnen werden Veranstalter dazu gedrängt, Redner oder Künstler auszuladen, die bei der Kirche des Guten in Ungnade gefallen sind, Vermieter werden gedrängt, Räume für geplante und beworbene Veranstaltungen zu kündigen.

Auch die Forderung, Denkmäler zu schleifen, weil die Geehrten vor mehr als

hundert Jahren nicht alles so sahen wie man es heute sehen muß, Bücher umzuschreiben, weil ihre Wortwahl heute nicht mehr gern gesehen ist, entspringt dieser bornierten Ideologie, die den Geist der Bücherverbrennung atmet.



Papieretikett an Volksempfängern

Als wäre das alles nicht schlimm genug, sind seit Rußlands militärischem Eingreifen in der Ukraine weitere Dämme gebrochen: Ein Dirigent wird gefeuert, weil er Russe ist und sich nicht von Putin distanziert, (offenbar schlimmer, als daß Herbert von Karajan NSDAP-Mitglied war und auf Goebbels' „Gottbegnadeten-Liste“ stand); selbst die Musik seit langem toter russischer Komponisten wird vom Programm genommen.

Vorläufiger Höhepunkt des Wahns ist allerdings die Ausladung einer Sängerin durch die „FFF“-Bewegung, weil ihr Tragen einer Dreadlocks-Frisur für sie als Weiße einen Akt „kultureller Aneignung“ darstelle. Ja, im Deutschland des Jahres 2022 ist es Menschen mit bestimmten Hautfarben verboten, bestimmte Frisuren zu tragen...

Es sollte durch diese Schlaglichter deutlich geworden sein, daß die Ziele der Religionskritik im heutigen Deutschland noch nicht im mindesten erreicht sind, weshalb unser Verband dringend gebraucht wird, daß wir sie aber auch nicht erreichen können, wenn wir die Religionskritik nicht auf die akut gefährlichen zeitgemäßen quasireligiösen Erscheinungen anwenden, sondern nur auf die von selbst im Abstieg begriffenen klassischen Religionen.

Sebastian Bahlo ist Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

Liane Kilinc

Angeschlagene Friedenstaube

Statt zu deeskalieren, wurde der Ukraine-Konflikt immer weiter angeheizt — nun sind für Europa katastrophale Folgen zu befürchten.

Ja, Putins Armee ist in die Ukraine einmarschiert. Dabei haben westliche Medien, wie wir es von ihnen gewohnt sind, jedoch vieles bewusst aus dem Kontext gerissen. Weder wird der Beitrag der Ukraine zur Eskalationsspirale in Osteuropa angemessen beleuchtet noch das globale Machtspiel der NATO-Staaten einer näheren, selbstkritischen Prüfung unterzogen.

Friedenspolitik bedeutet immer die Auseinandersetzung mit einem „Anderen“, den man zunächst vielleicht nicht versteht. Mit Mächten, die wir ohnehin lieben, brauchen wir keinen Frieden zu schließen. Das Scheitern dieses Bemühens um Verständnis — ja schlimmer: das Versagen, das darin besteht, sich um Verständnis nicht einmal ernstlich bemüht zu haben — sollte für den Westen nun eigentlich Anlass sein, bescheidener aufzutreten.

Noch schlimmer als das Zündeln der USA, die ihr ökonomisches Interesse vielleicht durch einen Krieg in Europa optimal gewahrt sehen, ist jedoch die Tatsache, dass die europäische Politik dabei mitmacht. Denn für ein Europa, das mit Russland in einer historischen Schicksalsgemeinschaft steht, stellt sich die Interessenlage ganz anders dar — erst recht gilt dies für die „einfachen“ Bürger des Kontinents.

Inzwischen schwindelt es mich schon, wenn ich nur die Zeitung aufschlage. „Waffen für die Ukraine!“ liest man da in allen denkbaren Tonlagen, und ohne Unterbrechung wird von einem russischen Einmarsch getönt.

Dabei wird alles zum Thema Ukraine verdreht, bis es nicht mehr wiederzuerkennen ist. Hunderttausend russische Soldaten stünden an der ukrainischen Grenze, wird behauptet. Zum einen ist diese Grenze über 2.000 Kilometer lang; zum anderen werden



Liane Kilinc

auch Garnisonen mitgezählt, die dreihundert Kilometer davon entfernt liegen. Das ist die Bedrohung, vor der wir uns fürchten sollen.

An der Frontlinie im Donbass, der Front des ukrainischen Bürgerkriegs, stehen über hunderttausend ukrainische Soldaten. Diese Frontlinie ist etwas über 400 Kilometer lang, und die erwähnten 100.000 sind nur die ukrainischen Truppen, die unmittelbar an der Kontaktlinie stehen, nicht fünfzig, auch nicht hundert Kilometer davon entfernt. Dort finden wirkliche Angriffsvorbereitungen statt.

In den Krankenhäusern im Hinterland wurde Platz für Verwundete geschaffen, und mit altem sowjetischem Gerät wurden in den letzten Tagen Korridore durch die Minenfelder gezogen. Die ukrainische Luftwaffe hat eine Urlaubssperre verhängt.

Ihnen gegenüber stehen vielleicht 30.000 Mann der Republiken Donezk und Lugansk, vorbereitet auf einen Angriff, der jederzeit erfolgen kann.

Dahinter liegen die Orte, die wir die letzten Jahre mit humanitärer Hilfe versorgt haben. Orte, in denen nach wie vor Kinder aus dem Unterricht in den Keller flüchten, in denen die Häuser in der Nähe der Frontlinie nur noch aus Gewohnheit stehen, löchrige Dächer auf Mauerwerk, das durch den jahrelangen Beschuss von oben bis unten von Rissen durchzogen ist. Häuser, in denen immer noch oft Menschen leben, die keinen anderen Ort haben und weil es ihre Heimat ist.

Selbst die OSZE bestätigt, dass 80 Prozent der zivilen Toten auf der Seite der Donbass Republiken ums Leben kamen.

Hier, in den deutschen Medien, gibt es diesen Aufmarsch der ukrainischen Armee nicht, und es gibt keine Granaten, die auf Städte wie Gorlovka abgefeuert werden.

Es gibt nur eine Ukraine, mit der wir „solidarisch“ sein sollen, mittlerweile um jeden Preis. Auch um den Preis eines großen, globalen, verschlingenden Krieges. Auch um den Preis eines völligen industriellen Niedergangs, nicht in der Ukraine, da hat er längst stattgefunden, sondern hier, in Deutschland, weil die Stromversorgung ohne Nord Stream 2 nicht sicher ist und noch vieles andere mehr.

Solidarität ist eines der Wörter, die in den letzten Jahren am meisten missbraucht wurden. Da wurde behauptet, es sei Solidarität, sich eine unwirksame Substanz im Interesse eines Pharmakonzerns verabreichen zu lassen; es sei Solidarität, die Ukraine, die seit dem Ende der Sowjetunion wie ein Kampfhund gegen Russland dressiert wurde, zu unterstützen, wenn sie von der Leine gelassen wird.

Nein, Solidarität ist das füreinander Einstehen in einem gemeinsamen Kampf, und zwar dem der Besitzlosen gegen die Reichen, ein Einstehen für die eigenen Interessen, und die heißen Frieden und ein menschenwürdiges Leben.

Über das Minsker Abkommen, das vor sieben Jahren den Bürgerkrieg im Donbass teilweise zum Stillstand brachte, wird in der deutschen Presse zügellos gelogen. Dabei kann man den Text auf Deutsch sogar auf Wikipedia finden, und das sogar korrekt. Der Kern des Minsker Abkommens sind direkte Verhandlungen zwischen Kiew und den Donbass Republiken.

Das genau ist der Punkt, den bisher jede ukrainische Regierung verweigert hat, worin sie von ihren westlichen Partnern bestärkt wird. Auch die Bundesrepublik hat nie Druck ausgeübt, um die Einhaltung dieses Abkommens zu erreichen.

Wir von Friedensbrücke haben viel Kontakt zu Menschen im Donbass, weil wir seit bald acht Jahren dort humanitäre Hilfe leisten. Die meisten Familien sind durch die Frontlinie

zerrissen; jeder hat Verwandtschaft irgendwo auf der anderen Seite.

Das heißt, so eine Grenze, wie sie momentan besteht, eine Grenze, über die hinweg geschossen wird, die durch Schützengräben in die Landschaft gezogen ist, wollen die Menschen nicht. Aber es sind viele entsetzliche Dinge in diesem Krieg geschehen, gerade durch die Nazibataillone, das sind paramilitärische Verehrer von Hitler, die sich als Nachfolger seiner ukrainischen Hilstruppen (Bandera, UPA) sehen und für Kriegsverbrechen in der Ostukraine verantwortlich sind, und unter dieser Bedrohung leben wollen sie eben auch nicht.

Vor sieben Jahren wäre das Minsker Abkommen ein Weg gewesen, Vertrauen aufzubauen, Maßnahmen zu treffen, die den Menschen im Donbass Sicherheit gewähren, um dann, mühsam, aber eben vielleicht doch friedlich, wieder in einem Staat zusammenzuleben.

Sieben Jahre hat keine Bundesregierung einen Handschlag getan, um dieses Abkommen umzusetzen. Sieben Jahre lang flossen Milliarden aus Deutschland in die Ukraine, in die Hände einer Regierung, deren größter Haushaltsposten die Aufrechterhaltung des Bürgerkriegs ist.

Und jetzt will man uns einreden, Russland sei der Aggressor!

Wenn in diesem Deutschland, dem des Kapitals, eine Lehre aus den vergangenen Kriegen gezogen wurde, dann die, dass man jede Stimme, die sich dagegen wenden könnte, rechtzeitig zum Verstummen bringen muss.

Das konnten wir die letzten Jahre über beobachten, angefangen vom „Querfront“-Vorwurf gegen die Mahnwachen. Heute ist nur noch sehr wenig übrig; die Linkspartei hat inzwischen auch einen Beschluss gefasst, in dem von „russischer Aggression“ die Rede ist und sich damit bei den Nato-Parteien eingereiht; und mithilfe von Corona und der zugehörigen Maßnahmen ist es gelungen, die Menschen noch weiter zu spalten, abzulenken und in Angst zu versetzen, sodass das Gerede von der „russischen Aggression“ auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Nato erweist sich dabei nicht nur als Feind Russlands. Sie erweist sich auch als Feind der deutschen Bevölkerung. Nicht nur, weil wir weder einen Krieg noch Kriegspropaganda brauchen.

Die geplanten Sanktionen, die sich dieses Kriegsbandnis völkerrechtswidrig anmaßt, richten sich mindestens ebenso sehr gegen die Menschen in Deutschland wie gegen die in Russland.

Wenn Nord Stream 2 tatsächlich nicht in Betrieb gehen sollte, oder gar, wenn die USA die Pipeline zerstören, wie Joe Biden das jüngst angedeutet hat, dann richtet sich das gegen unsere ganz elementaren Interessen; weil nicht nur Stromversorgung und Industrie, sondern auch die Nahrungsversorgung darunter leiden. Eine deutsche Regierung mit etwas Voraussicht und etwas Rücksicht auf die Interessen ihrer Bürger müsste sich nicht nur von dem Aufmarsch gegen Russland fernhalten; sie müsste die Nato aus dem Land jagen.

Stattdessen spielt sie ein Spiel mit, das uns im günstigsten Fall ökonomisch ruiniert und im ungünstigsten die Welt in Brand setzt. Weil die Macht und der Reichtum einiger hundert großer Konzerne davon abhängen, dass die Vereinigten Staaten und ein paar weitere westliche Länder den Rest der Welt ungehindert plündern können. Weil diese ganze glorreiche Macht des Kapitals schon seit Jahren am Tropf der Zentralbanken hängt und dieses Lebenserhaltungssystem jetzt kollabiert. Weil sie um jeden, buchstäblich jeden Preis verhindern müssen, dass China und Russland noch stärker werden. Schließlich entwischen ihnen gerade reihenweise die Kolonien.

Zudem hat die Glaubwürdigkeit von Regierungen und Medien gewaltig gelitten. Mehr unter Corona als unter der Berichterstattung über Russland und China, mehr unter den unzähligen undemokratischen Maßnah-

men als unter Manövern und Aufrüstung, aber man sieht, wie in vielen Ländern die Proteste zunehmen. Wir erleben nicht nur eine zerbrechende Ökonomie, vor der sie sich in einen Krieg flüchten wollen, sondern auch eine schwindende politische Macht.

Wer immer das russische Schreiben an USA und Nato liest, kann erkennen, dass es vernünftig ist. Einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüberzustehen ist keine gute Voraussetzung für Frieden. Wir Deutschen sollten das wissen, schließlich lief die Front des Kalten Krieges mitten durch unser Land.

Aber die russische Regierung hat Recht, wenn sie sagt, Russland könne nicht weiter zurückweichen; die Nato steht bereits an der russischen Grenze. Also muss sie sich zurückziehen.

Eine Bundesregierung, die das nicht begreift, sondern stattdessen weiter Geld, Waffen und Truppen mit den USA gegen Russland in Stellung bringt, handelt gegen die Interessen der Deutschen.

Wir wollen ein friedliches Deutschland, frei von Lüge, frei von Machtstreben, frei von militärischem Wahn. Ein Deutschland, das im Frieden mit Russland und China lebt. Und nicht eines, das mit der Macht der USA untergeht.

Liane Kilinc ist Vorsitzende des Vereins „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe“ und Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes in Berlin

www.fbko.org

Soforthilfe vor Ort

Spendenaufruf

Stichwort: Friedenscamp



Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.
Volksbank Berlin
IBAN: DE56 100900002582793002
BIC: BEVODE33

paypal: friedensbruecke@gmx.de

FriedensCamp - Mütter & Kinder nach Taganrog

Versorgung mit Lebensmittel & Hygieneartikel Kleidung Decken usw

Klaus Hartmann

Der Krieg in der Ukraine und wir

Von Anbeginn ist die Freidenkerbewegung für ihre entschiedene Kriegsgegnerschaft bekannt, und wir sind stolz auf die Friedensnobelpreisträgerin aus unseren Reihen, Bertha von Suttner, mit dem Vermächtnis „Die Waffen nieder!“, Titel ihres 1889 erschienenen Romans. Die Ablehnung des imperialistischen Krieges kennzeichnet die Aktivitäten der Freidenker während des 1. Weltkriegs, in der Novemberrevolution und der Weimarer Republik, im Kampf gegen die Gefahr des Hitler-Faschismus und im antifaschistischen Widerstand. Nach der Befreiung vom Faschismus und bis heute ist für uns die Losung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ Verpflichtung und Richtschnur unserer Aktivitäten.

Diese Losungen und Handlungsmaximen waren und sind für uns nie abstrakte moralische Postulate, die über der konkreten geschichtlichen Realität schweben, sondern sie müssen und können nur in der jeweils gegeben gesellschaftlichen Wirklichkeit, im Klassenkampf, wirksam werden.

Wir wären niemals auf die Idee gekommen, „Die Waffen nieder!“ den Verteidigern von Leningrad oder den Sowjetsoldaten in der Schlacht um Stalingrad zuzurufen, weil dies nichts weniger als eine Sabotage des antifaschistischen Befreiungskampfes bedeutet hätte. Gleichmaßen waren wir solidarisch mit dem Vietcong im Kampf gegen die US-Invasoren, mit den Kämpfern gegen die NATO-Aggression gegen Jugoslawien, dem palästinensischen und dem irakischen Widerstand und mit den Verteidigern des freien Syriens.

Wann begann dieser Krieg?

Die Antwort klingt aus den „Qualitätsmedien“, den Reden von Politikern und selbst von Stimmen aus der Friedensbewegung so übereinstimmend, dass die Frage zu stellen



Klaus Hartmann

allein schon vielen befremdlich vorkommt. „Der von Russland am 24.2.2022 begonnene völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine weitet sich aus.“¹ Das scheint Konsens und wird selten hinterfragt. Aber so einfach die Antwort klingt – es ist die Unwahrheit.

Warum in aller Welt spricht der Freidenkerverband seit Jahren über den Krieg in der Ukraine, protestiert gegen ihn, unterstützt die Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung? Der neugewählte Vorsitzende Sebastian Bahlo sprach im Juni 2021 im Interview über die „die gesteigerte Aggressivität der Imperialisten (...), die dem Schwinden ihrer Einflussphären nicht kampfflos zusehen wollen. NATO-Osterweiterung, Krieg in der Ukraine, Sanktionen gegen Russland und Weißrussland, Provokationen im Südchinesischen Meer zeigen die Richtung an.“

In seinem Rechenschaftsbericht an den Verbandstag sagte Sebastian: „Wie wir heute klar sehen können, hatte die NATO nie einen

¹ http://www.frikoberlin.de/tmp/aufruf_20220318.pdf

anderen Daseinszweck als den Krieg gegen Rußland vorzubereiten. Als der vorgebliche Feind in Gestalt der Kommunisten abgetreten war, ging es für die NATO erst richtig los. Angriffskrieg gegen Jugoslawien, Osterweiterung. Die Länder an der sowjetischen Westgrenze, die in der Operation Barbarossa mit Deutschland verbündet waren, sind heute (mit der wichtigen Ausnahme Finnlands) NATO-Mitglieder. Die Grenze zwischen dem NATO-Mitglied Polen und Weißrußland entspricht fast exakt der Demarkationslinie, welche die deutsche Heeresgruppe Mitte vor achtzig Jahren bei ihrer Invasion übertrat. In der Ukraine ist der Krieg schon heiß.

Schuld sind weder Rußland noch so genannte ‚prorussische Separatisten‘. Das Auseinanderbrechen der Ukraine wurde ohne Not durch den Kiewer Staatsstreich vom Februar 2014 in Kauf genommen, instruiert, finanziert, politisch-diplomatisch unterstützt von den NATO-Ländern. Das Donezbecken wird mit NATO-Waffen angegriffen, diese Woche provozierte ein britisches Kriegsschiff im Schwarzen Meer.“²

Bei einer Veranstaltung der Türkischen Kommunistischen Partei sagte ich am 09.05.2015 in Berlin: „70 Jahre nach der Befreiung erleben wir, wie der Imperialismus wieder ein faschistisch durchgesetztes Regime, diesmal in Kiew, an die Macht bringt und sich mit ihm militärisch verbündet. ‚Krieg gegen das eigene Volk‘, in anderen Ländern ein Kriegsgrund für den Imperialismus, wird gegen die Bevölkerung des Donbass akzeptiert, mit Waffenlieferungen, Militärausbildern und Söldnern unterstützt. Ob brennende Gewerkschaftshäuser oder Menschenjagden, politische Morde in Serie und die Verfolgung kommunistischer und antifaschistischer Organisationen – alles scheint den verbündeten Faschisten in Kiew durch die ‚westliche Wertegemeinschaft‘ erlaubt.“

2015, vor sieben Jahren, beschloss der Vorstand des Freidenkerverbandes eine Reso-

lution zum Tag des Sieges: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Dies bedeutet 2015 vor allem:

- Schluss mit den Sanktionen, Verständigung statt Konfrontation mit Russland!
- Keine Unterstützung, Steuergelder und Waffen für die profaschistischen Machthaber in Kiew!
- Solidarität mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Ukraine!“

Bei unserer Konferenz „1914/2014 – Der ‚Westen‘ und Russland“ im September 2014 in Berlin zitierte ich den Altkanzler Helmut Schmidt: Der „Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern (ist) Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen. (...) Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.“³

Im Kontrast dazu den damaligen US-Präsidenten Barack Obama: „Wir werden Russlands Besetzung und Annexion der Krim oder anderer Teile der Ukraine niemals akzeptieren.“⁴

Am 06. April 2014 haben wir in hoher Auflage ein Flugblatt (Bild n.Seite) mit dem Titel „Der Aggressor heißt NATO“ verteilt, das mit den Worten beginnt:

„Seit dem Staatsstreich in der Ukraine vom 22. Februar 2014 und insbesondere im Zuge der Entwicklungen auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim hat in den USA, den NATO- und EU-Ländern eine politisch-mediale Kampagne Fahrt aufgenommen, die Russland und insbesondere den russischen Präsidenten Wladimir Putin hysterisch der rücksichtslosen Großmachtpolitik und des völkerrechtswidrigen ‚Landraubs‘ bezichtigt. Seitens der führenden NATO-Regierungen wird die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation als ‚völkerrechtswidrige Annexion‘ gebrandmarkt.“

Mit dieser Kampagne soll der tatsächliche Charakter der Krise um die Ukraine als eines anti-russischen Manövers verschleiert und weitere feindliche Akte gegenüber der Rus-

² <https://www.freidenker.org/?p=10689#eroeffnung>

³ Interview mit „Bild“, 16.05.2014

⁴ 03.09.2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/barack-obama-in-estland-kritik-an-putin-versprechen-an-baltikum-a-989672.html>



Moskau nimmt Ukraine in die Zange

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 16.03.2014, mit CDU-Plakat 1953, Konrad Adenauer Stiftung

sischen Föderation psychologisch vorbereitet werden.“

Da die aktuellen Vorwürfe den von vor acht Jahren entsprechen, zitiere ich etwas ausführlicher aus unserer Erklärung. Zur behaupteten Völkerrechtswidrigkeit schrieben wir:

„Souveränität der Ukraine durch NATO-inspirierten Putsch verletzt

Die Argumente, mit denen Russland Völkerrechtsbruch nachgewiesen werden soll, gehen abstrakt von der Prämisse aus, dass Russland aus heiterem Himmel ein Stück eines souveränen Staats abgetrennt hätte. Was dagegen wirklich in der Ukraine geschehen war: durch einen gewalttätigen Putsch wurde die rechtmäßig gebildete und international anerkannte Regierung in Kiew gestürzt. NATO-treue Kräfte unterstützten diesen Gewaltakt über verschiedene Kanäle.

Der so genannte ‚Übergangs-Regierungschef‘ Arsenij Jazenjuk ist ein notorischer NATO-Kollaborateur.

Dies stellte eine verdeckte NATO-Aggression gegen die Ukraine dar. Sofort zeigte sich, dass die Putschregierung über große Teile des Landes keine Kontrolle hat. Trotzdem wurde sie im Eilverfahren von den USA, den NATO- und EU-Staaten als legitime Vertretung der Ukraine anerkannt. Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wurde durch die NATO-Regierungen verletzt.

Denn es waren die USA, die NATO und die EU, die dadurch faktisch einen Teil der

Ukraine unter ihren Einfluss brachten, unter Bruch des Völkerrechts und der ukrainischen Verfassung. Die sogenannte ‚Übergangsregierung‘ in Kiew wurde von niemandem gewählt, sondern mit ungesetzlichen gewalttätigen Mitteln an die Stelle der alten Staatsführung gesetzt. Schon schließt die EU mit den Putschisten den ersten Teil eines Assoziierungsabkommens, einen völkerrechtlichen Vertrag, der sogar die ‚Integration‘ der Ukraine in die militärischen EU-Strukturen beinhaltet.

Und das, obwohl andere Landesteile noch von den bisherigen legitimen Staatsorganen kontrolliert werden. Dies ist nichts anderes als eine faktische Abtrennung der Westukraine durch die genannten westlichen Länder. Sie sind es, die in Wahrheit ‚Fakten schaffen‘, ein Vorwurf, den sie unentwegt an Russland richten.

Unter diesen Umständen kann man bei der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation nicht von einer Annexion sprechen. Sie stellt den freiwilligen Beitritt des verbliebenen souveränen Teils der Ukraine zu Russland dar. Denn die Krim war der einzige Landesteil, in dem nach dem Putsch noch unumschränkt die verfassungsmäßige Ordnung herrschte. Da sowohl die Bevölkerung der Krim als auch die strategischen Interessen Russlands im schwarzen Meer durch die Kiewer Ereignisse bedroht wurden, war schnelles Handeln geboten.“

In den Jahren seit 2014 sind im *Freidenker*

und auf unserer Webseite ungezählte Beiträge zum Krieg in der Ukraine erschienen, wir haben Petitionen gegen die antirussischen Sanktionen unterstützt, Interviews gegeben, einen Offenen Brief an Kanzlerin Merkel geschrieben, veranstalteten Konferenzen zum Thema und waren an vielen Antikriegsprotesten beteiligt.

Da wir uns nicht gegen eine Fata Morgana engagiert, nicht ein Phantom bekämpft haben, bleibt nur ein realistischer Schluss: ***Der Krieg in der Ukraine dauert seit 2014 an!***

Daraus folgen freilich weitere Fragen: Warum steht der Krieg erst seit Februar 2022 im Mittelpunkt aller Medien-Berichte und Politiker-Erklärungen? Gab es in dem schon acht Jahre dauernden Krieg keine Opfer? Als Randbemerkung, meist im letzten Satz, konnte man in den vergangenen Jahren immer wieder lesen: „UN-Schätzungen zufolge kamen in dem Konflikt bereits mehr als 13.000 Menschen ums Leben.“ (ard-tagesschau, 27.10.2021)⁵

Doch in die Schlagzeilen oder gar Sondermeldungen brachten es diese Toten nie. Waren es die „falschen Opfer“? Weil sie es mit dem „Feind“ hielten, statt mit „uns“, der NATO, dem „Wertewesten“? Das wäre, das ist eine heuchlerische Doppelmoral und das Gegenteil von Humanität.

Wie steht es um das Völkerrecht?

Art. 2 Nr. 4 der UN-Charta verbietet den Gebrauch und die Androhung militärischer Gewalt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Die Ausnahme von der Regel steht in Artikel 51: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der

Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“



Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin am 28. April 2021 (<https://www.freidenker.org/?p=10134>)

Man kann das auch so zusammenfassen: „Es gibt eben nach dem Völkerrecht keine guten und bösen Kriege, sondern nur verbotene Angriffs- und erlaubte Verteidigungskriege.“ „Es gibt eben generell ein Selbstverteidigungsrecht überfallener Länder.“ Das sind die Worte von – Gregor Gysi!⁶ Allerdings stehen sie in seinem Brief, in dem er die Kritik einiger linkerer Linken an der Erklärung der Partei- und Fraktionsspitze zu ihrem Abstimmungsverhalten im Bundestag zu Waffenlieferungen an die Ukraine kritisiert.

Aber die Parteistreitereien beiseite, ist genau dies der Punkt, um den es geht: Verstößt das Eingreifen Russlands in den Krieg gegen das Gewaltverbot und gegen die Souveränität der Ukraine, oder handelt es sich um die Wahrnehmung des auch den Volksrepubliken Donezk und Lugansk zustehenden Selbstverteidigungsrechts?

⁵ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-kampfdrohne-101.html>

⁶ https://www.welt.de/bin/BriefvonGysi%20_bn-237217057.pdf

Präsident Putins Begründung

„Wir sehen, dass die Kräfte, die 2014 den Staatsstreich in der Ukraine inszeniert haben, die Macht ergriffen haben, sie mit der Hilfe dekorativer Wahlverfahren behalten und den Weg einer friedlichen Konfliktlösung verlassen haben. Acht Jahre lang, acht endlose Jahre lang haben wir alles Mögliche getan, um die Situation mit friedlichen politischen Mitteln zu regeln. Alles war vergeblich.

Wie ich bereits in meiner letzten Rede sagte, kann man nicht ohne Mitgefühl auf das schauen, was dort geschieht. Es ist unmöglich geworden, es zu tolerieren. Wir müssen diese Gräueltaten, diesen Völkermord an Millionen von Menschen, die dort leben und die ihre Hoffnungen auf Russland, auf uns alle gesetzt haben, beenden. Ihre Hoffnungen, die Gefühle und der Schmerz dieser Menschen waren die Hauptmotivation für unsere Entscheidung, die Unabhängigkeit der Volksrepubliken in Donbass anzuerkennen.

Ich möchte zusätzlich Folgendes betonen. Die führenden Nato-Länder unterstützen zum Erreichen ihrer eigenen Ziele extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine, die ihrerseits den Bewohnern der Krim und Sewastopols ihre freie Entscheidung für die Wiedervereinigung mit Russland nie verzeihen werden.

Sie werden zweifellos versuchen, auf der Krim einen Krieg zu provozieren, wie sie es im Donbass getan haben, um unschuldige Menschen zu töten, wie es die Mitglieder der Strafeinheiten der ukrainischen Nationalisten, Hitlers Komplizen im Großen Vaterländischen Krieg, getan haben. Sie erheben auch unverhohlenen Anspruch auf eine ganze Reihe anderer russischer Gebiete.

Betrachtet man die Abfolge der Ereignisse und die eingehenden Berichte, so ist der Showdown zwischen Russland und diesen Kräften nicht zu vermeiden. Es ist nur eine Frage der Zeit. Sie bereiten sich vor und warten auf den richtigen Moment. Sie sind sogar so weit gegangen, dass sie den Erwerb

von Atomwaffen anstreben. Das werden wir nicht zulassen. (...)

Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen. Die Umstände verlangen von uns entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten.

In diesem Zusammenhang habe ich, gemäß Kapitel 7 Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit der Zustimmung des russischen Föderationsrates und in Umsetzung der von der Föderalen Versammlung am 22. Februar dieses Jahres ratifizierten Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, die Entscheidung getroffen, eine Sonder-Militäroperation durchzuführen.

Ihr Ziel ist der Schutz der Menschen, die seit acht Jahren Misshandlung und Genozid ausgesetzt sind. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der Bürger der Russischen Föderation, begangen haben.“⁷

Völkerrechtswidrig – ja oder nein?

Die entscheidende Frage zur Beurteilung lautet: Kommt den Volksrepubliken Donezk und Lugansk das Recht auf Eigenständigkeit zu, wie es die Russische Föderation am 22.02.2022 anerkannt hat, oder sind sie weiterhin als Teile der Ukraine anzusehen?

Dazu müssen wir ins Jahr 2014 zurückblicken, auf den sogenannten „Euro-Maidan“. Am 21.02.2014 hatten Präsident Janukowitsch und Vertreter der Opposition die Übereinkunft für eine friedliche Lösung der Krise unterzeichnet (u. a. mit vorgezogenen Wahlen im Dezember 2014). Bundesaußenminister Steinmeier sowie seine polnischen und französischen Kollegen Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius garantierten die Ein-

⁷ <https://www.linkedin.com/pulse/putins-rede-24022022-michal-talma-sutt>

haltung des Kompromisspapiers. Janukowitsch hielt sich an die Vereinbarung, die Polizei wurde von den Straßen abgezogen.

Tags zuvor hatten Scharfschützen auf den Maidan gefeuert, eine Kommission unter Leitung eines Staatsanwalts der nationalistischen Swoboda-Partei schanzte alle Schuld an dem Massaker den Berkut-Polizeinheiten der Regierung zu. Das wurde in den Westmedien begierig nacherzählt. Jedoch befand sich das Konservatorium, von dessen Dach gefeuert wurde, an jenem Tag unter Kontrolle von Maidan-Einheiten, deren Einsatz die Nazi-Parteigründer Andrij Parubij und Dmytro Jarosch, Chef der Einheit „Rechter Sektor“, kontrollierten. Von den ca. 80 Erschossenen waren auch 20 Berkut-Polizisten.⁸

„Die Demonstranten auf dem Maidan aber lehnen das Abkommen ab“ und „Janukowitsch flieht in der Nacht in die Ostukraine“, geht die Erzählung weiter.⁹

Steinmeier wollte von dem tags zuvor ausgehandelten Abkommen nichts mehr wissen und rechtfertigte den Putsch damit, dass der damalige Präsident Wiktor Janukowitsch „geflohen“ und daher ein Staatsnotstand ausgebrochen wäre. Tatsächlich hatte Janukowitsch Kiew verlassen, um bei einem Parteitag seiner „Partei der Regionen“ im ostukrainischen Charkow zu sprechen. Am 22.02.14 stürmte der „Rechte Sektor“ Regierungsviertel und Parlament. Parlamentarier wurden verprügelt und unter Druck gesetzt, um Präsident Janukowitsch abzuwählen – was in der ukrainischen Verfassung nicht vorgesehen ist.

Dem Maidan-Putsch unter dominierender Mitwirkung der extremen Rechten folgte die Einsetzung einer nicht verfassungsmäßigen Regierung, die Rehabilitierung faschistischer Verbrecher und eine Zwangskrainisierung auf sprachlicher Ebene. Sie hoben das Gesetz auf, das den Status der russischen Sprache im Osten und Süden des Landes garantierte.¹⁰

Russisch verlor seinen Status als Amtssprache und durfte fortan weder in der Verwaltung noch im Bildungswesen verwendet werden. Kinder mussten nun in Ukrainisch unterrichtet werden, auch wenn deren Eltern diese Sprache nicht beherrschten.



Donezk, 23.03.2014: „Prorussische Demo“ nennt das die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen, vermutlich, weil das Lenin-Denkmal nicht gestürzt wird (Foto: Kyril Savin, CC 2.0 generisch“)

Volksaufstand gegen „Euro-Maidan“ – Putschisten reagieren mit Gewalt

Der entfesselte extreme Nationalismus und die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung führten zu einer gerechten Empörung im Osten der Ukraine. Es kam am 1. und 2. März 2014 in den östlichen Landesteilen zu Protesten und zum Volksaufstand, der über die Besetzung lokaler und regionaler Regierungsgebäude schließlich zur Proklamation der Unabhängigkeit von den Kiewer Zentralbehörden führte. Das illegale, durch Staatsstreich an die Macht gelangte Kiewer Regime sollte keine Regierungsgewalt über den Donbass erlangen.

Gegen die zunehmende rassistische Hetze des Maidan-Regimes gegen alles Russische setzten die so Bedrohten eine authentische antifaschistische Volksrevolution. Am 7. April 2014 wurden in Donezk und am 27. April 2014 in Lugansk Volksrepubliken ausgerufen.

Kiew suchte nicht nach einer politischen

⁸ <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2138301-Der-wackelige-Heldenmythos-der-Ukraine.html>

⁹ <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571>

¹⁰ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html>

Lösung für die legitime Unzufriedenheit eines Teils seiner Bevölkerung im Osten, sondern rief eine „Anti-Terror-Operation“ aus und wollte die militärische Entscheidung, womit im April 2014 der Bürgerkrieg begann. Gegen die Volksmilizen der „Separatisten“ wurden insbesondere Neonazi-Bataillone an die Front geschickt, die ungestraft Übergriffe begingen. Darüber wurde, längst vergessen, sogar „bei uns“ berichtet: „Schmutziger Kampf in der Ukraine: Neonazis im Dienst der Regierung“.¹¹



9. Mai 2014: Ehrung der Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges am Tag des Sieges in Donezk (Foto: Andrej Butko, CC 3.0 nicht portiert)

In Odessa haben Nationalisten am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus 48 Gegner des Putsches bei lebendigem Leib verbrannt, niemand wurde bestraft.

Die gegen das Putsch-Regime aufständischen ostukrainischen Bürger wurden von der Kiewer Propaganda fortan „prorussische Separatisten“ genannt, und die Westmedien folgten breitwillig. Damit soll aus dem Bewusstsein verdrängt werden, dass hier über 4 Millionen Menschen leben. Mit dieser perfiden Methode wird die Bevölkerung entmenschlicht, ihre Opfer zählen nicht, sie sind sozusagen „selbst schuld“.

Was wurde aus den „Minsker Vereinbarungen“?

Um die Gewalt zu beenden, wurde am 5. September 2014 in Minsk das Minsker Protokoll (Minsk-I), unterzeichnet, das einen Waffenstillstand vorsah, Kiew setzte jedoch seine Angriffe auf den Donbass fort, erlitt aber im Januar/Februar 2015 eine schwere Niederlage in der Schlacht um Debaltzewo.

Es folgte das Abkommen Minsk II, beteiligt wiederum Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine, die Donbass -Republiken unterschrieben über eine Kontaktgruppe ebenfalls. Ergebnisse: Sofortiger Waffenstillstand, Abzug aller schweren Waffen, OSZE-Überwachung, und sofort soll ein Dialog über die Modalitäten der Durchführung regionaler Wahlen, ... ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete“ stattfinden.¹²

Das Abkommen sollte dem Bürgerkrieg ein Ende setzen und die Einheit des Landes bewahren, scheiterte aber an der Weigerung der ukrainischen Führung, zentrale Punkte des Abkommens umzusetzen, insbesondere, die Gesetze und Verfassungsänderungen, die diesen Republiken einen autonomen Status im Rahmen der Ukraine sichert, in direkten Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Vertretern der Donbass-Republiken zu vereinbaren.

Russland beantragte am 13. Februar 2015 im UN-Sicherheitsrat eine Resolution, mit der die Minsk II-Vereinbarungen unterstützt und ihre Umsetzung gefordert wird. Der Entwurf wurde am 17. Februar 2015 einstimmig als Resolution 2202 (2015) verabschiedet. Damit ist **Minsk II geltendes Internationales Recht!**

Von West-Politikern und Medien wurde das Abkommen jedoch sofort als „Sieg Putins“ kritisiert, da Russland nicht als Konfliktpartei gebrandmarkt, sondern als Garantiemacht des Abkommens ebenso wie Frankreich und Deutschland anerkannt wurde.¹³ In

¹¹ https://www.focus.de/politik/ausland/das-bataillon-asow-schmutziger-kampf-in-der-ukraine-neonazis-im-dienst-der-regierung_id_4058717.html

¹² https://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II

¹³ Putin als „Sieger“: Minsk-II erhöht Druck auf Poroschenko in Ukraine. In: Abendzeitung München, 13. Februar 2015; Jacques Schuster: In Minsk gibt es nur einen einzigen Sieger – Putin. In: Welt Online, 12. Februar 2015.

der Folge, sieben Jahre lang, tat der Westen nichts, um seinen „Schützling“ Ukraine zur Erfüllung des Abkommens anzuhalten.

Im Gegenteil und im Widerspruch zu Minsk II erklärte der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker am 23.01.2018, „dass die von Russland geschaffenen DNR- und LNR-Formationen im Donbass aufgelöst werden sollten, da sie nicht mit der Verfassung der Ukraine vereinbar seien.“¹⁴

Selbst der Waffenstillstand und die Truppenflechtung entlang der „Kontaktlinie“ waren nur begrenzt haltbar, allein 2017 registrierte die OSZE über 400.000 Verstöße.¹⁵ Im Verlauf von acht Jahren kamen bis jetzt über 14.000 Menschen im Donbass ums Leben.

Das letzte Außenminister-Treffen im „Normandie-Format“ (Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine), hat am 19.12.2019 stattgefunden, doch wenige Tage danach relativierte Präsident Selensky wieder die getroffenen Vereinbarungen zur Umsetzung von Minsk II.¹⁶

Am 24.03.2021 erließ er das Dekret Nr. 117 zur Umsetzung der Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates vom 11.03.2021, „die vorübergehende Besetzung“ der Krim und des Donbass zu beenden.¹⁷ Auch diese definitive Absage an Minsk II stieß bei den westlichen Garantiemächten auf kein Wort der Kritik.

Stattdessen gingen Paris und Berlin dazu über, das Abkommen eigenhändig zu beerdigen: Im Oktober 2021 schlugen sie ein Treffen vor, doch als die russische Seite (29.10.22) eine gute Vorbereitung und substanzielle Vereinbarungen verlangte, lehnten sie ab (04.11.22), weil Russland einen direkten Dialog

zwischen Kiew und dem Donbass forderte.

„Das allerdings ist einer der zentralen Punkte des Minsker Abkommens. Wenn Berlin und Paris das nun als unannehmbar bezeichnen, dann beerdigen sie de facto das Minsker Abkommen.“¹⁸ Am 15.11.22 trafen sich die Außenminister der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs, um Russland öffentlich vorzuwerfen, es habe sich „zum wiederholten Male“ einem Ministertreffen im Normandie-Format verweigert.“ Mit seiner Erwidern veröffentlichte Außenminister Lawrow entgegen diplomatischer Gepflogenheiten den kompletten Briefwechsel:

„Ich bin sicher, dass Sie die Notwendigkeit dieses unkonventionellen Schrittes verstehen, denn es geht darum, der Weltgemeinschaft die Wahrheit darüber zu vermitteln, wer die völkerrechtlichen Verpflichtungen wie erfüllt, die auf höchster Ebene vereinbart wurden.“

Vor einer Offensive gegen den Donbass

Seit dem 12. Februar 2022 gab es eine extreme Zunahme an Explosionen besonders im Gebiet von Donezk und Lugansk. Der Schweizer General a.D. Jacques Baud: „Das ist nur bekannt, weil alles von der OSZE-Mission im Donbas protokolliert wurde. Es handelte sich sicher um den Anfang einer Offensive gegen den Donbas. Dieses Vorgehen des ukrainischen Militärs hat im Grunde genommen alles ausgelöst. Zu diesem Zeitpunkt war für Putin klar, dass die Ukraine eine Offensive gegen die beiden Republiken durchführen will.“¹⁹ (*Wir veröffentlichen das Interview mit Jacques Baud leicht gekürzt am Ende dieses Beitrags.*)

Arnold Schözel: „Am 17. Februar begann die ukrainische Artillerie, die seit acht Jahren

¹⁴ <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/112-ua-volker-says-called-peoples-republics-donbas-eliminated.html>

¹⁵ <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/die-gewalt-kann-jederzeit-gestoppt-werden/story/13734340>

¹⁶ https://www.anti-spiegel.ru/2022/hat-russland-mit-der-erkennung-des-donbass-das-minsker-abkommen-beerdigt/?doing_wp_cron=1648714312.3164069652557373046875

¹⁷ Berliner Zeitung, 6.4.2021

¹⁸ <https://www.anti-spiegel.ru/2021/kein-wort-in-den-medien-der-westen-hat-das-minsker-abkommen-beerdigt/>

¹⁹ https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306

Wohngebiete im Donbass beschießt, die Kanonade auf erheblich entferntere Viertel auszudehnen. Diese Ausweitung war ohne USA und NATO in der Tat undenkbar.²⁰

Am 15.02.2022 hat die russische Duma einen Antrag der Kommunistischen Partei Russlands zur Anerkennung der Volksrepubliken DVR und LVR mit 351 gegen 16 Stimmen angenommen. Der Alternativantrag der Mehrheitspartei Einiges Russland, die Aufforderung zunächst durch die Regierung prüfen zu lassen, wurde abgelehnt. Die Begründung lautete, dass sich die Ukraine nicht an die Minsker Vereinbarungen halte. Mit der Anerkennung soll der Schutz der Einwohner der Republiken vor äußeren Bedrohungen gewährleistet werden.²¹

Die KPFR erklärte: „Die eigentliche Ursache der Krise ist, dass die amerikanischen Marionettenspieler der Kiewer Führung und der Bandera-Banden beharrlich versuchen, ein Schlachthaus im Donbass zu organisieren. Zur Verfolgung ihrer geopolitischen Ziele sind sie erneut bereit, Blutvergießen zu inszenieren. Praktisch alle kampffähigen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sind an der Grenze zur DVR und LVR stationiert: 125.000 Soldaten und Offiziere. Schwere Artillerie und Panzer werden dorthin verlegt. Es wird ständig Luftaufklärung betrieben. Alles deutet darauf hin, dass eine offensive Operation gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk vorbereitet wird. **Die Anerkennung der DVR und der LVR muss die entschlossene Antwort Russlands auf die Provokationen der USA sein.**“²²

Die DVR und die LVR, die aufgrund der Referenden 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, waren sieben Jahre lang bereit, als Regionen mit Sonderstatus Teil der Ukraine zu sein, wie es in den Minsker Vereinbarungen festgeschrieben ist. Nach der Kiewer Abkehr von Minsk II baten am 21. Februar 2022 die Oberhäupter der Volksrepubliken Donezk

und Lugansk, Denis Puschylin und Leonid Pasetchnik, den russischen Präsidenten Wladimir Putin um die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden Republiken.²³

- **Die Sezession der Donbass-Republiken ist kein Verstoß gegen das Völkerrecht, denn dies ist eine innerstaatliche Angelegenheit, zu der das Internationale Recht naturgemäß nichts sagt.**
- **Sie verstößt wahrscheinlich gegen die ukrainische Verfassung, doch diese wurde von den Putschisten suspendiert.**
- **Die russische Anerkennung verstößt auch nicht gegen das Völkerrecht, und an die ukrainische Verfassung ist Russland nicht gebunden.**
- **Nach den anschließend angenommenen Verträgen über Beistand und Freundschaft zwischen Russland und den Donbass-Republiken waren die Bedingungen für die Wahrnehmung des Rechts auf Selbstverteidigung gem. UN-Charta gegeben.**

„Westliche Wertegemeinschaft“ fest an der Seite der Putschisten

„Kurz nach dem Putsch von 2014, im Jahr 2015, errichteten die Putschisten das so genannte International Peacekeeping and Security Center, eine von den USA betriebene Militärbasis im Westen der Ukraine, nahe der polnischen Grenze, die laut New York Times vom 14. März 2022, seit 2015 eine Drehscheibe für westliche Militärs zur Ausbildung ukrainischer Streitkräfte“ war.

Die Times fügte hinzu: ‚Truppen aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada, Polen, Schweden und Dänemark haben dort unter anderem 35.000 Ukrainer im Rahmen eines Projekts namens 'Operation Unifier' ausgebildet.‘ Das ist die ‚Operation‘, die darauf abzielte, die Westukraine mit der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Süden, die den faschistischen Putsch ablehnen-

²⁰ <https://www.jungewelt.de/artikel/421466.wer-wind-sät.html>

²¹ <http://russland-ticker.de/ukraine-appell-zur-erkennung-der-abtruenigen-donbass-republiken-wird-auf-putins-schreibtisch-landen>

²² <https://cprf.ru/2022/02/recognition-of-the-dpr-and-lpr-must-be-russias-firm-answer-to-us-provocations/>

²³ <https://rtde.site/russland/133873-russland-uber-moglichkeit-ruckkehr-volkrepubliken/>

te, gewaltsam zu ‚vereinen‘. Zu den von den USA bezahlten Truppen gehörten die modernen Nachfahren der privatisierten Blackwater-Truppen von Erik Prince, die während des Regimewechsel-Kriegs ... im Irak Zivilisten abschlachteten und 1,5 Millionen Iraker töteten.“²⁴



Der ukrainische Präsident Poroschenko eingerahmt von den US-Senatoren Lindsey Graham und John McCain Dezember 2016 bei der Vorbereitung eines Stellvertreterkriegs mit Russland.²⁵ „Euer Kampf ist unser Kampf. 2017 wird das Jahr der Offensive sein. Wir alle werden nach Washington zurückkehren und den Fall gegen Russland vorantreiben. Genug von der russischen Aggression. Es ist an der Zeit, dass sie einen höheren Preis zahlen müssen.“ (Sen. Graham)

Am 24.04.2014 antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN Abgeordneten Dr. Alexander Neu et al. betr. „Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO bis Mitte März 2014“:

„... Die Ukraine hat bisher an fast allen NATO-geführten Operationen teilgenommen und stellt regelmäßig Kräfte für die schnelle Eingreiftruppe (NATO Response Force). Um die hierfür notwendige Interoperabilität der Streitkräfte zu gewährleisten, ist die Ukraine eng in das Übungsprogramm der NATO eingebunden und nimmt an Standardisierungsmaßnahmen teil. Ferner nimmt die Ukraine als Partner der NATO an Formaten wie z. B. dem Euro-Atlantischen Partner-

schaftsrat teil und kann auf eine Vielzahl von Kooperationsangeboten zugreifen, die allen Partnerstaaten der NATO offenstehen. [...]“²⁶

Dem ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk wurden am 27. Februar 2022 im Bundestag stehende Ovationen entgegengebracht – obwohl oder weil der Nazi-Verehrer am Grab des ukrainischen Faschisten Bandera in München Blumen niedergelegt hatte, ist unklar.

Die Bundesregierung „versprach“ Waffenlieferungen an die Ukraine und will ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung auflegen. So ein „Sondervermögen“ hieß früher schlicht und ergreifend Kriegskredite. Damit hat die Sozialdemokratie seit 1914 einschlägige Erfahrungen.



NATO-Offiziere briefen das Nazi-Bataillon Azow – von der früheren Azow-Website auf einer norwegischen Seite gesichert²⁷

Voller Zufriedenheit berichtete Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 17.03.2022: „Man muss bedenken, dass seit der illegalen Annexion der Krim 2014 die Nato-Alliierten Zehntausende von ukrainischen Soldaten geschult haben, die jetzt an der Front stehen. Und wir haben sie ausgerüstet. Die ukrainische Armee ist jetzt wesentlich stärker, viel besser ausgerüstet als 2014.“²⁸

²⁴ Antikriegs-Koalition der USA, <https://unac.notowar.net/2022/03/23/ukraine-u-s-out-now-remains-our-anti-imperialist-antiwar-credo/>

²⁵ <https://bigleaguepolitics.com/flashback-lindsey-graham-and-john-mccain-spread-propaganda-for-ukraine-russia-proxy-war-back-in-2016/>

²⁶ Bundestag, DS 18/1221, 24.04.2014

²⁷ <https://steigan.no/2018/02/nynazister-skryter-av-briefing-med-nato-offiserer/>

²⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/stoltenberg-nato-ukraine-krieg-russland-100.html>

Die Interessen des „Westens“ und das Spiel der NATO

Warum wurde die NATO gegründet?



General Sir Hastings Ismay, Foto: War Office official photographer, Imperial War Museum, London

Ihr erster Generalsekretär, Lord Ismay, gab auf diese Frage 1950 folgende Antwort: *„Die NATO wurde gegründet, um die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten.“*¹

Der Drang der NATO nach Osten

1990 klang es noch so:

Am 2. Februar 1990 nach einem Treffen mit dem damaligen US-Außenminister **James Baker** sagte **Genscher**. „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das Nato Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt nicht nur für die DDR sondern ganz generell.“²



ARD-Weltspiegel, 09.03.2014 und BRD- und US-Außenminister Hans Dietrich Genscher, James Baker

1990 bestand die NATO aus 16 Staaten: USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Frankreich; Deutschland, Türkei, Italien, Spanien, Niederlande, Belgien, Griechenland, Portugal, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, Island;

Mit der Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten kamen 14 Staaten hinzu:

- 1999: Polen, Tschechien, Ungarn;
- 2004: Rumänien, Bulgarien, Slowakei, Litauen, Lettland, Estland, Slowenien;
- 2009: Kroatien, Albanien;
- 2017: Montenegro;
- 2020: Nordmazedonien.

Im Februar 2019 beschloss das Parlament in Kiew die Ergänzung der ukrainischen Verfassung, die nun eine *„strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und der Nato“* beinhaltet. Die „Unabhängigkeit unserer europäischen Entscheidung“ unterstrich Andrej Parubi, der als Rechtsextremist auch Parlamentspräsident ist.³

Denn sie wissen, was sie tun:

Zbigniew Brzezinski war Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter. In seinem

¹ https://www.aachener-zeitung.de/politik/welt/nato-wird-70-jahre-alt_aid-47573835

² <https://www.youtube.com/watch?v=S5HtBba-i28>

³ <https://www.epochtimes.de/politik/ausland/ukraine-nimmt-beitritt-zu-eu-und-nato-als-ziele-in-verfassung-auf-a2788396.html>

Buch „The Grand Chessboard“ aus dem Jahr 1997 beschreibt er die geopolitische Bedeutung der Ukraine wie folgt:

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Platz auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiges Land dazu beiträgt, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein.



Zbigniew Brzeziński bei der Münchner “Sicherheitskonferenz” 2014, Foto: Kleinschmidt/MSK, CC 3.0 Germany

Russland kann ohne die Ukraine immer noch den Status eines Imperiums anstreben, aber es würde dann zu einem überwiegend asiatischen imperialen Staat werden, der mit größerer Wahrscheinlichkeit in schwächende Konflikte mit erregten Zentralasien hineingezogen werden würde, die dann über den Verlust ihrer jüngsten Unabhängigkeit verärgert wären und von ihren islamischen Mitstreitern im Süden unterstützt würden. Auch China würde sich angesichts seines zunehmenden Interesses an den neuen unabhängigen Staaten in Zentralasien wahrscheinlich gegen eine Wiederherstellung der russischen Vorherrschaft über Zentralasien wenden.

Erlangt Moskau jedoch die Kontrolle über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Einwohnern, ihren bedeutenden Ressourcen und ihrem Zugang zum Schwarzen Meer zurück,

erhält Russland automatisch wieder die Mittel, um ein mächtiger imperialer Staat zu werden, der Europa und Asien umfasst. Der Verlust der Unabhängigkeit der Ukraine hätte unmittelbare Folgen für Mitteleuropa und würde Polen zum geopolitischen Dreh- und Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinten Europas machen.⁴



Screenshot von Bidens Rede in Delaware 1997

Wer erinnert sich nicht gern, an die Worte von **Joe Biden**? Allerdings sprach er sie schon vor ca. 25 Jahren, am 20.06.1997 in Delaware, und zwar vor dem US-Committee on Foreign Relations: „**Das Einzige was Russland zu einer heftigen militärischen Reaktion zwingen würde - wäre eine Expansion der NATO an die russische Grenze.**“

1999 begann die NATO mit ihrer lange vorbereiteten **Aggression zur Zerstörung Jugoslawiens**, über die wir seit Jahrzehnten im „Freidenker“ immer wieder geschrieben haben. Präsident Slobodan Milošević warnte wiederholt, dass dieses Muster auch gegen andere „ungehorsame“ Staaten angewandt werden könnte.

Die nicht veröffentlichten, aber maßgeblichen Beweggründe für diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg erfuhr MdB Willy Wimmer ein Jahr später bei einer Konferenz in Bratislava. Wir dokumentieren nachfolgend seinen nach der Konferenz verfassten Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder.

⁴ Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard, 1997, S. 46

„Fehlentscheidung revidieren, US-Stationierung nachholen“

Offener Brief von Willy Wimmer, Mitglied des Bundestages, Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

an

Herrn Gerhard Schröder, MdB, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Bundeskanzleramt, Schlossplatz 1, 10178 Berlin

Berlin, den 02.05.00

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
am vergangenen Wochenende hatte ich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava Gelegenheit, an einer gemeinsam vom US-Außenministerium und American Enterprise Institute (außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) veranstalteten Konferenz mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO-Erweiterung teilzunehmen. Die Veranstaltung war sehr hochrangig besetzt, was sich schon aus der Anwesenheit zahlreicher Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister aus der Region ergab. Von den zahlreichen wichtigen Punkten, die im Rahmen der vorgenannten Themenstellung behandelt werden konnten, verdienen es einige, besonders wiedergegeben zu werden:

1. Von Seiten der Veranstalter wurde verlangt, im Kreise der Alliierten eine möglichst baldige völkerrechtliche Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo vorzunehmen.

2. Vom Veranstalter wurde erklärt, dass die Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb jeder Rechtsordnung, vor allem der Schlussakte von Helsinki, stehe.

3. Die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter.

4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine **Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt** werden müssen.

5. Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April



Willy Wimmer

1999 verabschiedeten «Neuen Strategischen Konzept» der Allianz und der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe.

6. Unbeschadet der anschließenden legalistischen Interpretation der Europäer, nach der es sich bei dem erweiterten Aufgabenfeld der NATO über das Vertragsgebiet hinaus bei dem Krieg gegen Jugoslawien um einen Ausnahmefall gehandelt habe, sei es selbstverständlich **ein Präzedenzfall**, auf den sich jeder jederzeit berufen könne und auch werde.

7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden **NATO-Erweiterung** die räumliche Situation **zwischen der Ostsee und Anatolien** so wiederherzustellen, **wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung** gewesen sei.

8. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden.

9. **Nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten.**

10. In jedem Prozess sei dem Selbstbestimmungsrecht der Vorrang vor allen anderen Bestimmungen oder Regeln des Völkerrechts zu geben.

11. Die Feststellung stieß nicht auf Widerspruch, nach der die NATO bei dem Angriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen habe.

Nach dieser sehr freimütig verlaufenen Veranstaltung kommt man in Anbetracht der Teilnehmer und der Veranstalter nicht umhin, eine Bewertung der Aussagen auf dieser Konferenz vorzunehmen. Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine äh-

liche Entwicklung den Völkerbund traf, war der Zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.

Mit freundlichen Grüßen W. Wimmer

*

Wimmers Bewertung gibt es nichts hinzuzufügen. Anzumerken bliebe, dass die Absichten der USA, sich auf dem Balkan einzunisten, zunächst mit der Errichtung des Camp Bondsteel in der – völkerrechtlich zu Serbien gehörenden Provinz Kosovo und Metohija begann, und dann mit der Aufnahme weiterer Teile des zerschlagenen Jugoslawiens in die NATO fortgesetzt wurde. Dies diente der Einkreisung Russlands von Südwesten her, und damit eines Korridors rund um die Ukraine.

Über die Bedeutung der Ukraine in diesem Spiel gibt der nächste Beitrag Auskunft.

„Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung“

Rede von STRATFOR Chef George Friedman am 4. Februar 2015 – ein Jahr nach dem Maidan-Putsch in Kiew – vor dem „Chicago Council on Global Affairs“

Kernaussagen aus dem Vortrag „Konflikte: Europas Bestimmung?“ , zusammengestellt von Rainer Rupp ¹

„Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte, in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. ... Der islamistische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existenzielle Bedrohung. ... Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt.

Wenn Sie ein Ukrainer sind und Ausschau halten, wer Ihnen helfen kann, dann kommen

als Einzige die Vereinigten Staaten in Frage. Letzte Woche, oder etwa vor 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der „US-Army Europe“ General Ben Hodges zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, dass US-Ausbilder demnächst offiziell in die Ukraine kommen sollen, nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen militärisches Protokoll ist, dass Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen. Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er weg und verkündete in den Baltischen Staaten, dass die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere Militärausrüstung in den

¹ <https://www.freidenker.org/?p=12423>

baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden. Das ist ein sehr interessanter Punkt.

Und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern, das wurde in der Nacht wieder dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert. Und bei all diesen



George Friedman, Foto: SørenKierkegaard, CC 4.0 int

Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO, weil NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA ein „Cordon Sanitaire“, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das.

Russland glaubt, die USA beabsichtigen die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern ihnen nur ein wenig weh tun. Jedenfalls sind wir wieder beim alten Spiel.

Die Vereinigten Staaten haben ein fundamentales Interesse. Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können

das nicht bei uns. Das ist eine schöne Sache. Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall ist die Grundlage unsere Macht.

Der beste Weg eine feindliche Flotte zu besiegen ist zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewendet hat, im Iran und Irak (Iran-Irak-Krieg 1980-88). Er finanzierte beide Seiten, sodass sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Es war zynisch, bestimmt nicht moralisch, aber es funktionierte.

Und das ist der Punkt: die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den Boden berühren, sind wir demographisch zahlenmäßig unterlegen. (...) Also sind wir nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, gegeneinander kämpfende Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen, politisch, finanziell, militärisch und mit Beratern.

Die Frage, die sich jetzt für die Russen stellt: Werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten, oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass er nur noch 100 km von Stalingrad und 500 Km von Moskau entfernt ist. Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung. Und die Russen können das nicht ignorieren. Und wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert?

Es ist kein Zufall, dass General Hodges, der ernannt wurde, um für all dies gerade zu stehen, davon spricht Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den baltischen Staaten in Stellung zu bringen, dem Intermarum, dem Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wie Pilsudski es erträumte. Für die USA ist das die Lösung.

Die Frage, auf die wir keine Antwort haben, ist, wie wird Deutschland sich verhalten. Die unbekannte Variable in Europa

sind die Deutschen. Während die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine, sondern westlich davon und die Russen einen Weg suchen, den westlichen Einfluss in der Ukraine zurückzudrängen – wissen wir nicht wie die deutsche Haltung ausfallen wird.

Deutschland befindet sich in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sitzt im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben eine sehr komplexe Beziehung zu den Russen. Die Deutschen wissen selbst nicht was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen ihre Waren abnehmen. Andererseits, wenn sie die Freihandelszone verlieren, dann müssen sie etwas anderes aufbauen. Die Urangst der USA ist, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden – eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben.

Wie wird sich das also abspielen? Die USA haben ihre Karten bereits auf den Tisch gelegt: die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer. Die russischen Karten lagen schon immer auf dem Tisch: Das Mindeste was sie brauchen ist eine neutrale Ukraine, keine pro-westliche. Weißrussland ist eine andere Frage.

Wer mir nun sagen kann, was die Deutschen tun werden, der kann mir auch sagen, wie die Geschichte der nächsten zwanzig Jahre aussehen wird. Aber leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden. Und das ist immer das Problem Deutschlands. Wirtschaftlich sehr mächtig, geopolitisch sehr fragil. Und es weiß nie, wie es beides versöhnen kann. Seit 1871 ist das die deutsche Frage, die Frage Europas. Denken Sie über die deutsche Frage nach, denn sie kommt jetzt wieder auf uns zu. Wir müssen uns ihr jetzt stellen und wir wissen nicht wie. Wir wissen nicht was die Deutschen tun werden.”

„Unsere“ Interessen an der Ukraine haben Tradition

Die Interessen des „Westens“ an der Beherrschung der Ukraine sind keineswegs erst 1990 entstanden, und auch nicht erst 1933.

Mit der Entstehung des Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Stimmen von Politikern, führenden Militärs und Ideologen der Herrschenden immer dominanter, die Russland primär als Konkurrenten auf der internationalen Bühne wahrnahmen, ja einen Krieg gegen das Zarenreich für unvermeidbar hielten. Als Ziele eines solchen Krieges wurden letztlich die Zerschlagung Russlands und seine weitgehende Zurückdrängung aus Europa propagiert.

Der spätere Staatssekretär und Reichskanzler *Bernhard von Bülow* amtierte als Botschaftsrat in St. Petersburg, als er am 10. Dezember 1887 in einem Bericht an das Auswärtige Amt formulierte: „Wir müssen eventuell dem Russen so viel Blut abzapfen,

daß derselbe sich nicht erleichtert fühlt, sondern 25 Jahre außerstande ist, auf den Beinen zu stehen.



Bernhard von Bülow

¹ <https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/Dr%20%20Reiner%20Zilkenat%20%20Wer%20Kiew%20hat%20kann%20Russland%20zwingen!.pdf>

Wir müssen die wirtschaftlichen Hilfsquellen Rußlands für lange hinaus durch Verwüstung seiner Schwarzerd-Gouvernements, Bombardierung seiner Küstenstädte, möglichste Zerstörung seiner Industrie und seines Handels zuschütten. Wir müßten endlich Rußland von jenen beiden Meeren, der Ostsee und dem Schwarzen Meer, abdrängen, auf denen seine Weltstellung beruht.“²

Der Chef des Großen Generalstabes, Generaloberst **Helmuth Graf von Moltke d.J.**, formulierte in einem Schreiben vom 10. Februar 1913 gegenüber seinem österreichisch-ungarischen Amtskollegen Franz Conrad von Hötzendorf: Er sei „nach wie vor der Ansicht, dass ein europäischer Krieg ... kommen muss, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind.“³

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, **Gottlieb von Jagow**, hat im August 1914 seine Gedanken über die Ziele im bevorstehenden Krieg in einem Erlaß für den deutschen Botschafter in Wien formuliert: „Insurgierung nicht nur Polens, sondern auch der Ukraine erscheint uns sehr wichtig; 1. als Kampfmittel gegen Rußland; 2. weil im Falle glücklichen Kriegsausganges die Bildung mehrerer Pufferstaaten zwischen Rußland und Deutschland bzw. Österreich-Ungarn zweckmäßig würde, um den Druck des russischen Kolosses auf Westeuropa zu erleichtern und Rußland möglichst nach Osten abzu-drängen.“⁴

In einer Kriegszielschrift von **Heinrich Clafß** im September 1914 hört sich das so an: „Wir wünschen ferner, daß Rußland auch im Süden auf die vorpetrinische Grenzen [vor Zar Peter I., 1709] zurückgeworfen wird, am besten hinter den Dnjepr zurückweicht, damit



Gottlieb von Jagow

den wichtigsten Teil der Schwarzmeerküste verliert und also auch im Süden das Gesicht völlig von Europa, dort im besonderen von der Balkanhalbinsel, abgewendet erhält.“⁵

Reichskanzler **Theobald von Bethmann Hollweg** verfasste am 9. September 1914 eine geheime Denkschrift zu den deutschen Zielen für die Millionen deutscher Soldaten an den Fronten zu leiden und zu sterben hatten: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallen-völker gebrochen werden.“⁶

„Bereits 1915/16 hatten Großindustrielle wie z. B. Emil Kirdorf (Vorstandsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes) und Alfred Hugenberg (Vorsitzender des Direktoriums der Krupp-Werke und Gründungsmitglied des Alldeutschen Verbandes) für die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen gesorgt, um in Deutschland den Gedanken für eine von

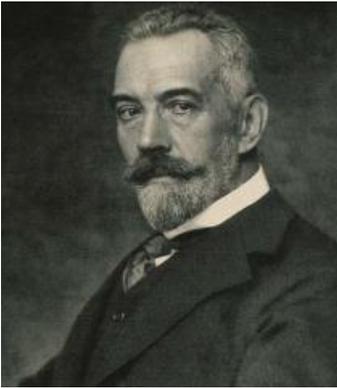
² Reiner Zilkenat, <https://kpf.die-linke.de/mitteilungen/detail/unternehmen-barbarossa-der-ueberfall-auf-die-sowjetunion-am-22-juni-1941-1/>

³ ebenda

⁴ Reiner Zilkenat, <http://ag-friedensforschung.de/themen/1wk/ukraine.html>

⁵ Reinhard Opitz R., *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Bonn 1994, S. 249

⁶ <http://ag-friedensforschung.de/themen/1wk/ukraine.html>



Theobald von Bethmann-Hollweg

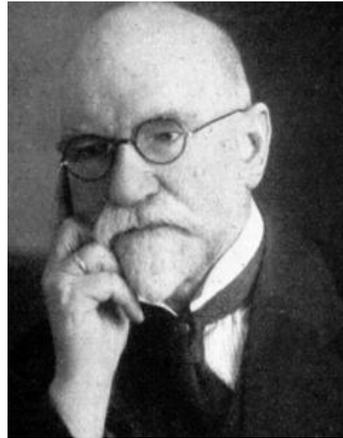
Rußland ,unabhängige‘ Ukraine zu propagieren. Zu diesem Zweck wurde die Zeitschrift *Osteuropäische Zukunft* aus der Taufe gehoben, als deren Herausgeber nach außen ein am 11. Dezember 1915 gegründeter ‚Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen‘ firmierte, bei dem es sich um nichts anderes als eine Filiale des Alldeutschen Verbandes handelte.“⁷

Paul Rohrbach war 1914 bis 1918 Mitarbeiter im Reichsmarineamt, dann im Auswärtigen Amt, wo er sich als Wortführer einer antirussischen Politik hervortat. „Wer Kiew hat, kann Rußland zwingen‘ - so ein Leitspruch von Paul Rohrbach (1869 - 1956), eines vor und während des Ersten Weltkrieges hochgeachteten deutschen Publizisten mit dem Thema Geopolitik.

Er war ausgebildeter protestantischer Theologe und Nationalliberaler, warb für den deutschen ‚Platz an der Sonne‘ als ‚ethischer Imperialist‘ (so Walter Mogk, der 1972 eine der wenigen Studien über ihn verfasst hat).

Der weitgereiste und kenntnisreiche Rohrbach hatte praktische Erfahrungen in der Kolonialverwaltung, und von 1914 bis 1918 war er für das Auswärtige Amt tätig.

Sein stärkstes Interesse galt der Ukraine. Ohne deren Terrain, so sein Kalkül, sei Russland ohnmächtig, nicht mehr ausge-



Paul Rohrbach „Mitteleuropa“-Ideologe und Schöpfer der „Dekompositionstheorie“

stattet ‚mit Eisen, Kohle, Korn, Häfen‘ - reif für eine ‚Zertrümmerung‘. Eben deshalb müsse Deutschland eine ‚ukrainische Bewegung‘ in Gang setzen.“⁸

„Oft nutzte er bei öffentlichen Auftritten das Bild, ‚daß Rußland sich auseinandernehmen läßt wie eine Apfelsine‘ und daß dabei ‚bei gehöriger Vorsicht durch keinen Riß und keine Wunde ein Tropfen Saft zu fließen braucht‘. Ganz besonders kümmerte sich Rohrbach um die Ukraine, gelegentlich bei PR-Veranstaltungen vor großem Publikum. ‚Alles große Leben in Rußland muß versiegen, wenn ein Feind die Ukraina packt‘, schrieb er in seinem 1916 erschienenen ‚Weltpolitischen Wanderbuch‘.

Die Bedeutung der Ukraine müsse man sich zunutze machen, verlangte er in dem Werk: ‚Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand soviel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden.“⁹

Der Zentrumsolitiker **Matthias Erzberger**

⁷ ebenda

⁸ Arno Klönne, <https://www.heise.de/tp/features/Die-Ukraine-Objekt-der-Begehrlichkeit-3366718.html>

⁹ Jörg Kronauer, Die ukrainische Sache, in *junge Welt*, Donnerstag, 21. Juni 2012

forderte in seiner Kriegszieldenkschrift vom 2. September 1914 „ehrgeizig, ‚Rußland sowohl von der Ostsee als auch vom Schwarzen Meer abzuschließen‘. Das Mittel der Wahl sei die ‚Befreiung der nichtrussischen Völkerschaften‘ im Zarenreich ‚vom Joch des Moskowitertums und Schaffung von Selbstverwaltung im Innern der einzelnen Völkerschaften‘.

Rußland zerschlagen, den Teilgebieten Autonomie oder gar Eigenstaatlichkeit zuzusprechen – das nannte man vornehm ‚Dekompositionstheorie‘. Wer das zerlegte Rußland kontrollieren sollte, war für Erzberger klar: ‚Alles dies unter militärischer Oberhoheit Deutschlands, vielleicht auch mit Zollunion.‘ Das klang größtenwahnsinnig, aber man führte schließlich eine Kriegszieldiskussion.“

Der erwähnte *Verband Freie Ukraine* (Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen) wirkte für die Los-trennung der Ukraine von Russland.

Hauptanliegen war die Propagierung der wirtschaftlichen Bedeutung der Ukraine in Politik-, Wirtschaft- und Pressekreisen, die wiederum als „Multiplikatoren“ wirken sollten. Dazu fanden Vortrags- und Diskussionsabende statt. Die ideologische Basis stammte von Paul Rohrbach, der mit einer „Dekompositionstheorie“ die russische Macht durch Entwicklung des Nationalismus der „russischen Fremdvölker“ brechen wollte.

In einer Selbstdarstellung von 1916 der Verbandszeitung *Osteuropäische Zukunft* heißt es: „Der Weg nach Osten und Südosten ist frei geworden. Damit hat sich für Deutschlands Handel und Industrie eine neue Bahn aufgetan.“

In einem Einladungstext schrieb der Verband 1916, es gehe darum in der Ukraine „unübersehbare Naturschätze zu heben“ und dort lebe „das 39 Millionen-Volk der Ukrainer, das [...] sich danach sehnt, völlig befreit und staatlich neu geformt, unser Bundesgenosse zu werden“.¹⁰

Eine 1917 als Sonderdruck erschienene Denkschrift, stellte fest: „Nur in der Ukraine - nicht im Zentrum und im Norden - ist

Rußland tödlich zu treffen“, die „Vorschiebung der Besetzungsgrenze bis zur Donezlinie [...] würde Rußland zum langsamen Ersticken verurteilen“.

Die Faschisten knüpften an diese „Vordenker“ an: „Die reichen Felder der Ukraine locken – schrieb *Joseph Goebbels* am 16.06.1941 in sein Tagebuch.

Gemeint war damit nicht nur die Aneignung agrarischer Flächen, sondern auch der Zugriff auf industrielle Ressourcen in dem zu unterwerfenden Terrain. Zudem wollte Hitlerdeutschland seine Verfügung über die Ukraine geostrategisch nutzen, als Durchgang zur Kaukasusregion und zum zentralasiatischen Raum. Die Krim sollte zur „germanischen Siedlung“ werden, als deutsche Militärstation das Schwarze Meer beherrschen. Und die Besetzung der Ukraine galt als der entscheidende Schlag zur „Dekomposition“ des „Russischen Reiches“. Dieses sollte – nicht nur in seiner kommunistischen Form – aus dem Rang der Großmächte ein für allemal verdrängt werden, durch „völkische“ Zergliederung, die Vernichtung von Massen „rassisch minderwertiger Untermenschen“ einbegriffen.¹¹

Arno Klönne weiter: „Seit der Oktoberrevolution von 1917 wurde die ‚traditionelle‘ Russophobie mit dem Hass auf die Bolschewiki angereichert. Damit erhielt sie eine vollkommen neue Qualität. Jetzt ging es neben der angestrebten Gewinnung von ‚Siedlungsraum‘ für deutsche Bauern und Weltkriegsveteranen, neben der Ausbeutung der Bodenschätze und landwirtschaftlichen Ressourcen vor allem darum, den historisch ersten Versuch zu ersticken, eine gegenüber dem Kapitalismus alternative Gesellschaftsordnung zu errichten. Von nun an bildeten die ‚Russophobie‘ und die Vorbereitung einer ‚sozialen Revanche‘ ein Amalgam in der Ideologie und Politik der Herrschenden.“

Das Revanche-Motiv ist modifiziert auch gegen heutigen Staatskapitalismus in Russland aktuell, der die Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital verwehrt.

¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Ukraine

¹¹ Arno Klönne, <https://www.heise.de/tp/features/Die-Ukraine-Objekt-der-Begehrlichkeit-3366718.html>

Interview mit Jacques Baud¹

„Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten“



Jacques Baud war Oberst der Schweizer Armee, arbeitete für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst und war Berater für die Sicherheit der Flüchtlingslager in Ost-Zaire während des Runda-Krieges (UNHCR-Zaire/Kongo, 1995-1996). Er arbeitete für das DPKO (Department of Peacekeeping Operations) der Vereinten Nationen in New York (1997-99), gründete das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf (CIGHD) und das Informationsmanagementsystem für Minenräumung (IMSMA), war Leiter der Abteilung „Friedenspolitik und Doktrin“ des Uno-Departements für friedenserhaltende Operationen in New York (2009-11) und der Uno-Expertengruppe für die Reform des Sicherheitssektors und die Rechtsstaatlichkeit, arbeitete in der Nato und ist Autor mehrerer Bücher.

Historische, politische und wirtschaftliche Hintergründe des Ukraine-Kriegs

Zeitgeschehen im Fokus: Herr Baud, Sie kennen die Region, in der im Moment Krieg herrscht. Welche Schlüsse haben Sie aus den letzten Tagen gezogen, und wie konnte es so weit kommen?

Jacques Baud: Ich kenne die Region, um die es jetzt geht, sehr gut. Ich war beim EDA [Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten] und in dessen Auftrag fünf Jahre abkommandiert zur Nato im Kampf gegen die Proliferation von Kleinwaffen. Ich habe Projekte in der Ukraine nach 2014 betreut. Das heisst, ich kenne Russland auf Grund meiner ehemaligen nachrichtendienstlichen Tätigkeit, die Nato, die Ukraine und das dazugehörige Umfeld sehr gut. Ich spreche russisch und habe Zugang zu Dokumenten, die nur wenige Menschen im Westen anschauen.

Sie sind ein Kenner der Situation in und um die Ukraine. Ihre berufliche Tätigkeit brachte Sie in die aktuelle Krisenregion. Wie nehmen Sie das Geschehen wahr?

Es ist verrückt, man kann sagen, es herrscht eine regelrechte Hysterie. Was mir auffällt und was mich sehr stört, ist, dass niemand die Frage stellt, warum die Russen einmarschieren sind. Niemand wird einen Krieg befürworten, ich sicher auch nicht. Aber als ehemaliger Chef der «Friedenspolitik und Doktrin» des Uno-Departements für friedenserhaltende Operationen in New York während zwei Jahren stelle ich mir immer die Frage: Wie ist

¹ Interview der Schweizer Zeitschrift *Zeitgeschehen im Fokus* am 15.03.2022, https://www.zeitgeschehen-imfokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306

man zu diesem Punkt gekommen, Krieg zu führen?

Was war Ihre Aufgabe dort?

Es ging darum zu erforschen, wie es zu Kriegen kommt, welche Elemente zu Frieden führen, und was man tun kann, um Opfer zu vermeiden bzw. wie man einen Krieg verhindern kann. Wenn man nicht versteht, wie ein Krieg entsteht, dann kann man keine Lösung finden. Wir sind genau in dieser Situation. Jedes Land erlässt seine eigenen Sanktionen gegen Russland, und man weiss genau, das führt nirgends hin. Was mich dabei besonders schockiert hat, ist die Äußerung des Wirtschaftsministers in Frankreich, man wolle die Wirtschaft Russlands zerstören mit dem Ziel, die russische Bevölkerung leiden zu lassen. Das ist eine Aussage, die mich äusserst empört.

Russlands Ziel der Entmilitarisierung und Entnazifizierung

Wie beurteilen Sie den Angriff der Russen?

Wenn ein Staat einen anderen angreift, dann ist das gegen das Völkerrecht. Aber man sollte auch die Hintergründe dafür ins Auge fassen. Zunächst muss klargestellt werden, dass Putin weder verrückt ist noch die Realität verloren hat. Er ist ein Mensch, der sehr methodisch, systematisch, also sehr russisch ist. Ich bin der Meinung, dass er sich der Konsequenzen seines Handelns in der Ukraine bewusst ist. Er hat – offensichtlich zu Recht – beurteilt, dass egal, ob er eine „kleine“ Operation zum Schutz der Donbass-Bevölkerung oder eine «massive» Operation zugunsten der nationalen Interessen Russlands und der Donbas-Bevölkerung durchführte, die Konsequenzen gleich sein würden. Er ist dann auf die Maximallösung gegangen.

Worin sehen Sie das Ziel?

Es ist sicher nicht gegen die ukrainische Bevölkerung gerichtet. Das wurde von Putin immer wieder gesagt. Man sieht es auch an

den Fakten. Russland liefert immer noch Gas in die Ukraine. Die Russen haben das nicht gestoppt. Sie haben das Internet nicht abgestellt. Sie haben die Elektrizitätswerke und die Wasserversorgung nicht zerstört. Natürlich gibt es gewisse Gebiete, in denen gekämpft wird. Aber man sieht einen ganz anderen Ansatz als bei den Amerikanern z. B. in Ex-Jugoslawien, im Irak oder auch in Libyen. Als westliche Länder diese angriffen, zerstörten sie zuerst die Strom- und Wasserversorgung und die gesamte Infrastruktur.

Warum geht der Westen so vor?

Das Vorgehen der westlichen Länder – es ist auch interessant, das von der Einsatzdoktrin her zu sehen – wird genährt von der Idee, dass es, wenn man die Infrastruktur zerstört, von der Bevölkerung einen Aufstand gegen den missliebigen Diktator geben wird und man ihn so loswird. Das war auch die Strategie während des Zweiten Weltkriegs, als man die deutschen Städte bombardiert hat wie Köln, Berlin, Hamburg, Dresden etc. Man hat direkt auf die Zivilbevölkerung gezielt, damit es zu einem Aufstand kommt. Die Regierung verliert durch einen Aufstand ihre Macht, und man hat den Krieg gewonnen, ohne eigene Truppen zu gefährden. Das ist die Theorie.

Wie ist das Vorgehen der Russen?

Das ist völlig anders. Sie haben ihr Ziel klar bekannt gegeben. Sie wollen eine „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“. Wenn man die Berichterstattung ehrlich verfolgt, ist es genau das, was sie machen. Natürlich, ein Krieg ist ein Krieg, und bedauerlicherweise gibt es dabei immer Tote, aber es ist interessant zu sehen, was die Zahlen sagen. (...) Das heisst, es gibt mehr Opfer beim russischen Militär als unter den Zivilisten auf der ukrainischen Seite. Wenn man das jetzt mit Irak oder Libyen vergleicht, dann ist es bei der westlichen Kriegsführung genau umgekehrt.

Das widerspricht der Darstellung im Westen?

Ja, in unseren Medien wird es so dargestellt, dass die Russen alles zerstören würden, aber das stimmt offensichtlich nicht. Auch stört mich die Darstellung in unseren Medien über Putin, dass er plötzlich entschieden habe, die Ukraine anzugreifen und zu erobern. Die USA haben über mehrere Monate gewarnt, es werde einen Überraschungsangriff geben, aber es geschah nichts. Übrigens, Nachrichtendienste und die ukrainische Führung haben mehrmals die amerikanischen Aussagen dementiert. Wenn man die militärischen Meldungen anschaut und die Vorbereitungen, dann sieht man ziemlich klar: Putin hatte bis Mitte Februar keine Absicht, die Ukraine anzugreifen.

Warum hat sich das geändert? Was ist geschehen?

Dazu muss man ein paar Dinge wissen, sonst versteht man das nicht. Am 24. März 2021 hat der ukrainische Präsident Selenskyj ein Dekret erlassen, dass er die Zurückeroberung der Krim beabsichtigt. Daraufhin begann er, die ukrainische Armee nach Süden und Südosten zu verschieben, in Richtung Donbas. Seit einem Jahr also hat man einen ständigen Aufbau der Armee an der südlichen Grenze der Ukraine. Das erklärt, warum Ende Februar keine ukrainischen Truppen an der russisch-ukrainischen Grenze waren. Selenskyj hat immer den Standpunkt vertreten, dass die Russen die Ukraine nicht angreifen werden. Auch der ukrainische Verteidigungsminister hat das immer wieder bestätigt. Ebenso bestätigte der Chef des ukrainischen Sicherheitsrats im Dezember und im Januar, dass es keine Anzeichen für einen russischen Angriff auf die Ukraine gebe.

War das ein Trick?

Nein, sie sagten das mehrmals, und ich bin sicher, dass Putin, der das übrigens auch wiederholt sagte, nicht angreifen wollte. Offenbar gab es Druck aus den USA.

Die USA haben an der Ukraine selbst wenig Interesse. Zum jetzigen Zeitpunkt wollten sie

den Druck auf Deutschland erhöhen, North-Stream II abzustellen. Sie wollten, dass die Ukraine Russland provoziert und dass, wenn Russland darauf reagiert, North-Stream II auf Eis gelegt wird. Ein solches Szenario wurde anlässlich des Besuches von Olaf Scholz in Washington angetönt, und Scholz wollte klar nicht mitmachen. Das ist nicht nur meine Meinung, es gibt auch Amerikaner, die das so sehen: Das Ziel ist North-Stream II. Dabei darf man nicht vergessen, dass North-Stream II auf Anfrage der Deutschen gebaut worden ist. Es ist grundsätzlich ein deutsches Projekt. Denn Deutschland braucht mehr Gas, um seine Energie- und Klimaziele zu erreichen.

In einem Nuklear-Krieg wäre Europa das Schlachtfeld

Warum haben die USA darauf gedrängt?

Seit dem Zweiten Weltkrieg war es immer die Politik der USA, zu verhindern, dass Deutschland und Russland bzw. die UdSSR enger zusammenarbeiten. Das, obwohl die Deutschen eine historische Angst vor den Russen haben. Aber das sind die beiden größten Mächte Europas. Historisch gesehen gab es immer wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Das haben die USA immer versucht zu verhindern. Man darf nicht vergessen, dass in einem Nuklear-Krieg Europa das Schlachtfeld wäre. Das heisst, dass in so einem Fall die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten nicht unbedingt dieselben wären. Das erklärt, warum in den 1980er Jahren die Sowjetunion pazifistische Bewegungen in Deutschland unterstützt hat. Eine engere Beziehung zwischen Deutschland und Russland würde die amerikanische Nuklearstrategie nutzlos machen.

Die USA haben immer die Energieabhängigkeit kritisiert?

Es ist eine Ironie, dass die USA die Energieabhängigkeit Deutschlands bzw. Europas von Russland kritisieren. Russland ist der zweitgrösste Öllieferant an die USA. Die USA kaufen ihr Öl hauptsächlich von Kanada, dann

von Russland, gefolgt von Mexiko und Saudi-Arabien. Das heisst, die USA sind abhängig von Russland. Das gilt zum Beispiel auch für Raketenmotoren. Das stört die USA nicht. Aber es stört die USA, dass die Europäer von Russland abhängig sind.

Während des Kalten Krieges hat Russland, also die Sowjetunion, immer alle Gas-Verträge eingehalten. Die russische Denkweise ist diesbezüglich sehr ähnlich wie die schweizerische. Russland befolgt die Gesetze, es fühlt sich an die Regeln gebunden wie die Schweiz. Man ist zwar emotional, aber die Regeln gelten, und man setzt diese Regeln durch. Während des Kalten Krieges hat die Sowjetunion nie eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik gemacht. Die Auseinandersetzung in der Ukraine ist eine rein politische Auseinandersetzung.

Die Theorie Brzezińskis, dass die Ukraine der Schlüssel zur Beherrschung Asiens sei, spielt hier auch eine Rolle?

Brzeziński war sicher ein grosser Denker und beeinflusst das strategische Denken der USA nach wie vor. Aber dieser Aspekt ist meiner Ansicht nach nicht so zentral in dieser Krise. Die Ukraine ist sicher wichtig. Aber die Frage, wer die Ukraine beherrscht oder kontrolliert, steht nicht im Zentrum. Die Russen verfolgen nicht das Ziel der Kontrolle der Ukraine. Das Problem für Russland mit der Ukraine ist wie auch für andere Länder ein militärstrategisches.

Was heisst das?

In der ganzen Diskussion, die im Moment überall geführt wird, wird Entscheidendes außer Acht gelassen. Gewiss, man redet von Nuklearwaffen, aber etwa so wie in einem Film. Die Realität ist etwas anders. Die Russen wollen einen Abstand zwischen Nato und Russland. Das Kernelement der Nato ist die US-amerikanische Nuklearmacht. Das ist die Essenz der Nato. Als ich bei der Nato gearbeitet habe, hat Jens Stoltenberg – er war bereits mein Chef – immer gesagt: „Die Nato ist eine Nuklearmacht“. Heute, wenn die

USA in Polen und Rumänien Raketen-systeme stationieren, dann sind das die sogenannten MK-41 Systeme.



Senkrechtstartanlage MK-41 auf einem US-Kriegsschiff, Foto: US-Navy

Sind das Defensivwaffen?

Die USA sagen natürlich, sie seien rein defensiv. Man kann tatsächlich Defensivraketen von diesen Abschussrampen loslassen. Aber man kann mit dem gleichen System auch Nuklearraketen verwenden. Diese Rampen sind ein paar Minuten von Moskau entfernt. Wenn in einer Situation der erhöhten Spannung in Europa etwas passiert und die Russen aufgrund von Satellitenbildern merken, dass es bei den Abschussrampen Aktivitäten gibt und irgendetwas vorbereitet wird, werden sie dann abwarten, bis möglicherweise Atomraketen Richtung Moskau abgeschossen werden?

Wohl kaum...

...natürlich nicht. Sie würden sofort einen Präventivangriff starten. Die ganze Zuspitzung entstand, nachdem die USA aus dem ABM-Vertrag ausgetreten waren [Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen]. Unter der Gültigkeit des ABM-Vertrags hätten sie ein solches System nicht in Europa stationieren können. Wenn es um eine Auseinandersetzung geht, braucht man immer eine gewisse Reaktionszeit. Nur schon, weil Fehler passieren könnten.

So etwas haben wir während des Kalten

Krieges auch gehabt. Je grösser die Distanz zu den Stationierungsarten ist, um so mehr Zeit hat man, um zu reagieren. Wenn die Raketen zu nahe am russischen Territorium stationiert sind, gibt es bei einem Angriff keine Zeit mehr, darauf zu reagieren und man läuft viel schneller Gefahr, in einen Atomkrieg zu geraten. Das betrifft alle Länder rundherum. Die Russen haben das natürlich realisiert, und auf Grund dessen den Warschauer Pakt gegründet.

Die Bedeutung der Nuklear-Waffen wird grösser

Zuerst war doch die Nato da...

Die Nato wurde 1949 gegründet und erst sechs Jahre später der Warschauer Pakt. Der Grund dafür war die Wiederbewaffnung der BRD und ihre Aufnahme in die Nato 1955. Wenn man die Karte von 1949 anschaut, dann sieht man einen sehr grossen Abstand zwischen der Nuklearmacht Nato und der UdSSR. Als die Nato durch den Beitritt Deutschlands weiter Richtung russische Grenze vorrückte, gründete Russland den Warschauer Pakt. Die osteuropäischen Staaten waren bereits alle kommunistisch, und die KP war in allen Ländern sehr stark. Fast schlimmer als in der UdSSR. Die UdSSR wollte einen Sicherheitsgürtel um sich herum haben, deshalb kreierte sie den Warschauer Pakt. Sie wollte ein Vorfeld sicherstellen, um möglichst lang einen konventionellen Krieg führen zu können. Das war die Idee: so lange wie möglich im konventionellen Bereich zu bleiben und nicht unmittelbar in den nuklearen zu geraten.

Ist das heute auch noch so?

Nach dem Kalten Krieg hat man die Nuklearrüstung etwas vergessen. Sicherheit war nicht mehr eine Frage der Nuklearwaffen. Der Irak-Krieg, der Afghanistan-Krieg waren Kriege mit konventionellen Waffen, und die nukleare Dimension geriet etwas aus dem Blickfeld. Aber die Russen haben das nicht vergessen. Sie denken sehr strategisch. Ich be-

suchte seinerzeit in Moskau in der Worschilowsk-Akademie den Generalstab. Dort konnte man sehen, wie die Menschen denken. Sie überlegen strategisch, so wie man in Kriegszeiten denken sollte.

Kann man das heute erkennen?

Das sieht man heute sehr genau. Putins Leute denken strategisch. Es gibt ein strategisches Denken, ein operatives und ein taktisches Denken. Die westlichen Länder, das hat man in Afghanistan oder im Irak gesehen, haben keine Strategie. Das ist genau das Problem, das die Franzosen in Mali haben. Mali hat nun verlangt, dass sie das Land verlassen, denn die Franzosen töten Menschen ohne Strategie und ohne Ziel. Bei den Russen ist das ganz anders, sie denken strategisch. Sie haben ein Ziel. So ist es auch bei Putin.

In unseren Medien wird immer wieder berichtet, dass Putin Atomwaffen ins Spiel gebracht habe. Haben Sie das auch gehört?

Ja, Wladimir Putin hat am 27. Februar seine Nuklearkräfte in den Alarmzustand Stufe 1 gesetzt. Das ist aber nur die Hälfte der Geschichte. Am 11./12. Februar fand die Sicherheitskonferenz in München statt. Selenskyj war dort. Er äusserte, dass er Nuklearwaffen beschaffen möchte. Das wurde als eine potenzielle Bedrohung interpretiert. Im Kreml ging natürlich die rote Lampe an. Um das zu verstehen, muss man das Abkommen von Budapest 1994 im Hinterkopf haben. Dabei ging es darum, die Atomraketen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu vernichten und nur Russland als Atommacht bestehen zu lassen. Auch die Ukraine übergab die Atomwaffen an Russland, und Russland sicherte als Gegenleistung die Unverletzlichkeit der Grenzen zu. Als die Krim zurück an Russland ging, 2014, sagte die Ukraine, sie würde sich auch nicht mehr an das Abkommen von 1994 halten.

Zurück zu den Atomwaffen. Was hat Putin wirklich gesagt?

Falls Selenskyj Nuklearwaffen zurückhaben wollte, wäre das für Putin sicher ein inakzept-

tabler Weg. Wenn man direkt an der Grenze Nuklearwaffen hat, dann gibt es nur sehr wenig Vorwarnungszeit. Nach dem Besuch von Macron gab es eine Pressekonferenz, und Putin sagte dort unmissverständlich, dass wenn der Abstand zwischen der Nato und Russland zu gering sei, dies ungewollt zu Komplikationen führen könne. Aber das entscheidende Element lag am Anfang des Krieges gegen die Ukraine, als der französische Aussenminister Putin drohte, indem er betonte, dass die Nato eine Nuklearmacht sei. Darauf reagierte Putin und versetzte seine Atomstreitkräfte in eine erste Alarmbereitschaft. Die Presse erwähnte das natürlich nicht. Putin ist ein Realist, er ist bodenständig und zielgerichtet.

Was hat Putin veranlasst, jetzt militärisch einzugreifen?

Am 24. März 2021 hat Selenskyj das Dekret erlassen, das besagt, dass er die Krim zurückerobern werde. Er hat Vorbereitungen dazu getroffen. Ob das seine Absicht war oder nur ein politisches Manöver, das weiss man nicht. Was man aber gesehen hat, ist, dass er die ukrainische Armee im Donbas-Gebiet massiv verstärkt und im Süden Richtung Krim zusammengezogen hat. Den Russen ist das natürlich aufgefallen. Gleichzeitig hat die Nato im April letzten Jahres ein sehr grosses Manöver zwischen Baltikum und Schwarzem Meer durchgeführt. Das hat die Russen verständlicherweise aufgeschreckt. Sie haben im südlichen Militärbezirk Übungen abgehalten, um Präsenz zu markieren. Danach ist alles etwas ruhiger geworden, und im September hat Russland schon lange geplante «Zapad 21»-Übungen abgehalten. Diese Übungen werden alle vier Jahre durchgeführt. Am Ende des Manövers sind einige Truppenteile in der Nähe von Belarus geblieben. Das waren Truppen aus dem östlichen Militärbezirk. Es wurde vor allem Material dort zurückgelassen, denn es war auf Anfang dieses Jahres ein grosses Manöver mit Belarus geplant.

Wie hat der Westen darauf reagiert?

Europa und vor allem die USA interpretierten das als eine Verstärkung der Angriffskapazität auf die Ukraine. Unabhängige militärische Experten, aber auch der Chef des ukrainischen Sicherheitsrats sagten, dass keine Kriegsvorbereitungen im Gange seien. Russland liess das Material vom Oktober für die Übungen mit Belarus zurück – das war nicht geplant für einen Angriff. Sogenannte westliche Militärexperten vor allem aus Frankreich bezeichneten das sofort als Kriegsvorbereitung und stellten Putin als verrückten Diktator hin. Das ist die ganze Entwicklung, die es von Ende Oktober 2021 bis Anfang dieses Jahres gegeben hat. Die Kommunikation der USA und der Ukraine zu diesem Thema war sehr widersprüchlich. Die einen sprachen von geplantem Angriff, die anderen dementierten. Es war ein ständiges Hin und Her im Sinne von ja und nein.

Die OSZE berichtet schweren Beschuss der Volksrepubliken Lugansk und Donezk im Februar durch die Ukraine

Was geschah im Februar?

Ende Januar scheint sich die Situation zu ändern und es scheint, dass die USA mit Selenskyj gesprochen haben, denn dann gab es eine Veränderung. Ab Anfang Februar haben die USA immer wieder gesagt, die Russen stünden unmittelbar davor, anzugreifen. Sie haben Szenarien von einem Angriff verbreitet. So hat Antony Blinken vor dem Uno-Sicherheitsrat gesprochen und dargelegt, wie sich der Angriff der Russen abspielen wird. Er wisse das von den Nachrichtendiensten. Das erinnert an die Situation 2002/2003 vor dem Angriff auf den Irak. Auch hier hat man sich angeblich auf die Analyse der Geheimdienste abgestützt. Das stimmte auch damals nicht. Denn die CIA war nicht überzeugt von der Präsenz von Massenvernichtungswaffen im Irak. Rumsfeld stützte sich also nicht auf die CIA ab, sondern auf eine kleine vertrauliche Gruppe innerhalb des Verteidigungsministeriums, die eigens für diese Situation kreiert worden war, um so die Analysen der CIA zu umgehen.

Wo kommen denn heute die Informationen her?

Im Zusammenhang mit der Ukraine hat Blinken genau das Gleiche getan. Man kann es daran feststellen, dass sich niemand aus der CIA dazu geäußert hat. US-amerikanische Analytiker haben gemerkt, dass die Nachrichtendienste in diesem Zusammenhang nicht in Erscheinung getreten sind. Alles, was Blinken erzählte, kam aus einer Gruppe, die er selbst zusammengerufen hatte, innerhalb seines Departements – ein sogenanntes Tiger-Team. Diese Szenarien, die man uns vorgelegt hat, kommen nicht aus nachrichtendienstlichen Erkenntnissen. Sogenannte Experten haben also ein gewisses Szenario mit einer politischen Agenda erfunden. So entstand das Gerücht, die Russen würden angreifen. Joe Biden sagte also, er wisse, dass die Russen am 16. Februar angreifen würden. Als er gefragt wurde, woher er das wisse, antwortete er, dass die USA gute nachrichtendienstliche Kapazitäten hätten. Er erwähnte weder die CIA noch den nationalen Nachrichtendienst.

Ist denn am 16. Februar etwas geschehen?

Ja, an diesem Tag sehen wir eine extreme Zunahme von Waffenstillstandsverletzungen durch das ukrainische Militär entlang der Waffenstillstandslinie, der sogenannten Kontaktlinie. Es gab in den letzten acht Jahren immer wieder Verletzungen, aber seit dem 12. Februar hatten wir eine extreme Zunahme, und zwar an Explosionen besonders im Gebiet von Donezk und Lugansk. Das ist nur bekannt, weil alles von der OSZE-Mission im Donbas protokolliert wurde. Man kann diese Protokolle in den „Daily reports“ der OSZE nachlesen.

Was wollte das ukrainische Militär damit erreichen?

Es handelte sich sicher um den Anfang einer Offensive gegen den Donbas. Als der Artilleriebeschuss immer stärker wurde, begannen die Behörden der beiden Republiken, die Zivilbevölkerung zu evakuieren und nach Russ-

land zu bringen. Sergej Lawrow sprach in einem Interview von 100 000 Geflüchteten. In Russland sah man die Anzeichen einer grossangelegten Operation.

Was waren die Folgen?

Dieses Vorgehen des ukrainischen Militärs hat im Grunde genommen alles ausgelöst. Zu diesem Zeitpunkt war für Putin klar, dass die Ukraine eine Offensive gegen die beiden Republiken durchführen will. Am 15. Februar hatte das russische Parlament, die Duma, eine Resolution angenommen, die vorschlägt, die beiden Republiken anzuerkennen. Putin reagierte zunächst nicht darauf, doch als die Angriffe immer stärker wurden, entschied er sich am 21. Februar, die Forderung der parlamentarischen Resolution umzusetzen.

Ursachen des Rechtsextremismus in der Ukraine

Warum hat Putin diesen Schritt vollzogen?

In dieser Situation hatte er kaum eine andere Wahl, als das zu tun, weil die russische Bevölkerung kaum verstanden hätte, wenn er nichts zum Schutz der russischstämmigen Bevölkerung im Donbas getan hätte. Für Putin war klar, dass, wenn er darauf reagiert und interveniert, der Westen mit massiven Sanktionen reagieren wird, ganz unabhängig davon, ob er nur den Republiken hilft oder die ganze Ukraine angreift. Im ersten Schritt anerkannte er die Unabhängigkeit der beiden Republiken. Am gleichen Tag schloss er mit den beiden Republiken ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit ab. Dadurch hat er gemäss Kapitel 51 der Uno-Charta im Sinne der kollektiven Verteidigung und der Selbstverteidigung das Recht, den beiden Republiken zu helfen. Damit schuf er die rechtliche Grundlage, mit militärischen Mitteln den beiden Republiken zu Hilfe zu kommen.

Aber er hat nicht nur den Republiken geholfen, sondern die ganze Ukraine angegriffen...

Putin hatte zwei Möglichkeiten: Erstens mit

der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas zusammen gegen die Angreifer, also die ukrainische Armee, zu kämpfen; zweitens an mehreren Stellen die Ukraine anzugreifen, um die ukrainischen Militärkapazitäten zu schwächen. Putin hat auch einkalkuliert, dass es, egal was er macht, Sanktionen hageln wird. Deshalb hat er sich sicher für die Maximalvariante entschieden, wobei man ganz klar sagen muss, dass Putin nie davon gesprochen hat, die Ukraine in Besitz nehmen zu wollen. Seine Zielsetzung ist klar und deutlich: Entmilitarisierung und Entnazifizierung.



Mitglieder des Asow-Bataillons halten die Flagge des Asow-Bataillons, die NATO-Flagge und eine der Hitlerjugend. Foto: GianlucaAgostini , CC BY-SA 4.0

Was ist der Hintergrund dieser Zielsetzung?

Die Entmilitarisierung ist verständlich, denn die Ukraine hatte die ganze Armee im Süden zwischen Donbas und Krim zusammengezogen. Das heisst, mit einer schnellen Operation könnte er die Truppen einkesseln. Ein grosser Teil der ukrainischen Armee ist im Bereich Donbas, Mariupol und Saporoschje in einem grossen Kessel. Die Russen haben die Armee eingekreist und damit neutralisiert. Bleibt noch die Entnazifizierung.

Wenn die Russen so etwas sagen, dann ist es meistens nicht einfach eine Erfindung. Es gibt starke Verbände von Rechtsradikalen. Neben der ukrainischen Armee, die sehr unzuverlässig ist, wurden seit 2014 starke paramilitärische Kräfte ausgebaut, dazu gehört zum Beispiel das bekannte Asow-Regiment. Aber es sind noch viel mehr. Es gibt sehr viele dieser Gruppen, die zwar unter ukrainischem Kommando stehen, aber nicht

nur aus Ukrainern bestehen. Das Asow-Regiment besteht aus 19 Nationalitäten, darunter sind Franzosen, sogar Schweizer etc. Das ist eine Fremdenlegion. Insgesamt sind diese rechtsextremen Gruppen ungefähr 100 000 Kämpfer stark, laut Reuters.

Warum gibt es so viele paramilitärische Organisationen?

In den Jahren 2015/2016 war ich mit der Nato in der Ukraine. Die Ukraine hatte ein grosses Problem, sie hatte zu wenig Soldaten, denn die ukrainische Armee hat eine der höchsten Selbstmordraten. Die meisten Toten hatte sie wegen Selbstmord und Alkoholproblemen. Sie hatte Mühe, Rekruten zu finden. Ich wurde wegen meiner Erfahrung an der Uno angefragt, dort mitzuhelfen. In diesem Zusammenhang war ich mehrmals in der Ukraine. Der Hauptpunkt war, dass die Armee in der Bevölkerung nicht glaubwürdig ist und auch militärisch keine Glaubwürdigkeit besitzt. Deshalb förderte die Ukraine die paramilitärischen Kräfte immer stärker und baute sie aus. Das sind Fanatiker mit einem starken Rechtsextremismus.

Woher kommt der Rechtsextremismus?

Dessen Entstehung geht auf die 1930er Jahre zurück. Nach den extremen Hungerjahren, die als Holodomor in die Geschichte eingingen, bildete sich ein Widerstand gegen die sowjetische Macht. Um die Modernisierung der UdSSR zu finanzieren, hatte Stalin die Ernten konfisziert und so eine nie dagewesene Hungersnot provoziert. Es war der NKWD, der Vorgänger des KGB, der diese Politik umsetzte. Der NKWD war territorial organisiert und in der Ukraine hatten zahlreiche Juden hohe Kommandoposten inne. Dadurch vermischten sich die Dinge miteinander: der Hass auf die Kommunisten, der Hass auf die Russen und der Hass auf die Juden. Die ersten rechtsextremen Gruppen stammen aus dieser Zeit, und es gibt sie immer noch. Während des Zweiten Weltkriegs brauchten die Deutschen diese Rechtsextremisten wie die OUN von Stepan

Bandera, die ukrainische Aufstandsarmee, und andere, um sie als Guerilla gegen die Sowjets einzusetzen. Damals betrachtete man die Streitkräfte des 3. Reiches als Befreier, so wird zum Beispiel die 2. Panzerdivision der SS, «Das Reich», die Charkow 1943 von den Sowjets befreit hatte, heute noch verehrt in der Ukraine. Das geografische Zentrum des rechtsextremen Widerstands war in Lwow, heute Lwiw, das ist in Galizien. Diese Region hatte sogar ihre eigene 14. SS-Panzergrenadierdivision «Galizien», eine SS-Division, die ausschliesslich aus Ukrainern bestand.

Die OUN ist während des Zweiten Weltkriegs entstanden und hat die Zeit der Sowjetunion überlebt?

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Feind immer noch die Sowjetunion. Der Sowjetunion ist es nicht gelungen, diese anti-sowjetischen Bewegungen vollständig zu eliminieren. Die USA, Frankreich und Grossbritannien realisierten, dass die OUN nützlich sein konnte und unterstützten sie im Kampf gegen die Sowjetunion mittels Sabotage und mit Waffen. Bis anfangs der 60er Jahre wurden diese Organisationen vom Westen her unterstützt. Insbesondere durch die Operationen Aerodynamic, Valuable, Minos, Capacho, und andere. Seit dieser Zeit gab es in der Ukraine immer Kräfte, die einen engen Bezug zum Westen und zur Nato hatten. Heute ist es die Schwäche der ukrainischen Armee, die dazu geführt hat, dass man auf diese fanatischen Gruppierungen zurückgreift. Sie als Neonazis zu bezeichnen, stimmt für mich nicht ganz. Sie sympathisieren mit dem Gedankengut, sie haben die Abzeichen, aber sie haben weder eine politische Doktrin noch einen politischen Plan.

Nach 2014 wurden zwei Abkommen vereinbart, um die Situation in der Ukraine zu befrieden. Welche Bedeutung haben die Abkommen im Zusammenhang mit der jetzigen Auseinandersetzung?

Ja, das ist wichtig zu verstehen, denn die Nichterfüllung dieser beiden Abkommen hat im Grunde genommen zum Krieg geführt. Seit 2014 gäbe es eine Lösung für den Konflikt, das Minsker Abkommen. Im September 2014 war offensichtlich, dass die ukrainische Armee eine sehr schlechte Kriegsführung hatte, obwohl sie von der Nato beraten wurde. Sie hatte ständig Misserfolge. Deshalb musste sie in das Minsker Abkommen I im September 2014 einwilligen. Es war ein Vertrag zwischen der ukrainischen Regierung und den Vertretern der beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk mit den europäischen und russischen Garantiemächten.

Doppelspiel der EU und der USA

Wie kam es damals zu der Gründung dieser beiden Republiken?

Um das zu verstehen, müssen wir in der Geschichte noch etwas zurückgehen. Im Herbst 2013 wollte die EU ein Handels- und Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine abschliessen. Die EU bot für die Ukraine eine Garantie für Entwicklung mit Subventionen, mit Export und Import etc. Die ukrainischen Behörden wollten das Abkommen abschliessen. Doch es war nicht ganz unproblematisch, denn die ukrainische Industrie und die Landwirtschaft waren bezüglich Qualität und Produkte auf Russland ausgerichtet. Die Ukrainer haben Motoren für russische Flugzeuge entwickelt, nicht für europäische oder amerikanische. Die allgemeine Ausrichtung der Industrie war Richtung Osten und nicht nach Westen. Qualitativ konnte die Ukraine im Wettbewerb mit dem europäischen Markt schwer bestehen. Deshalb wollten die Behörden mit der EU kooperieren und gleichzeitig die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland aufrechterhalten.

Wäre das möglich gewesen?

Russland hatte seinerseits kein Problem mit den Plänen der Ukraine. Aber Russland

wollte seine Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine behalten. Deshalb schlug es, mit einer trilateralen Arbeitsgruppe zwei Abkommen zu erstellen: eines zwischen der Ukraine und der EU und eines zwischen der Ukraine und Russland. Ziel war es, die Interessen von allen Beteiligten abzudecken. Es war die Europäische Union, in der Person von Barroso, die von der Ukraine verlangt hat, sich zwischen Russland und der EU zu entscheiden. Die Ukraine hat sich daraufhin Bedenkzeit ausbedungen und eine Pause im ganzen Prozess verlangt. Danach spielten die EU und die USA kein ehrliches Spiel.

Warum?

Die westliche Presse titelte: „Russland übt Druck auf die Ukraine aus, um den Vertrag mit der EU zu verhindern“. Das war falsch. Das war nicht der Fall. Die Regierung der Ukraine bekundete weiterhin Interesse an dem Vertrag mit der EU, aber sie wollte noch mehr Bedenkzeit und die Lösungen für diese komplexe Situation genau prüfen. Aber das sagte die Presse in Europa nicht. Am nächsten Tag tauchten Rechtsextreme aus dem Westen des Landes auf dem Maidan in Kiew auf. Was sich dort alles mit Billigung und Unterstützung des Westens abgespielt hat, ist grausig. Aber das alles aufzurollen, würde unseren Rahmen sprengen.

Was geschah, nachdem Janukowitsch, der demokratisch gewählte Präsident, gestürzt worden war?

Die neue provisorische Regierung – hervorgegangen aus der nationalistischen extremen Rechten – hat sofort, als erste Amtshandlung, das Gesetz über die offizielle Sprache in der Ukraine geändert. Das beweist auch, dass dieser Umsturz nichts mit Demokratie zu tun hatte, sondern es waren Nationalisten, und zwar Hardliner, die den Aufstand organisiert hatten. Diese Gesetzesänderung löste in den russischsprachigen Gebieten einen Sturm aus. Man organisierte in allen Städten des Südens, in Odessa, in Mariupol, in Donezk, in Lugansk, auf der Krim etc. grosse Demon-

strationen gegen das Sprachgesetz. Darauf reagierten die ukrainischen Behörden sehr massiv und brutal, und zwar mit der Armee. Kurzfristig wurden autonome Republiken ausgerufen, in Odessa, Charkow, Dnjepropetrowsk, Lugansk, Donezk und weitere. Diese wurden äusserst brutal bekämpft. Zwei sind geblieben, Donezk und Lugansk, die sich zu autonomen Republiken erklärt haben.



11. Mai 2014 In Donezk: Referendum über die Unabhängigkeit, Foto Andrej Butko, CC [3.0 Unported](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/)

Wie haben sie ihren Status legitimiert?

Sie haben im Mai 2014 ein Referendum durchgeführt. Sie wollten Autonomie, und das ist sehr, sehr wichtig. Wenn sie in die Medien der letzten Monate geschauen, hat man immer von Separatisten gesprochen. Aber damit kolportierte man seit acht Jahren eine totale Lüge. Man sprach immer von Separatisten, – das ist völlig falsch, denn das Referendum hat ganz klar und deutlich immer von einer Autonomie innerhalb der Ukraine gesprochen, sie wollten sozusagen eine Schweizer Lösung. Sie waren also autonom und baten um die Anerkennung der Republiken durch Russland, aber die russische Regierung unter Putin lehnte das ab.

Der Unabhängigkeitskampf der Krim

Die Entwicklung auf der Krim steht doch auch in diesem Zusammenhang?

Man vergisst, dass sich die Krim für unabhängig erklärt hat, bevor die Ukraine unabhängig wurde. Im Januar 1991, also noch während der Zeit der Sowjetunion, hat

die Krim ein Referendum durchgeführt, um zu Moskau zu gehören und nicht mehr zu Kiew. So ist sie eine autonome sozialistische Sowjetrepublik geworden. Die Ukraine hatte erst 6 Monate später ein Referendum durchgeführt, im August 1991. Zu diesem Zeitpunkt betrachtete die Krim sich nicht als Teil der Ukraine. Aber die Ukraine akzeptierte dies nicht. Zwischen 1991 und 2014 war es ein ständiges Tauziehen zwischen den beiden Einheiten. Die Krim hatte ihre eigene Verfassung mit ihren eigenen Behörden. 1995, ermutigt durch das Memorandum von Budapest, stürzte die Ukraine die Regierung der Krim mit Spezialeinheiten und erklärte ihre Verfassung für ungültig. Aber das wird nie erwähnt, denn es würde die heutige Entwicklung in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen.

Was wollten die Menschen auf der Krim?

Sie verstanden sich tatsächlich immer als unabhängig. Ab 1995 wurde die Krim per Dekret von Kiew aus regiert. Das stand im völligen Widerspruch zum Referendum von 1991 und erklärt, warum die Krim 2014, nachdem durch den illegalen Putsch eine neue ultra-nationalistische Regierung, die total antirussisch war, in der Ukraine an die Macht gekommen war, ein erneutes Referendum abhielt. Das Resultat war sehr ähnlich wie 30 Jahre zuvor. Nach dem Referendum fragte die Krim an, ob sie in die Russische Föderation eintreten könne. Es war nicht Russland, das die Krim erobert hat, sondern die Bevölkerung hat die Behörden ermächtigt, Russland um die Aufnahme zu bitten. Es gab 1997 auch ein Freundschaftsabkommen zwischen Russland und der Ukraine, in dem die Ukraine die kulturelle Vielfalt der Minderheiten im Land gewährleistet. Als im Februar 2014 die russische Sprache verboten wurde, war das eine Verletzung dieses Vertrags.

Jetzt wird klar, dass man, wenn man das alles nicht kennt, Gefahr läuft, die Situation falsch einzuschätzen.

Zurück zum Minsker Abkommen. Es waren neben der Ukraine und den autonomen Republiken auch Garantiemächte anwesend wie Deutschland und Frankreich auf der Seite der Ukraine und Russland auf der Seite der Republiken. Deutschland, Frankreich und Russland haben das als Vertreter der OSZE gemacht. Die EU war daran nicht beteiligt, das war eine reine Angelegenheit der OSZE. Direkt nach dem Minsk I Abkommen löste die Ukraine eine Antiterroroperation gegen die beiden autonomen Republiken aus. Die Regierung ignorierte das Abkommen also vollständig und führte diese Operation durch. Aber es gab wieder eine totale Niederlage der ukrainischen Armee in Debaltsewo. Es war ein Debakel.

Fand dies auch mit Unterstützung der Nato statt?

Ja, und man muss sich schon fragen, was die Militärberater der NATO dort eigentlich gemacht haben, denn die Streitkräfte der Republiken haben die ukrainische Armee völlig besiegt.

Das führte zu einem zweiten Abkommen, Minsk II, das im Februar 2015 unterzeichnet wurde. Es diente als Grundlage für eine Resolution des Uno-Sicherheitsrats. Damit ist dieses Abkommen völkerrechtlich verpflichtend: Es muss umgesetzt werden.

Hat man das auch von der Uno her kontrolliert?

Nein, niemand kümmerte sich darum, und ausser Russland verlangte niemand die Einhaltung des Minsk II Abkommens. Man sprach plötzlich nur noch vom Normandie-Format. Aber das ist völlig unbedeutend. Das kam zustande an der Feier des D-Day im Juni 2014. Die Veteranen des Krieges, die Staatsoberhäupter der Alliierten waren eingeladen sowie Deutschland, die Ukraine und die Vertreter anderer Staaten. Im Normandie-Format waren nur die Staatshäupter vertreten, die autonomen Republiken sind dort natürlich nicht dabei. Die Ukraine will nicht mit den Vertretern von Lugansk und Donezk reden. Wenn man aber die Minsker Abkommen anschaut, dann muss es eine

Abprache zwischen der ukrainischen Regierung und den Republiken geben, damit die ukrainische Verfassung angepasst werden kann. Das ist ein Prozess, der innerhalb des Landes geschieht, aber das wollte die ukrainische Regierung nicht.

Aber die Ukrainer haben das Abkommen ebenfalls unterschrieben...

... ja, aber die Ukraine wollte das Problem immer Russland zuschieben. Die Ukrainer behaupteten, Russland habe die Ukraine angegriffen, und deshalb gebe es diese Probleme. Aber das war klar, es war ein internes Problem. Seit 2014 haben OSZE-Beobachter nie irgendwelche russischen Militäreinheiten gesehen. In beiden Abkommen ist ganz klar und deutlich formuliert: Die Lösung muss innerhalb der Ukraine gefunden werden. Es geht um eine gewisse Autonomie innerhalb des Landes, und das kann nur die Ukraine lösen. Das hat mit Russland nichts zu tun.

Dazu braucht es die festgelegte Anpassung der Verfassung.

Ja, genau, aber die wurde nicht gemacht. Die Ukraine hat keinen Schritt getan. Auch die Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats setzten sich nicht dafür ein, im Gegenteil. Die Lage verbesserte sich überhaupt nicht.

Wie hat sich Russland verhalten?

Die Position von Russland war immer dieselbe. Es wollte, dass die Minsker Abkommen umgesetzt werden. Diese Position hat es während acht Jahren nie geändert. Während dieser acht Jahre gab es natürlich verschiedene Grenzverletzungen, Artilleriebeschuss usw., aber das Abkommen hat Russland nie in Frage gestellt.

Wie ist die Ukraine weiter vorgegangen?

Die Ukraine hat anfangs Juli letzten Jahres ein Gesetz erlassen. Es war ein Gesetz, das besagte, dass die Leute je nach Abstammung andere Rechte haben. Es erinnert sehr an die Nürnberger Rassengesetze von 1935. Nur die richtigen Ukrainer sind im Besitz aller Rechte, alle übrigen haben nur eingeschränkte Rechte. Daraufhin hat Putin einen Artikel geschrieben, indem er die historische Entstehung der Ukraine erklärt. Er hat kritisiert, dass man zwischen Ukrainern und Russen unterscheidet usw. Seinen Artikel schrieb er als Antwort auf dieses Gesetz. Aber in Europa interpretierte man das so, dass er die Ukraine als Staat nicht anerkennt. Das sei ein Artikel, um eine mögliche Annexion der Ukraine zu rechtfertigen. Im Westen wird das alles geglaubt, obwohl niemand weiss, weder warum Putin den Artikel geschrieben hat, noch was wirklich darinsteht. Es ist offensichtlich, dass im Westen das Ziel bestand, ein möglichst negatives Bild von Putin zu zeichnen. Ich habe den Artikel gelesen, er ist absolut sinnvoll.

Hätten die Russen nicht auch von ihm erwartet, dass er dazu Stellung nimmt?

Natürlich, es gibt so viele Russen in der Ukraine. Er musste etwas machen. Es wäre den Leuten gegenüber (aber auch völkerrechtlich, mit der Verantwortung zu schützen) nicht richtig gewesen, wenn man das stillschweigend akzeptiert hätte. Alle diese kleinen Details gehören unbedingt dazu, sonst versteht man nicht, was sich abspielt. Man kann das Verhalten Putins nur so einordnen, und man sieht, dass der Krieg immer mehr provoziert wurde. Ich kann nicht sagen, ob Putin gut oder schlecht ist. Aber so, wie er im Westen beurteilt wird, ist es falsch. (...)

Herr Baud, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Interview: Thomas Kaiser

TRAGÖDIE IN DER UKRAINE

Von Veteranen und Kriegskindern des Großen Vaterländischen Krieges an das deutsche Volk und die deutsche Regierung

Wir, die letzten Kriegszeugen, die Vertreter aller Völker Russlands, die diesen großen und schrecklichen Krieg überlebt haben, stehen heute am Ende unseres Lebensweges! Unsere Zeit läuft bereits ab. Den größten Teil unseres Lebens hofften wir, dass unser Leben in Frieden zu Ende geht, ohne den alles zerstörenden Hass!

Lange, über Jahrzehnte hinweg nach dem Zweiten Weltkrieg, bemühten wir uns unseren gerechten Zorn zu überwinden! Wir bemühten uns den Drang nach Vergeltung für die zahllosen seelischen und körperlichen Wunden, die wir immer noch in unseren Körpern und Herzen tragen, zu überwinden! Und die meisten von uns haben verziehen!

Das geschah nicht zuletzt dank der Tatsache, dass Deutschland seit vielen Jahren seine Reue, seine Einsicht für das, was verbrochen wurde, unter Beweis stellte! Und wir haben nicht nur uns selbst überwunden, sondern auch den Schrei des Blutes unserer barbarisch ausgerotteten Verwandten! Von wem wurden sie ausgerottet? Von den Deutschen, von den Nazis! Wir haben verziehen... nach den Geboten des menschlichen Zusammenlebens!

Und dann, im Jahr 2014, als der Krieg in der Ukraine begann, blickten wir hoffnungsvoll nach Deutschland und auf die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass die Deutschen nach all dem, was sie in der Ukraine angerichtet hatten, nach Babi Jar, nach den Bergen von verstümmelten Leichen, auch heute noch voller Begierde auf die ukrainischen Felder blicken würden, die Europa auch heute ernähren können!

Oder dass die Deutschen, die auch die ihnen einst so sehr verheißene Krim schon einmal in Blut tränkten, auch heute noch ein Interesse daran pflegen, die Krim zu einem



Am 23. Februar 2022 fand in der russischen Botschaft in Berlin ein Festempfang anlässlich des Tages des Vaterlandsverteidigers statt. Der Botschafter der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Sergej Netschajew, zeichnete nach seiner Ansprache Veranen des Großen Vaterländischen Krieges aus.

amerikanischen und allgemeiner zu einem NATO-Stützpunkt zu machen – ideal für eine Aggression gegen Russland! Das wäre eindeutig auf einen zukünftigen Krieg ausgerichtet. Denn nur ignorante Bürger verstehen den Sinn und Zweck des Maidan-Putsches nicht, bei dem sich Russland auf die einzig mögliche Weise verhielt!

Aber die Deutschen sind nicht dumm! Wir, Russen, eure „Blutsbrüder“, kennen eure Psychologie. Nicht umsonst wurde unser Blut von euch in Strömen „berechnend“ vergossen! Wir erinnern uns an die „systematischen“ Methoden der „Bevölkerungsreduzierung“ unserer Völker! Bis heute finden wir in verschiedenen Ecken unserer einst geeinten Heimat, auf der die Stiefel des deutschen Faschismus marschierten, versteckte Massengräber unserer friedlichen Zivilbevölkerung: im Bezirk von Nowgorod, im Kuban-Gebiet und im Bezirk von Rostow sowie in Karelien.

In Weißrussland wurden 2021 in Brest auf

dem Gelände des jüdischen Ghettos Hunderte von Überresten von Zivilisten gefunden. In dem für seine Tragödie bekannten Konzentrationslager Trostinez, nahe Minsk, lüftete man das Geheimnis zehntausender weiterer gefolterter und ermordeter Menschen! Wir sprechen hier von Zehntausenden neu entdeckter Opfer des Nationalsozialismus! Dieses Blut schreit immer noch nach Vergeltung, während seit Jahrzehnten das Andenken an das barbarisch vernichtete russische Volk und die Denkmäler der russischen Befreier-Soldaten ungestraft geschändet werden, während im Baltikum sowie in der Ukraine vor den Augen der gesamten „zivilisierten“ Welt neue Nazis marschieren!

Im Jahr 2014 waren wir aufrichtig davon überzeugt, dass bei diesen neuen Nazi-Demarchen die Deutschen unsere Verbündeten sein werden bei der Verhinderung dieser Niederträchtigkeit! Wir hofften, dass die Deutschen, geleitet vom elementaren Gewissen, sich nicht an dem eindeutig faschistischen und staatsfeindlichen Putsch in der Ukraine beteiligen würden! Denn die nachfolgende Katastrophe der heutigen Ukraine wurde von den direkten Nachkommen derjenigen begangen, die als besonderer Abschaum in der Hitler-Armee galten! Und das wird auch noch so offen und unverblümt gemacht!

Die Amerikaner und Kanadier haben diese teuflischen Erben, Nazis, lediglich bei sich versteckt und aufbewahrt und dann deren Nachkommen aufgezogen. Aber der Geburtsort dieses Übels ist Deutschland, Hitlers Deutschland! Und wir konnten nicht glauben, dass es Deutschland war, das diesen Unmenschen wieder einmal den Weg weisen würde! Aber wir haben uns geirrt! Deutschland hat diesen faschistischen Abschaum wieder einmal den Einlass in die Welt gewährt! Die Unterstützung seitens des heutigen Deutschlands der Bandera-Anhänger, der Nachfolger der SS-Division „Galizien“, der Milizen der UPA und OUN und anderes Gesindel, welche die heutige ukrainische Regierung repräsentiert, ist für uns einfach undenkbar!

Aber Deutschland hat es bereits getan und tut es weiterhin!



Deutsche Botschaft Kiew, 20.02.2014:
Bundesaußenminister Steinmeier Seit' an Seit' mit
Faschistenführer Oleg Tjagnibok, zwei Tage vor dem
Staatstreich in der Ukraine

Sie nehmen wieder einmal die slawische Welt ins Visier, und dieser Abschaum stammt von dem Blut des deutschen Nationalsozialismus ab! Und wieder ist das Ziel – Russland! Nur noch heimtückischer: indem ihr unsere allerengsten Brüder, die Ukrainer, gegen uns aufhetzt! Ihr wisst es genauso gut wie wir! In dem damaligen Großen Krieg wurde doch ein und dasselbe Volk ermordet! Ja, wir sind ein Volk! Steinmeier hat ja die Wahrheit darüber geschrieben und es auch oft genug gesagt. Derselbe Steinmeier, der direkt involviert war am Maidan Putsch von 2014 – dem Putsch, der in seinem Kern faschistisch gewesen war! Für die Amerikaner mag das nicht so klar sein, für Euch aber sollte es doch mehr als eindeutig sein!

Und es sind eben eure Bastarde, die endlich ihre Fackelzüge durch Kiew veranstalten konnten! Der lebendige Schatten von NS-Deutschland steckt hinter all dem. Es wurde nur eine gewisse Zeit lang durch eine verschlagene Diplomatie verdeckt – „Helme statt Waffen“! Nun „fielen die Masken“! Die derzeitige Belieferung der Ukraine mit deutschen Waffen ist logisch, es liegt in der Logik Ihrer Politik der letzten Jahrzehnte. Heute ist Ihre Politik bereits eindeutig profaschistisch! Sie haben diesen Schritt getan: deutsche Waffen werden wieder Russen töten, weiterhin töten.

In den Jahren des Konflikts im Donbass haben Eure professionellen Mörder bereits Russen umgebracht oder zumindest belehrt, angeleitet, „wie man sie richtig tötet“! Nur geschieht dies jetzt noch niederträchtiger – ihr bringt es euren Blutsbrüdern bei! Die Geschehnisse im Donbass lasten auf eurem Gewissen! Deutschland trägt die Verantwortung für die Tausende, die im Donbass ihr Leben verloren haben! Die Rolle der Amerikaner bei alledem, was geschieht, ist uns egal: deren Gott ist Geld!

Wir, die Veteranen des damaligen Krieges, dessen Kriegskinder, wir sind über die Rolle der Deutschen empört! Denn Ihr wisst es ja ganz genau, aus wem die ukrainischen „nationalen Bataillone“ sich zusammensetzen und Ihr hättet diesen neuen Faschismus verhindern, stoppen können! Aber das habt Ihr nicht getan! Und auf diese Weise seid Ihr wieder verantwortlich vor der Geschichte!

Und Ihr seid eindeutig bei der Vorbereitung der Ukraine auf einen Krieg mit Russland beteiligt!

Es ist unmöglich, dass ihr den Zweck all dessen nicht versteht, was geschehen ist: Vom verfassungswidrigen Staatsstreich in Kiew angefangen, bis hin zum Blutvergießen im Donbass!

In Wirklichkeit handelt es sich aber um die Vorbereitung des Dritten Weltkrieges! Und wieder seid Ihr es, die Deutschen... Deutschland! Von der hohen deutschen Tribüne in Berlin hören wir heute: „Russland wird einen hohen Preis zahlen“!!! Dies ist eine Rede des Bundeskanzlers von Deutschland! Unglaublich! Wir haben den Preis bereits bezahlt – 27 Millionen unserer Menschen! Genügt Euch das nicht?! Über welchen Preis redet Ihr denn jetzt noch?

Es gibt keine Familie in Russland, der Ukraine und Weißrussland, in dem „dieser Preis“ nicht gezahlt worden war! Und es gibt keine Familie in Deutschland, die an dieser furchtbaren blutigen Barbarei nicht beteiligt gewesen war! Schrecklich!

Und bereits heute sind über 13 Tausend Russen im Donbass durch die Hände der neuen Nazis gefallen! Die öffentliche Verhöhnung des Völkermordes an den Russen im



Präsident Putin mit Veteranen nach einer Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten

Donbass durch den deutschen Bundeskanzler ist an sich selbst schon ein Verbrechen! Wie sehr können doch die Geschichtsunterrichte vernachlässigt und entweiht werden! Das war die schrecklichste Seite im Buch der Weltgeschichte! Wollt Ihr eine noch schrecklichere schreiben? Dieser erneute „Drang nach Osten“ kann doch dazu führen, dass es keinen zweiten Nürnberger Prozess gegen Euch mehr geben wird, die Menschheit wird einfach nicht mehr existieren! Uns alle wird es nicht mehr geben!

Aber ein anderes besonderes Urteil gegen Euch ist unausweichlich, das Urteil der höchsten Gerechtigkeit! Es ist unausweichlich gegen alle Aggressoren, aber insbesondere, was Euch betrifft! Das umfassende Weltgericht wird stattfinden! Und wir, die letzten Veteranen des damaligen schrecklichen Krieges, verlassen jetzt diese Welt als Zeugen! Als Zeugen der ANKLAGE!

Und auch heute wird der Sieg unser sein, aber diejenigen, die gestern gestorben sind, oder diejenigen von uns, die heute sterben werden, tragen bereits in das Universum das Zeugnis von der Rolle des deutschen Volkes in der Geschichte der Menschheit – einer blutgetränkten Geschichte! Deutsche Waffen sind wieder in den Händen von Nazi-Schlägern! Haltet ein!



Meldungen, Meinungen

Das Wort zum Sonntag

am 19.12.2021 kam von der neuen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht: „Im Ukraine-Konflikt sollten die ‚für die Aggression Verantwortlichen‘ Folgen direkt zu spüren bekommen.“ Da begann in den NATO-Hauptstädten das große Zittern, doch das war falscher Alarm, die waren gar nicht gemeint, erklärt uns die *Zeit*: „Das geht gegen Waldimir Putin“. Die Verantwortlichen müssten „persönliche Konsequenzen“ spüren, „zum Beispiel, dass sie nicht mehr zum Shoppen auf die Pariser Champs-Élysées reisen können“.

Diese Strafe hätte vielleicht Merkel, von der Leye, Kramp-Karrenbauer oder zumindest die aktuelle Lambrecht hart treffen können – irgendwie muss man auf den „Gedanken“ ja erstmal kommen – aber Putin, Lawrow, Schoigu? Diese bekannten, immer nach dem letzten Schrei der Haute Couture Gekleideten? Somit bleibt von dem Wahnsinnsvorschlag für Deutschland die internationale Blamage durch sein „Spitzenpersonal“ und für die Beziehungen zu Russland eine weitere Brunnenvergiftung – und das ist gar nicht lustig.

Wie es singt und lacht

Teils zu Weihnachten, teils vor Silvester 2021 haben die Bundesländer die „Corona-Regeln“ verschärft, die vom Corona-Kabarett (unter neuer Spielleitung) beschlossen worden waren. Rheinland-Pfalz z.B. verblüffte mit der Bestimmung „Zuschauer sind bei Großveranstaltungen ausgeschlossen.“ Eine Veranstaltung ganz ohne Zuschauer nennen sie Großveranstaltung, im närrische Meenz.

Noch ein Tor

Nach der Jagd auf den monatelang durch die Schlagzeilen geschmierten Spieler von Bayern München, Joshua Kimmich, ist es plötzlich ganz still geworden um den Impfstatus der Mannschaft. Immerhin vermeldet die *Frankfurter*

Allgemeinen Zeitung (07.01.2021): „Die Borussia ärgerte bei zeitweisem Schneetreiben in der leeren Allianz Arena die vor allem durch neun Corona-Fälle dezimierten Bayern.“ Neun „Corona-Fälle“ – dreimal darf man raten, warum das ImpftHEMA plötzlich unter den Tisch fällt.

Die SED ist wieder da

Und anlässlich „Corona“ hat die Partei sogar einen Aufarbeitungsbeauftragten ernannt. Meldet zumindest die *Berliner Zeitung* (25. 12.2021) mit der Überschrift: „Corona-Diktatur? Das sagt der SED-Aufarbeitungsbeauftragte“.

„Es ist okay, nicht zu diskutieren“

überschreibt ein Christan Vooren seinen Kommentar in der *Zeit* (31.12.2021), in dem der brillante Satz steht: „Wenn der Onkel am Kaffeetisch oder die Freundin aus dem Sportstudio mit wissenschaftsleugnenden, demokratiefeindlichen Ideologien kommen und behaupten, mit der Impfung würden den Menschen Mikrochips implantiert, oder sich mit Sophie Scholl vergleichen, darf man das Gespräch ruhig beenden.“

Mikrochips implantieren – das gilt als die ultimative Spinnerei der unter „Querdenker“ Subsummierten. Zumindest bei jenen, deren Informations- und Bildungsstand arg zu wünschen übriglässt, wie auch bei diesem *Zeit*-Redakteur Vooren. Der hat offenbar die Meldung vom 24.12.2021 (u.a. bei *Euronews*) ignoriert: „Ein schwedisches Unternehmen **bewirbt das Implantieren von Mikrochips, auf dem der Covid-Pass gespeichert werden kann.**“

Mach mal ‘nen Punkt. Oder zwei.

In Rheinland-Pfalz soll zukünftig auch die Amtssprache gendersensibel werden: „Ich finde den Doppelpunkt super“, sagte lt. *SWR* v. 04.01.2022 die Ministerpräsidentin Malu

Drey:er. Wahrscheinlich jetzt Minister:innen-präsident:in.

Karl Lauterbach: „Haben jedes Maß und Ziel verloren“

Entwarnung: Keine Hoffnung auf Selbsterkenntnis, geschweige denn Besserung. Denn das Gesagte steht zwar in der Überschrift eines Artikels der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (08.01.2021), ist aber nicht vollständig zitiert. Es beginnt nämlich mit „Corona-Leugner haben ...“ Was auch immer die Leugner sind und was die jeweils „leugnen.“ Aber mal ehrlich: Unvollkommen zitiert macht die Aussage von Klabaüterbach entschieden mehr Sinn, der Unterschied besteht in „richtig“ oder „falsch“.

Geografie ungenügend (1)

In ihrem Kommentar auf *kommunisten.de* schreibt Bettina Jürgensen über den Bruch zweier Staudämme in Brasilien im Dezember 2021 nach schwerem Unwetter mit Überschwemmungen und Erdbeben: „... es scheint so weit weg und ist doch so nah. erinnert es doch auch an das Unwetter im Ahrtal in Nordrhein-Westfalen.“

Hat also NRW schon das Ahrtal annektiert, wo es doch so naheliegend ist? Ob man der Autorin zugutehalten muss, dass sie in Dänemark wohnt? Oder nur in der Nähe?

Grundgesetzkenntnis ungenügend

Die neue Innenministerin Nancy Faeser hat mit einem Twitter-Spruch (19.01.2022) unsere Herzen erwärmt: „Man kann seine Meinung auch kundtun, ohne sich gleichzeitig an vielen Orten zu versammeln.“ Das wurde als „Rat“ aufgefasst, auf die Wahrnehmung von Grundrechten zu verzichten. Dafür ertete sie viel Kritik und Häme, so die Frage, ob ihr überhaupt klar war, auf was sie da in ihrem Amtseid geschworen hat.

Übersehen wurde durchgängig, dass dieses Talent mit dem Spruch der Wahrheit schon sehr nahekam. Denn „sich gleichzeitig an vielen Orten versammeln“ kann nicht jeder, eigentlich

niemand, oder es ist schon eine arg multiple Persönlichkeit. So gesehen ist es geradezu eine Bedingung dafür, seine Meinung kundtun, dass man jeweils nur an einer Versammlung an einem Ort teilnimmt, und nicht gleichzeitig noch an anderen. Zu diesen anderen kann man ja anschließend weiterreisen.

Geografie ungenügend (2)

Die britische Außenministerin Liz Truss besucht ihren russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Das Gespräch sei konfrontativ verlaufen, berichtete der *Spiegel* am 11.02.2022. Lawrow leistete sich den gemeinen Scherz, seinen Gast zu fragen, ob sie die russische Hoheit über Woronesch und Rostow anerkenne. Kenntnisfrei, aber gesinnungsfest antwortete die: „Niemals!“. Tja, nicht nur Deutschland hat seinen Baerbock.

Geschichte ungenügend

„Als die Nato vor mehr als 75 Jahren gegründet wurde ...“?? Die Gründung war 1949, also erst im Jahr 2024 erreicht sie 75 Jahre, falls sie noch so lange besteht. Muss man ja nicht wissen, wenn man britischer Premierminister ist und Boris Johnson heißt. Der machte die Ansage auf der Pressekonferenz beim Besuch des NATO-Hauptquartiers in Brüssel am 10.02.2022 (lt. *t-online*). Umso sattelfester scheint er als Wahrsager: Europa stehe „der gefährlichste Moment“ seit Jahrzehnten bevor, da nicht „ausgeschlossen ist, dass sehr bald etwas absolut Katastrophales geschehen könnte“. Offenbar fürchtet er, bald sein Amt und den Wohnsitz Downing Street 10 los zu sein, der alte Party-Dauer-Gastgeber.

Bild erklärt den Krieg

Ein eigenes „Lagezentrum“ hat das Lügenblatt eingerichtet, und aus diesem zeigt *Bild-TV* einen eigenen „Militärexperten“, der heißt nicht Moskauer, aber Kiewel. Der erklärt, dass viele von weither in die Ukraine gefahren sind, „um für Blut und Zerstörung zu suchen“.

Was facebook so alles löscht

Z.B. diesen Eintrag von Peter Niemann unter MDR aktuell:

Sehr geehrtes Social Media Team von MDR aktuell! Sehr geehrte Faktencheckende von MDR aktuell! Ihnen erst einmal alles Gute im Neuen Jahr, vor allem Gesundheit!

Nun zu meinem Anliegen! Seit gestern geht durch das Netz das Narrativ, der Ministerpräsident Sachsens, Herr Kretschmer, hätte folgendes behauptet: „Berechnungen zufolge konnten rund 2000 Menschenleben durch die zusammen durchgestandenen Maßnahmen gerettet werden.“ Es wäre m.E. vollkommen unsinnig und unseriös (und deutet mithin auf eine böswillig in Umlauf gebrachte Verschwörungserzählung hin), solch eine gewichtige Feststellung einfach so mit einem nicht nachvollziehbaren Verweis auf „Berechnungen“ ohne Quellenangabe aufzustellen. Deshalb bitte ich Sie darum, einmal der Frage nachzugehen, ob es sich bei dem Twitter-Account unter dem Namen „Michael Kretschmer“ möglicherweise um einen sogenannten Fake-Account handelt.

<https://twitter.com/MPKretschmer>
Vielen Dank!"

Corona-Mahlzeit

Die gemeinhin als seriös geltende Seite <https://de.statista.com/> macht mit der wunderlichen Nachricht auf: „Corona animiert zum Kochen“ (26.01.2022). Vielleicht weil der Verlust des Geschmacks- und Geruchssinnes zu den Symptomen einer Infektion gehören soll? Und man dann die selbst hingerichteten Speisen schmerzfreier erträgt? Das würde auch erklären, warum in Deutschland 50% angaben, „häufiger zu kochen“, in den USA aber sogar 54%. Und dass die Statistiker auch ausschließlich diese beiden Länder untersucht haben, die bekanntlich traditionell an der Weltspitze der Gourmet-Nationen stehen.

Sicher haben Sie längst erkannt, dass wir mit dieser Deutung arg daneben liegen. Die Statistiker schreiben selbst zum Hintergrund ihrer Feldküchenforschung: „Auswärts essen war in den letzten zwei Jahren oft nur ein-

geschränkt möglich.“ Sie schreiben leider nicht, dass daran nicht „Corona“ schuld ist, sondern die sogenannten „Maßnahmen“ der Regierung – aber die sollen ja als göttliche Fügung gelten.

Olympiareife FDP

„FDP-Politikerin Strack-Zimmermann begrüßt Abwesenheit deutscher Politiker bei Olympiastart“, meldet *RT DE* am 04.02.2022.

Wer begrüßt das nicht – keine dieser Flaschen hätte eine echte Chance auf einen Medaillenplatz gehabt. Doch das scheint die Marie-Agnes gar nicht in erster Linie umzutreiben: sie findet „es sehr bedrückend, dass Olympische Spiele genutzt werden, um Politik zu machen.“

Doch ihre offensbare kognitive Dissonanz führt sie dann zu der gegenteiligen, aber erleichterten Feststellung: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass kein deutscher Vertreter dort bei den Spielen teilnimmt.“ Womit allerdings nicht die deutschen Sportler gemeint gewesen sein dürften.

Dass echte Staatsmänner im Gegensatz zu den deutschen sich benehmen können, macht sie mit den Worten runter, „dass Moskau und Peking nun den ‚Schulterschluss‘ suchen“ und „Putin nutze dabei wegen der ‚Ukraine-Krise‘ die Bühne, um mit Blick auf China zu zeigen: ‚Wir sind und ganz nah.‘“

Um die Spiele vor Politisierung zu schützen, hat die liberale Spitzenkraft einen verblüffend einfachen Vorschlag: „In Zukunft müsse man sich sehr gut überlegen, wo man ‚die Spiele austrägt‘“.

Nur noch in NATO-Ländern eben, ganz einfach. Vorsitzende des Sportausschusses im Bundestag ist die Olympia-Expertin nicht, viel besser: Vorsitzende des „Verteidigungs“-Ausschusses.

Profitable Umweltauflagen

„Raus aus der Kohle“ soll viel Kohle bringen: „An Umweltauflagen mitverdienen“, wirbt die Commerzbank: „Mit Zertifikaten auf CO₂-Emissionsrechte können Anleger von der Dekarbonisierung profitieren.“ Dann können sie, hoffentlich, zumindest die gestiegenen Energiepreise stemmen.

Leserbrief zu: „Papst Benedikt XVI. in Münchner Missbrauchsgutachten schwer belastet“, *Südkurier* vom 21.01.2022

Schlimmer geht immer – besonders in der katholischen Kirche!

Es scheint für viele Medien und Gläubige noch immer eine Überraschung zu sein: Die Nachrichten über sexuellen Missbrauch in der Kirche beschäftigen uns mittlerweile seit Jahren. Und trotzdem vermögen es viele Kleriker, noch Schäfchen, aber auch die Presse nicht zu begreifen: Wegschauen, Decken, Leugnen und Beschönigen gehört für christliche Würdenträger zum Alltag.

Die gespielte Empörung und das Entsetzen nach den wiederkehrenden Veröffentlichungen von Gutachten und Erkenntnissen in der Aufarbeitung der Misshandlung von Schutzbefohlenen innerhalb der Kirche sind natürlich längst nicht mehr glaubwürdig, sondern Ausdruck einer wirklich hohen kriminellen Energie, die dazu taugt, Relativierungen voranzutreiben, welche die eklatanten Missstände in den Strukturen der Kurie und der katholischen Dogmatik kaschieren.

Letztendlich ist es fadenscheinig, naiv und berechnend zugleich, immer wieder von Einzelfällen zu sprechen und sich zu rechtfertigen, dass man als Führungsperson nicht die Aufsicht über alle Geschehnisse haben konnte, die sich in den Kirchen vor Ort manifestiert hatten: Es sind unzählige Fälle von Erniedrigung, Nötigung und Verführung junger Menschen, die gegenüber Priestern in einem gefühlten Abhängigkeitsverhältnis standen und sich deshalb nicht zu wehren wussten. Insofern ist das Verhalten der Pfarrer besonders verwerflich, denn sie haben nicht nur Gewalt gegenüber ihnen Anvertrauten ausgeübt, sondern im Wissen um ihre Stellung ihre Obrigkeit ausgenutzt und zu einer Übermächtigkeit pervertiert, die von tiefster Unmenschlichkeit zeugt.

Ihre Taten sind vollends verabscheuungswürdig, aber gleichsam nicht ohne Motiv und Ursprung, immerhin ist die unantastbare Hierarchie in der Kirche der Schutzraum für pädophile Neigung durch die verpflichtende, biblisch wie theologisch nicht erklärbare Ent-

haltsamkeit und den Größenwahn des Katholizismus als religiöse Weltanschauung, die exegetisch Platz für das Recht der Unterdrückung einräumt.

Die unerschütterliche Loyalität im gesamten Apparat der Kirche verhindert jegliche Aufklärung. Gleichsam trägt die von Obsession geprägte Atmosphäre auch wesentlich dazu bei, dass Pfarrer mit psychischen Auffälligkeiten und eigenen Erfahrungen der sexuellen Ausbeutung in der Kindheit und einer hieraus nicht seltenen entstandenen Reifungskrise in der persönlichen Biografie keinesfalls in die Lage versetzt werden, sich diesem Trauma zu stellen, sondern gar angestachelt werden, sie zu unterdrücken.



Foto: Lukas Dominikus ALBERT / CC-4.0-BY-NC-ND

Die mittelalterliche Rückwärtsgewandtheit in der katholischen Werteorientierung fördert die Ohnmacht derjenigen, die sich im Teufelskreis der geschlechtlichen Desorientierung befinden. Um zu einer wahrhaftig fruchtbaren Erneuerung zu gelangen, bedürfte es einer Reformation und eines Umbruchs der gesamten Glaubenslehre, die es aber nicht geben wird. Denn das Bewahrende war schon seit jeher ein Wesensmerkmal der Kirche – und sei sie von noch so schweren Krisen und Erschütterungen heimgesucht. Sie nimmt den Verlust von Ansehen und die immer schneller wachsenden Zahlen bei den Austritten um jeden Preis hin, damit eine Katharsis vermieden werden kann und gewachsene wie zementierte Gepflogenheiten bleiben dürfen. Die Kirche ist Rückzugsort für verirrte Seelen – ein Großteil von ihnen stammt aus den eigenen Reihen.

Dennis Riehle, Konstanz

Geschäftsführender Verbandsvorstand

Die verhängten „Corona-Maßnahmen“ der Obrigkeit ließen am 29.01.2022 eine reguläre Sitzung nicht zu, die folglich als Video-Konferenz durchgeführt werden musste.

Eine Reihe organisatorischer Dinge war abzuarbeiten, wie die die Bereinigung von Kontenfragen bei diversen Banken, dem Verkehr mit dem Registergericht und dem endlich erfolgreichen Abschluss einer Haftpflichtversicherung des Verbandes.

Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Tagung des Verbandsvorstandes, die – ursprünglich für das 1. Märzwochenende – wiederum wegen der „Corona-Maßnahmen“ auf den 2. und 3. April 2022 verlegt werden musste. Dort soll das „Medien-Papier“ vom Verbandstag nach Diskussionsgelegenheit in den Gliederungen zur endültigen Beschlussreife gelangen. Ein Schwerpunkt wird die aktuelle konzertierte Kampagne gegen Russland darstellen.

Positiv wurde vermerkt, dass auf den Brief zur „Impfpflicht“ eine ansehnliche Zahl von (sehr unterschiedlichen) Antworten durch Abgeordnete des Bundestages eingegangen sind.

Ralf Lux berichtete, das aus dem vor-maligen „Koordinierungsrat säkularer Organisationen“ (KORSO), der jetzt als „Zentralrat der Konfessionsfreien“ firmiert, nach dem Humanistischen Verband Deutschlands, dem Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften und dem Deutschen Freidenker-Verband auch noch die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben ausgetreten ist.

Das Bündnis Altrechtliche Staatsleistungen Abschaffen (BASTA) führte weiterhin regelmäßig Telefonkonferenzen durch. Schwerpunkt der Diskussion ist die Forderung nach einer quasi bedingungslosen Kündigung der Staatsleistungen.

Freidenker-Gedenken an Wilhelm Hammann

Am 125. Geburtstag des Widerstandskämpfers, Kommunisten und Freidenkers Wilhelm Hammann besuchten hessische Freidenker sein Grab auf dem Friedhof in Groß-Gerau und legten ein Blumengebinde nieder.



Landesvorstandsmitglied Alfred Arndt, Stadtrat der DKP Mörfelden-Walldorf, zitierte im Rahmen seiner Ansprache am 25.02.2022 aus einer Rede des Abgeordneten Hammann 1928 im Hessischen Landtag:

„Ein besonderes Kapitel in unserer hessischen Schule bilden die Fragen, die die Freidenker betreffen. Gerade wir als die Vertreter der Freidenker haben eine besondere Aufgabe, über dieses Kapitel zu sprechen. Die Freidenkerbewegung wird seit Jahren in Hessen auf Schwerste geschädigt. Die Freidenker in Hessen haben beantragt, daß ein Lehrplan, den sie ausgearbeitet haben, von der Regierung bestätigt werden solle. Sie haben nur das verlangt, was die Kirche, die katholische und die evangelische Kirche, auch für sich verlangen. Aber während man dort (...) ohne weiteres den Wünschen dieser kirchlichen Organisationen entspricht, kommt hier unsere Regierung auf den klugen Gedanken, die Freidenker könnten vielleicht an den Grundfesten der „Gott-gewollten“ kapitalistischen Weltordnung zu rütteln anfangen. ...“

(Foto: Monika Krotter-Hartmann)

Wir gratulieren herzlich

zum 97. Geburtstag:

Inge Starke, Aue

zum 92. Geburtstag:

Dr. Fritz Rüdig, Radebeul

zum 89. Geburtstag:

Irene Pilz, Rödentel

zum 88. Geburtstag:

Heinrich Wolff, St. Augustin

Erika Ließ, Salzgitter

zum 87. Geburtstag:

Margarete Graf, Offenbach a.M.

Friedel Beier, Offenbach a.M.

Fritz Fränken, Mönchengladbach

zum 86. Geburtstag:

Gerhard Fritz, Emmingen-
Liptingen

Klaus von Raussendorff, Bonn

Gerhard Pohle, Berlin

Elsa Harning, Radeberg

zum 85. Geburtstag:

Peter Müller, Wansdorf

Herbert Steffes, Eschborn

zum 80. Geburtstag:

Elfriede Munzert, Eisenach

Uta Mader, Bernau

zum 80. Geburtstag:

Kurt Oelsner, Pulheim

Karoline Roscher, Schmitten

Karin Mittelstädt, Berlin

Brigitte Bilz, Köln

Barbara Brandt, München

zum 75. Geburtstag:

Manfred Reuther, München

zum 70. Geburtstag:

Dr. Ute Dittmann, Dresden

Frank Braun, Hannover

Petra Gerland, Frankfurt a.M.

Claudia Karas, Frankfurt a.M.

Wolfgang Kröske, Berlin

Albrecht Ludloff, Berlin

zum 65. Geburtstag:

Stephan Wirner, Bamberg

Claudia Hinz, Bad Vilbel

Uwe Axtmann, Heidelberg

Friedhelm Spatz, Frankfurt a.M.

Harald Römer, Staufenberg-

Mainzlar

zum 60. Geburtstag:

Patrik Köbele, Essen

Andreas Kapischke, Michendorf

Ulrich Henning, Bonn

In eigener Sache

Zunächst müssen wir uns entschuldigen, dass in der Ausgabe 4-2021 die vorletzte Heftseite mit den Adressen auf die reguläre S. 3 vorgezogen wurde. Wir haben uns gegen Einstampfen und Neudruck entschieden, in

der Hoffnung, dass sich die Irritationen in Grenzen halten.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2-2022 ist der 15. Mai 2022.

Schwerpunktthema: Zensur

NEUNTES KULTUR- SEMINAR

NATURFREUNDE-
HAUS RAHNENHOF
(PFALZ)

10.-12.
JUNI 2022



Veranstalter:
Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband
Landesverbände RLP/Saar & Hessen,
Nordrhein-Westfalen,
Baden-Württemberg
www.freidenker.org

In Zusammenarbeit mit:



für politische Bildung e.V.
www.jenny-marx-gesellschaft.de

Arbeiterfratografie
www.arbeiterfratografie.com



NRZ ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

linker lieder sommer

FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT
GEGEN AUSBEUTUNG UND KRIEG

Auch nach dem Umzug vom Hunsrück in die Pfalz knüpfen wir mit dem Linken Liedersommer an die Liedermacher-Tradition der APO-Zeiten auf Burg Waldeck an.

Wir laden ein zu Musik und gemeinsamem Singen am abendlichen Lagerfeuer, zur Debatte über Kunst und Gesellschaft in Arbeitsgruppen, zum Abendprogramm aller Mitwirkenden auf der Freilicht-Bühne unter Beteiligung möglichst vieler Teilnehmer sowie zu einer besonderen Kultur-Matinée am Sonntag.

Herzlich eingeladen sind Künstler, Musikgruppen, Sänger und Leute, die sich im Seminar oder am Lagerfeuer mit Gleichgesinnten austauschen möchten.

Das Naturfreundehaus Rahnenhof ist mit öffentlichem Nahverkehr zu erreichen, bietet Übernachtungsmöglichkeiten für alle am Ort der Veranstaltung mit Hotelstandard sowie eine eigene Gastronomie:

Naturfreundehaus Rahnenhof

Hintergasse 9, 67316 Carlsberg-
Hertlingshausen /Pfalz
kontakt@naturfreundehaus-rahnenhof.de
www.naturfreundehaus-rahnenhof.de

Bahn über Mannheim nach Grünstadt, Bus nach Hertlingshausen

Bei Bedarf Zubringerdienst

Teilnahmekosten

Teilnahme komplett: Mitglieder 30,00 €, Nichtmitglieder 45,00 €, ermäßigt: 15,00 €, Tageskarte 15,00 €

Übernachtung + Verpflegung

Doppelzimmer oder Einzelzimmer, jeweils mit Dusche und WC, 2x Frühstück, ein Mittagessen, ein Abendessen
Pro Person 105,00 €

Zeltplatz / Wohnmobil

p. P. und Nacht 8,50 €
2x Frühstück, ein Mittagessen, ein Abendessen: 48,00 € p.P.

(Ermäßigung für Kinder und Mitglieder der Naturfreunde)

Bankverbindung

Kontoinhaber: Monique Broquard
Verwendungszweck: Linker Liedersommer
IBAN: DE89 5905 0101 0611 3533 35

Anmeldungen und Informationen

Monique Broquard, Am Friedhof 10, 66280 Sulzbach

Tel.: 06897-24 46, Mobil 0152-53 19 09 92

E-Mail:

linker-liedersommer@freidenker.org

PROGRAMM 2022

FREITAG, 10.06.

Anreise ab 15:00 Uhr

19:00 Eröffnung

Lieder am Lagerfeuer
mit Sonja Gottlieb

SAMSTAG, 11.06.

Arbeitsgruppen: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:00 Uhr

Transformationen von Liedern

aus bereisten Ländern wie USA, Irland, Griechenland. Lieder, die nicht einfach nur Folklore sind, sondern auch von einem Klassenbewusstsein zeugen.

Reinhard Frankl, Aschaffenburg

In memoriam Christian Krähling

(Streikaktivist bei Amazon) - neue Lieder der Arbeiterbewegung - Lohnkämpfe, Völkerfrieden, Revolution
Ernst Schwarz, Frankfurt

Freiheitslieder

im Laufe der Jahrhunderte. Von Verdis „Gefangenchor“ über das Volkslied „Die Gedanken sind frei“ hin zu Westernhagens „Freiheit“ und HK's Anti-Lockdown-Hymne „Danser encore“
Dietmar Sander, Hannover

Spottlieder

auf das Baerbock/Lauterbach-Regime.

Diether Dehm und Michael Letz, Berlin

Frauen in Afghanistan

Poesie als Widerstand. Wie kann Kunst als Widerstand wirken.
Daniel Osorio, Saarbrücken

Freiheit in 2022

Wie definiert und argumentiert man über Freiheit heute und in der Vergangenheit.

Sabiene Jahn, Leutersdorf und Guy Dawson, Sulzbach

Abendveranstaltung 19:00 bis 23:00 Uhr

Gestaltet aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen
unter Mitwirkung weiterer Künstler.

Ausklang am Lagerfeuer



Liedersommer 2019 im Rahnenhof

PROGRAMM 2022

SONNTAG 12.06.

Kulturprogramm 10.00 – 11.30 Uhr

Sonntags Matinee

„Auftragslieder“

Die meisten meiner Lieder entstanden im Auftrag. Auftraggeber aber war weder eine Partei noch ein Staat sondern nur ich selbst. Als Katholik war ich konvertiert und hatte Philosophie und Geschichte studiert. Meinen Auftrag sah ich darin, mit meinen Liedern, die abstrakt und spröde daher kommende marxistische Weltanschauung in das Alltagsbewußtsein meiner Mitmenschen einzupflanzen.



Warum mir das nicht ganz gelungen ist, werde ich erklären.

Reinhold Andert, Berlin
Liedermacher und Mitbegründer
des Berliner Oktoberklubs und
Schriftsteller.

Wir freuen uns darauf, dass viele weitere Künstler
(die diesmal keinen Workshop gestalten)
wieder dabei sein wollen:

Helmut Barth-Engelbart

Sonja Gottlieb

Philipp Hoffmann und andere.

**Weitere Informationen auf
www.linker-liersommer.de**

Deutscher Freidenker-Verband e.V.
c/o Sebastian Bahlo • Postfach 600721 • 60337 Frankfurt a. M.
Telefon +49 (0)69 46308639 • kontakt@freidenker.de
www.freidenker.org



Fotos: Jens Oldenburg

„Sicherheitskonferenz“ in München 2022



Unübersehbar beim Protest gegen das NATO-Festival dabei: Die bayerischen Freidenker

Berlin: „Sicherheit für Russland ist Sicherheit für unser Land!“

Der Deutsche Freidenker-Verband unterstützte die Kundgebung unter diesem Motto, zu der die Berliner Friedenskoordination am 18.02.2022 aufrief:

Das westliche Angriffsbündnis hat eine rote Linie erreicht, an der Russland sagt: bis hierher und nicht weiter. Die russische Föderation hat deshalb einen Vertragsentwurf vorgelegt, mit dem rechtsverbindliche Garantien von USA und NATO eingefordert werden, um die weitere Eskalation zu beenden und den Weg BEIDERSEITIGER Abrüstung und Entspannung einzuschlagen. Das sollte in unserem Land auf Verständnis treffen und erfordert von der Bundesregierung eine Unterstützung ... Stattdessen wird in den führenden NATO-Ländern gegen Russland gehetzt, ... Daran beteiligen sich besonders auch Politikerinnen und Politiker und Medien in Deutschland. Wir unterstützen:

- Keine landgestützten atomwaffenfähigen Kurz- und Mittelstreckenraketen außer-



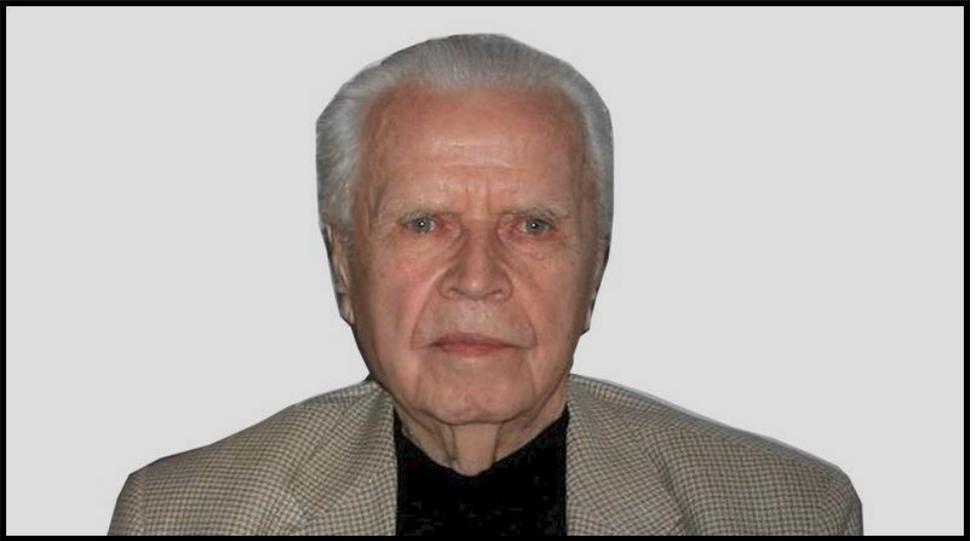
Demonstration am 18.02.2022, Brandenburger Tor

halb des eigenen Staatsgebiets sowie in Gebieten, von denen aus diese Waffen Ziele im Staatsgebiet der anderen Seite angreifen können.

- Keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Landes. Das bedeutet auch den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland.
- Keine NATO-Militärmanöver nahe der russischen Grenze, keine russischen Militärmanöver nahe der Grenze zu NATO-Staaten.
- Keine Annäherung schwerer Bomber und Kriegsschiffe an die Grenze des anderen, die einen Angriff möglich machen.

Nachruf:

Werner Großmann 9. März 1929 – 28. Januar 2022



„Das war nicht das Ende der Geschichte!“

Werner Großmann, der letzte Chef der DDR-Auslandsaufklärung im Rang eines Generalobersts, ist am 28. Januar nach kurzer, aber schwerer Krankheit verstorben. Mit seinen 92 Jahren war er bis zuletzt bei Gesprächen am Krankenbett mit glasklarem Verstand und ungetrübten Erinnerungen gesegnet.

Mit Großmann ist ein großer, geradliniger und aufrechter Mann von uns gegangen, der nach der Übernahme der DDR durch die BRD sogar bei ehemaligen Gegnern aus ausländischen Nachrichtendiensten Respekt und Anerkennung genoss. Nur in der BRD konnten sich weder die westdeutschen Politiker noch deren Geheimdienste und noch viel weniger die Medien wenigstens zu einem fairen und unvoreingenommenen Umgang mit der DDR und ihrer Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) durchringen.

Für die tiefverwurzelte und teils verbitterte Feindseligkeit, die selbst 30 Jahre nach dem Ende der DDR den Ehemaligen der HVA von

westlich-deutscher Seite immer noch entgegenschlägt, wie jetzt wieder im Fall Großmanns, haben ausländische Kenner des Kalten Krieges und der damaligen Geheimdienstszene ihre eigene Erklärung: Damals war allgemein bekannt, dass nach dem israelischen Mossad die HVA weltweit als der erfolgreichste Geheimdienst für Auslandsaufklärung galt. Hinzu kam, dass die HVA mit erstaunlich geringen finanziellen Mitteln spektakuläre Spionageerfolge gegen den BND, gegen Parteien und Politiker der Bundesregierung in Bonn und gegen die NATO in Brüssel einfuhr.

Das alles habe das Selbstverständnis der Westdeutschen derart gekränkt, dass sie bis heute nachtragend seien und mit ihren ehemaligen Gegnern der HVA nicht „sportlich-fair“ umgehen könnten, wie das zum Beispiel Vertreter der britischen Dienste und oder der CIA taten. Dafür, dass selbst die NATO-Verbündeten, vor allem die USA, vom west-

deutschen BND nicht viel hielten, spricht auch aus der Aussage eines hohen CIA-Vertreters bei einem Gespräch in Washington Anfang der 1980er-Jahre, als er Rainer Rupp gegenüber in Bezug auf den BND von den „Boy Scouts (Pfadfindern) in Pullach“ sprach.

Dagegen bescheinigten am 17./18. November 2007 anlässlich der Internationalen Konferenz an der Süddänischen Universität Odense zum Thema „Geschichte, Aufgaben und Einsichten in die HVA“ eine ganze Reihe von ehemaligen Gegnern aus NATO-Ländern den anwesenden Führungskadern der aufgelösten HVA außerordentliche Effizienz und große Professionalität. Zugleich sprachen sie ihnen wegen ihrer Beiträge zu Sicherung des Friedens in den gefährlichsten Zeiten des Kalten Krieges ihre Anerkennung aus.

Bereits drei Jahre zuvor hatte auf einer ähnlichen Konferenz am 7. Mai 2004 in Berlin Mr. Milton Bearden, der u. a. in Deutschland Stationschef der CIA gewesen war und später zum Leiter der Sowjet- und Osteuropaabteilung im CIA-Hauptquartier aufstieg, den Beitrag der HVA zur Erhaltung des Friedens explizit gewürdigt. In seinem Vortrag sagte Bearden, dass es im Kalten Krieg in Situationen zugespitzter Spannungen auf beiden Seiten, sowohl in den USA als auch auf in der Sowjetunion, immer wieder zu gefährlichen „Fehl einschätzungen“ und „schwerwiegenden Fehlkalkulationen“ gekommen sei.

Wörtlich sagte Bearden: „In der Tat ist hier die Frage angebracht, wie sehr das allgemeine Niveau des Verständnisses über die Lage auf der anderen Seite dafür gesorgt hat, dass der Kalte Krieg kalt geblieben ist. Das ist auch durch die von der HVA ... gesammelten Erkenntnisse zusätzlich befördert worden.“ Abschließend betonte der hochdekorierte CIA-Mann, dass die HVA nicht nur der DDR, „sondern auch der Sache des Friedens gut gedient hat“.

Zu einer derartigen Anerkennung, selbst in sehr abgestufter Form, sind die westdeutschen Gegner der HVA bis heute nicht fähig. Der Tod Großmanns hätte für ein solches Signal eine gute Gelegenheit geboten. Stattdessen wird sein Tod in perfider Weise dazu benutzt, erneut alte mediale Messer zu wetzen und mit

abgedroschenen Parolen gegen DDR und HVA das Andenken an den Toten zu beschmutzen.

Der von der dpa verbreitete Text zum Tod Großmanns, der vom Spiegel über zahlreiche andere Medien bis hin zur Neuen Zürcher Zeitung aufgegriffen wurde, unterscheidet sich von der Wortwahl und im Sprachduktus kaum von den westdeutschen Schmähschriften gegen die HVA aus den Zeiten des Kalten Krieges. Der Text ist gekrönt von einem Porträtfoto Großmanns, nach dem man in Fotoarchiven sicher sehr lange suchen musste. Denn selbst seine langjährigen Freunde hatten auf den ersten Blick Probleme, in dem finster und böse dreinblickenden Mann auf dem Foto ihren ehemaligen Chef wiederzuerkennen. Seine Kollegen und Bekannten kannten ihn nur mit freundlich-offenem Gesicht, das auch seine innere Einstellung widerspiegelte.

Aber für das Gros der in Bezug auf die DDR gehirngewaschenen westdeutschen Leserschaft von Spiegel und Co. entspricht dieses dpa-Foto sicherlich dem verbreitetem Vorurteil, wie ein böser Stasi-Offizier auszusehen hat. Großmann war jedoch das genaue Gegenteil. Er war der hochkompetente Chef eines der erfolgreichsten Nachrichtendienste der Welt. Zugleich hatte er eine typische DDR-Karriere, die im ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden vom gelernten Maurer bis nach ganz oben führte.

Aus der Arbeiterklasse kommend, wusste Großmann schon als Jugendlicher, auf welche Seite er gehörte. Er wurde Mitglied der FDJ und der SED. Von 1952 bis 1990 gehörte er dem Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) bzw. der HVA an. In verschiedenen Dienststellungen, vom Mitarbeiter bis zum Leiter der Hauptverwaltung ab 1986, erzielte er persönlich und mit von ihm angeleiteten Kollektiven vorbildliche Ergebnisse.

Seine hohe politische und fachlich-operative Bildung und praktische Erfahrung in der Bearbeitung gegnerischer Objekte und Parteien führten zu außerordentlich wertvollen Kenntnissen über deren Pläne und Absichten. Unter seiner Anleitung gelang es, mit nachrichtendienstlichen Quellen bedeutende Positionen einzunehmen, und mit deren

Informationen konnte ein tatsächlicher Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Entspannung geleistet werden. Dass die HVA unter den weltweit agierenden Nachrichtendiensten einen Spitzenplatz einnahm, ist auch mit dem Namen Werner Großmann verbunden.

Großmann war in seinen Dienststellungen ein geachteter, korrekter, fordernder Leiter, der sich durch Sachkenntnis, politisches Urteil und Konsequenz Anerkennung unter den Mitarbeitern und Leitern erwarb. Seine Beurteilung der Ergebnisse war durchaus kritisch, auch auf Leitungsebene hielt er mit seiner Meinung nicht zurück. Von seinen Kollegen und Untergebenen wurde er wegen seiner einfachen und direkten Art sehr geschätzt. Überheblichkeit und Anmaßung waren ihm fremd. Er führte und hörte kollegial zu und stand stets hinter seinen Leuten.

Nach dem Untergang der DDR galt seine große persönliche Sorge den verfolgten Agenten im ehemaligen Operationsgebiet und auch den Mitarbeitern der Zentrale in der DDR. Vielfältig waren seine Initiativen, sein öffentliches Agieren, sein Eintreten für Gerechtigkeit und gegen Hetze und Verleumdungen. In Interviews und Publikationen setzte er sich vehement für die Verbreitung der Wahrheit ein. Viele der ehemaligen Kundschafter verband in diesen Jahren eine enge Freundschaft mit Großmann. Anlässlich seines Todes schrieb uns z. B. einer von ihnen, Klaus von Raussendorff, folgende Zeilen:

„Ich bewunderte ihn für seine unerschütterliche, aufrechte Haltung, die immer zu spüren war, wenn er sich in der Öffentlichkeit zu Fragen unserer früheren Tätigkeit äußerte. Er war immer noch unser Chef. Man konnte zu ihm aufschauen. Das bestärkte uns in dem Gefühl, einem Nachrichtendienst angehört zu haben, der in einzigartiger Weise auf Solidarität und gemeinsamer Überzeugung beruhte, und wir können zu Recht sagen: ‚Wir haben der Sache des Friedens und des Sozialismus gedient.‘ Werner gab uns

Rückhalt. Ich werde seinen stets heiteren, gelassenen Gesichtsausdruck nie vergessen. Seine Stimme war klar. Was er sagte, klang wie selbstverständlich. Er war ein außergewöhnlicher Mensch.“

Die von einschlägigen Kreisen immer wieder in den Medien platzierten Gerüchte, die Großmann aller möglicher Vergehen beschuldigten, erwiesen sich alle als hinterhältiger Rufmord. Selbst die westliche Generalbundesanwaltschaft konnte ihm nach akribischer Durchsuchung der DDR-Archive und Anhörung von Zeitzeugen keine Schweinerei zur Last legen.

Da sähe es mit dem BND ganz anders aus, wenn auch nur ein Bruchteil von dessen Akten an die Öffentlichkeit käme. Zur Erinnerung: Die HVA wurde aus gestandenen Antifaschisten gegründet, die aktiv entweder in russischer Uniform oder in Zivil im Ausland oder im Untergrund gegen die Nazis gekämpft hatten. Der BND war mit US-Hilfe aus einem Sammelsurium von Kommunisten- und Russenhassern, aus alten Nazis, Gestapo-Schergen und SS-Killern gegründet worden. Etliche diese Kriegsverbrecher tummelten sich noch in den 1970er-Jahren im BND.

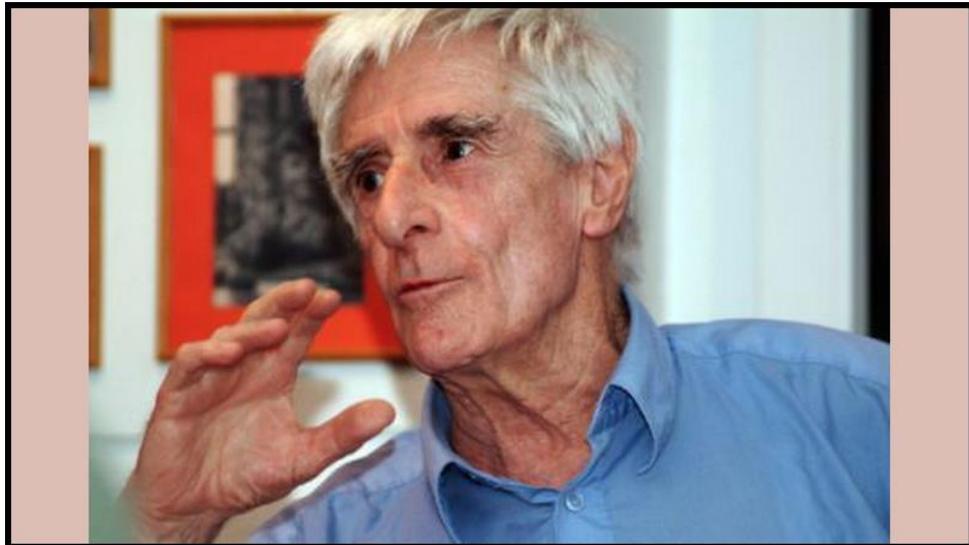
Großmann konnte am Ende auf ein arbeitsames, erfolgreiches und erfülltes Leben zurückblicken, das wie überall auch seine Höhen und Tiefen hatte. Was die Tiefen betrifft, so teilten wir seine Trauer über das Scheitern unseres Versuchs, in der DDR dauerhaft eine florierende und gerechtere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Kriegstreiber aufzubauen. Aber dieses Streben der Menschen nach einer solchen Gesellschaft ist mit dem Verschwinden der DDR nicht gestorben. Angesichts der in den letzten 30 Jahren gemachten Erfahrungen im entfesselten, real existierenden Kapitalismus kann weltweit beobachtet werden, dass das Pendel der historischen Entwicklung wieder zurückzuschwingen beginnt.

Lieber Werner, sei gewiss: Das war nicht das Ende der Geschichte!

Rainer Rupp und Karl Rehbaum

Nachruf:

Dr. habil. Rainer Thiel 24.09.1930 – 19.12.2021



Mit Rainer Thiel verlieren wir Brandenburger Freidenker ein unermüdliches und streitbares Mitglied.

Geboren 1930 in einer Handwerker-Familie, hatte er eine behütete Kindheit in einer Chemnitzer Neubausiedlung. Als im März 1945 seine Heimatstadt in Schutt und Asche fiel, erlebte auch er das Grauen des Krieges hautnah mit.

Ende der vierziger Jahre wurde er Sprecher des Schülerrates an seinem Gymnasium, geriet in Konkurrenz zur FDJ und trat in diese ein. Nach einem lehrreichen Einsatz beim Jugendobjekt „Talsperre Sosa“ begann er 1951 in Jena Philosophie und Mathematik zu studieren und wurde ein Jahr später FDJ-Sekretär der philosophischen Fakultät. Da er es nicht lassen konnte, weiterhin selbständig zu denken, geriet er alsbald in Widersprüche mit den höheren Ebenen und wurde gar beschuldigt für den Westen Agenten-Arbeit zu leisten. Die Folge war Ausschluss aus Partei und Studium. Nach Bewährung in der Produktion (genauer: auf dem Bau) konnte er 1953 sein

Studium in Berlin wieder aufnehmen.

Rainer Thiel betrachtete sich als Schüler von Georg Klaus, dessen Themen auch für ihn prägend waren: Dialektik, Logik, Mathematik, Kybernetik sowie Erkenntnisse der Naturwissenschaften. Er geriet in die politischen Auseinandersetzungen um die praktische Anwendung der Kybernetik auf ökonomische Systeme im Zuge der NÖS und musste dabei einmal mehr einstecken, denn 1971 wurde dieser Ansatz bekanntlich ad acta gelegt.

In den 1980er Jahren widmete sich Rainer den „Erfinderschulen“, in denen sich neue Formen des kreativen Umgangs mit technischen und ökonomischen Problemen herausbilden.

Nach dem Ende der DDR begann Rainer Thiel eine umfangreiche publizistische Tätigkeit, in der er versuchte, die Gründe für das Scheitern des Sozialismus zu erkennen und zu überlegen, was anders laufen müsste, um ihm eine Chance zu geben. Den Schlüssel dazu sah er im Verständnis des Marxismus.

Wir Brandenburger Freidenker lernten Rainer 1999 kennen, als er bei einer unserer Veranstaltungen sein Buch „MARX und MORITZ. Unbekannter Marx. Quer zum Ismus“ vorstellte. Als ausgewiesener Marx-Kenner setzte er sich darin mit dem „Moritz“ auseinander, der sich gern Marxist nennt, aber Marx gar nicht gelesen hat. Rainer war überzeugt: Es gibt zwei zentrale Lehren in Marxens Werk: Die *Lehre von der Ausbeutung* und die *Lehre von der Entfremdung und ihrer Aufhebung*. Letztere sei von der führenden Partei in der DDR nicht richtig erkannt, bewertet und weiterentwickelt worden.

Rainer fühlte sich wohl bei uns und trat alsbald in unseren Verband ein, wohl sicher auch in der Hoffnung, dass wir ihm eine Plattform und Unterstützung geben können. Eine Zeit lang führen wir mit der gesamten Potsdamer Freidenker-Gruppe jedes Jahr mindestens einmal nach Bugk bei Storkow, wo er wohnte, um bei Spaziergängen und beim Kaffee oder am Grill mit ihm über Marx und die Welt zu diskutieren.

Hervorzuheben ist seine stete Ungeduld, die sich – auch das ist Dialektik – bei ihm mit ausgesprochener Beharrlichkeit paarte. Er war unzufrieden mit der Aktivität der Linkspartei, die damals noch PDS hieß. In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren wurde er nicht müde, jede Woche mehrere Leserbriefe an das ND zu schreiben, die gefühlt zu 90% nicht gedruckt wurden. Es war in dieser Zeit auch schwer, mit ihm über ein anderes Thema zu reden, als über die Inaktivität der Linken.

Ihm selber konnte man wahrlich keine Inaktivität vorwerfen. Als im September 2000 statt der erforderlichen 40 nur 39 Schüler der Klassenstufe 11 zum ersten Schultag an der Storkower Oberschule erschienen, nahm dies die zuständige Schulrätin zum Anlass, die gymnasiale Oberstufe zu schließen und die Schüler an die Schulen der Nachbarstädte zu verweisen. Dies führte zum bekannten „Schülerstreik von Storkow“, bei dem 500 Schüler ihre Schule eine Woche lang besetzten und letztlich siegten. Mit dabei ein „Opa“ - der damals bereits 70jährige Rainer Thiel, der sich mit den Schülern solidarisierte, sie aktiv

unterstützte und später ein Buch darüber schrieb.

Er schrieb noch mindestens zehn weitere Bücher, darunter seine Autobiografie „*Neugier, Liebe, Revolution*“, „*Das vergessene Volk. Merin Praktikum in Landespolitik*“ und „*Allmähliche Revolution – Tabu der Linken*“.

Nach dem Schülerstreik stand für ihn das Thema Bildung für einige Jahre im Zentrum seines Denkens und seines Kampfes. Er ist u.a. mit einem Beitrag in dem zur Bildungskonferenz des Freidenkerverbandes 2008 herausgegebenen Buch vertreten. Und in der Broschüre „*Woran glaubt, wer nicht glaubt?*“, die die evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen über die säkulare Szene herausgab, durfte er einen der beiden Beiträge des Freidenker-Verbandes schreiben.

In den letzten Jahren kehrte Rainer Thiel in gewisser Weise zu seinem Hauptthema aus den achtziger Jahren zurück. Das Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien hatte sich zum Ziel gesetzt, das Erbe der Erfinderschulen der DDR aufzuarbeiten, um es der nationalen und internationalen Fachwelt, die sich mit der Theorie zur Lösung erfinderischer Probleme befasst, besser bekannt zu machen. Rainer war einer der maßgeblichen Initiatoren und Mitgestalter dieses Projektes.

Die PDS verließ Rainer irgendwann, später schloss er sich Attac an, war in der Sozialen Bewegung des Landes Brandenburg und weiterhin bei den Freidenkern aktiv. Noch mit 80 Jahren setzte er sich ins Auto und fuhr nach Potsdam oder Berlin, um an Demonstrationen oder Veranstaltungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit teilzunehmen.

Gern erinnern wir uns an seine Lesungen, Vorträge und E-Mails, in denen er uns immer wieder mahnte und aufforderte für die wichtigen Dinge in unserer Gesellschaft einzutreten: Für den Frieden und für den gesellschaftlichen Fortschritt. Unermüdet und mit bewundernswerter Energie forderte er uns bis ins hohe Alter immer wieder zum kritischen und gesamtgesellschaftlichen Denken auf.

Brandenburgischer Freidenker-Verband

Für den Vorstand

Ralf Lux und Jens Oldenburg

Zielscheibe geostrategischer Interessen

Vor 10 Jahren ist „Ukraine im Visier“ erschienen, auf der Rückseite wird es vorgestellt mit den Worten: „Die Analysen in diesem Buch geben Auskunft über die geopolitische Bedeutung der Ukraine, Strategiepapiere, die in den meisten Medien wenig Beachtung finden, Entwicklungen im Land und leuchten auch den globalen Hintergrund der aktuellen Eskalationen aus.“

Diese Beschreibung des Buches hat bis heute Gültigkeit. 2014 herausgegeben und von mir erst 2022 gelesen – dabei kommt es mir vor, als seien alle Artikel eben erst verfasst worden. Als wollten die Autoren aufzeigen, wo die heutige militärische Eskalation ihren Ausgang nahm. Und immer wieder bin ich beim Lesen darüber erschrocken, dass sie voraussagten, was gekommen ist – und darüber, dass ich das vor wenigen Monaten wie mit verschleierte Augen gelesen hätte!

Das Vorwort hat Eckhart Spoo verfasst. Reinhard Lauterbach erläutert die Geschichte des ukrainischen Nationalismus, Hannes Hofbauer die „Orange Revolution“, den Kurswechsel Richtung Atlantik (2004-2005), Jürgen Wagner den Weltmachtanspruch und die Expansionspolitik der EU, Kurt Gritsch die Folgen der NATO-Entwicklung zum Interventionsbündnis, Matthias Rude die Einflussnahme von Geheimdiensten, NGOs und Stiftungen, Thomas Eipeldauer den Euro-

maidan, Sebastian Range die Sezession der Krim. Weitere Autoren sind Thomas Immanuel Steinberg, Susann Witt-Stahl, Kai Ehlers, Christoph Jehle, Peter Vonnahme, David Goeßmann, Volker Bräutigam, Sabine Schiffer und Jochen Scholz. Dieser zitiert Zbigniew Brzezinski „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, erschienen 1997 (!) in New York:

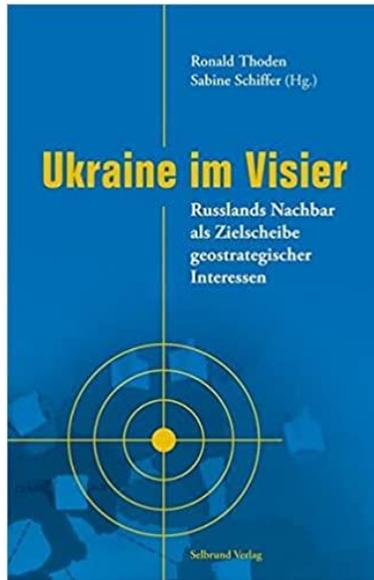
„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr (...). Am wichtigsten allerdings ist die Ukraine. Da die EU und die NATO sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen werden möchte (...). Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen – während er seine Sicherheits- und Wirtschafts-

kontakte mit Kiew weiter ausbaut – schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen (...).“

Wer jetzt nachts nicht beruhigt schlafen kann, sollte die Zeit nutzen und zu diesem Buch greifen.

Monika Krotter-Hartmann

Ronald Thoden, Sabine Schiffer (Hg.)
Ukraine im Visier, Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, 2014
Selbrund Verlag, 315 S., 16,80 Euro.



Deutscher Freidenker-Verband • Anschriften

Geschäftsführender Verbandsvorstand

Vorsitzender

Sebastian Bahlo
Kohlbrandstraße 33
60385 Frankfurt am Main
Tel. 069-46 30 86 39
s.bahlo@freidenker.de

Stellv. Vorsitzender

Klaus Hartmann
Schillstr. 7
63067 Offenbach
Fax 069-83 58 50
k.hartmann@freidenker.de

Schriftführer

Klaus Linder
Storkower Str. 211
10367 Berlin
Tel. 0152-24 93 60 09
k.linder@freidenker.de

Kasse / Finanzen

Annett Torres
Am Stublacher Wege 4
07552 Gera
Tel. 0365-20 41 58 38
Mobil 0151-70 81 87 87
a.torres@freidenker.de

Organisations- und Kulturarbeit, Redaktion

Monique Broquard
Am Friedhof 10
66280 Sulzbach
Tel. 06897-24 46
Mobil 0152-53 19 09 92
m.broquard@freidenker.de

Interessenvertretung

konfessionsfreier Mensch

Ralf Lux
Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480
Potsdam, Tel. 0331-61 05 65
ralf.lux@freidenker.de

Referenten

Weltanschauungsfragen

Pablo Graubner
Phönixstr. 16 D
35578 Wetzlar
Tel. 0176 23428751
p.graubner@freidenker.de

Frieden, Internationales

Björn Schmidt
Tel. 0179 7338207
b.schmidt@freidenker.de

Web-Projekte

Jens Oldenburg
Kantstr. 25
14471 Potsdam
Tel. 0331-279 72 69
Mobil 0174-46 05 047
webmaster@freidenker.de

Beirat

Dr. Werner Rügemer
Subbelrather Str.144
50823 Köln
Tel. 0221 55 16 26
w.ruegemer@freidenker.de

Kasse Gegenseitige Hilfe

Bernd Raths
Mark-Aurel-Str. 1
60439 Frankfurt
Tel. 069-85 45 15
gegenseitige-hilfe@freidenker.de

Mitarbeiter Verbandsvorstand

Klaus von Raussendorff
An der Nesselburg 91
53179 Bonn
Tel. 0228-34 68 50
k.v.raussendorff@freidenker.de

Landesverbände

Baden-Württemberg

Ian Bailey
Ringstr. 11
69115 Heidelberg
Tel./Fax 06221-65 96 26
dfv-baden-wuerttemberg@
freidenker.org

Bayern

Birgit Ludwig
Deinstr. 16, 90491 Nürnberg
Tel. 0911-59 88 175
dfv-bayern@freidenker.org
www.bayern.freidenker.org

Berlin

Klaus Linder
Storkower Str. 211, 10367
Berlin, Tel. 0152-24 93 60 09
dfv-berlin@freidenker.org
www.berliner-freidenker.de

Brandenburg

Ralf Lux
Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480
Potsdam, Tel. 0331-61 05 65
vorstand@brandenburger-
freidenker.de
www.brandenburger-
freidenker.de

DFV-Landesverband Nord

Toni Brinkmann
Gneisenaustr. 107, 28201
Bremen, Tel. 0421-534 534
dfv-nord@freidenker.org
www.dfv-nord.de

Hessen

Wilhelm Schulze-Barantin
Lettigkaufweg 35
60599 Frankfurt a.M.
Tel. 069-61 37 18
dfv-hessen@freidenker.org
www.hessen.freidenker.org

Niedersachsen

Thomas Loch
Goldstraße 7
06484 Quedlinburg
Mobil 0171-199 62 14
dfv-niedersachsen@
freidenker.org
www.niedersachsen.freidenker.org

Nordrhein-Westfalen

Brigitte Streicher
Kleybredde 100 A, 44149 Dortmund
Tel. 0231-75 62 52
dfv-nordrhein-
westfalen@freidenker.org
www.nordrhein-
westfalen.freidenker.org

Rheinland-Pfalz / Saar

Karin Gottlieb
Finkenstr. 9, 55743 Idar-Oberstein
Tel. 06781-1685
dfv-rps@freidenker.org
www.rheinland-pfalz-
saarland.freidenker.org

Sachsen

Wolfram Fischer
Georgstr. 41, 09111 Chemnitz
Tel. 0371-41 73 08
dfv-sachsen@freidenker.org
www.sachsen.freidenker.org

Sachsen-Anhalt

Witold Fischer
Im Grund 3, 06729 Rehmsdorf
Tel. 0160-6517413
dfv-sachsen-anhalt@
freidenker.org
www.sachsen-anhalt.freidenker.org

Thüringen

Heike Cienskowski
Am Brand 18, 07973 Greiz
Mobil 0160-1800876
dfv-thueringen@freidenker.org
www.thueringen.freidenker.org

URL: www.freidenker.de

FREIDENKER-Bestellung: E-Mail: vertrieb@freidenker.de

Impressum:

FREIDENKER ist das Verbandsorgan des Deutschen Freidenker-Verbandes e.V., Sitz Dortmund. Erscheinungsweise vierteljährlich. ISSN 0945-6988 – Redaktionsschluss: 15. März 2022
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des DFV wieder.
Herausgeber, Namens- u. Adressänderungen: Sebastian Bahlo, Kohlbrandstraße 33, 60385 Frankfurt am Main, Tel. 069-46 30 86 39, s.bahlo@freidenker.de
Redaktion: Monique Broquard, Christel Buchinger, Klaus Hartmann, Ralf Lux, redaktion@freidenker.org

Vertrieb: Monique Broquard, Am Friedhof 10, 66280 Sulzbach, vertrieb@freidenker.de
Bankverbindung: IBAN: DE45 7015 0000 0045 1070 75
BIC: SSKMDEMM. Bezugspreis jährlich Euro 10,- + Versand, Einzelheft Euro 2,50 + Versand. Für die Mitglieder des DFV ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Layout und Satz: Ralf Lux, Klaus Hartmann
Druck: Gruber & Gruber GmbH, Feldkirchen-Westerham
www.altenburgerdigi.de, info@altenburgerdigi.de

Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband

Wieder Untergehn

Auf dem großen Platz am
Brandenburger Tor
Beleuchtet in Gelb-Blau
Da grölt ein Nazi-Chor
Gegen Russland soll es wieder gehn
Mit der NATO eng zusammenstehn
und

Wie einstmals untergehn
Wie einstmals untergehn

Unsre düstre Ampel sieht wie ein
Grablicht aus
Und ihre US-Treue
Knippst uns die Lichter aus
Und alle Menschen könnten's sehn
Die Ostfront wird wieder
untergehn

Wie einstmals untergehn
Wie einstmals untergehn

Wenn der weise Biden hetzet aus
der Fern
Bundeskanzler Scholz
Macht dann den Baerbock gern
Unsre Waffen gegen Russland
drehn

Garantiert, dass wir mit untergehn
Wie schonmal untergehn
Wie schonmal untergehn

Einhunderttausend stehn am
Berliner Stern
Die Bundesregierung er-
füllt ihre Wünsche gern
100 Milliarden für die Bundeswehr
Die kann damit gegen Russland
ziehn

Doch die Rückkehr ist nicht drin
Eine Rückkehr ist nicht drin

Und im Reichstag drinnen bricht
der Jubel aus
Ein Faschist aus Kiew
Betört das Hohe Haus
Der Kampf „gegen rechts“ ist
abgesagt

Gemeinsam man den Russen jagt
Wie einst mit Bandera
Wie einst mit Bandera

Schon bläst die NATO: vorwärts,
zum Angriff, Marsch!
Drei Tage wird's nicht dauern,
Dann sind wir schon im Arsch.
Keine Zeit mehr für ein
Wiedersehn –

Wollt Ihr wirklich mit Verbrechern
gehn, und
Wie damals untergehn
Wie damals untergehn?